

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Worteljähr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. Sonnabend, den 19. November 1898. Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Insertions-Gebühren
betragt für die sechsgepostete Kolonne
jeils oder deren Raum 40 Pf., für
Verlags- und Veranlagungs-Anzeigen,
sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inzerate
für die nächste Nummer müssen bis
4 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition
ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
vormittags geöffnet.

Die Berliner Elektrizitätswerke.

Die Schlacht im Rothen Hause ist zu Ende. Mit einer
gerade nicht sehr imposanten Majorität haben die kapitali-
stischen Produzenten den Sieg über die städtischen Konsumenten
und über die Gemeinde-Interessen errungen. Die
Agiotage erblüht infolge des Beschlusses der Stadtverordneten-
Versammlung zu neuem Leben. Die Kurstreibererlei an der
Börse in Elektrizitäts-Aktien hat sich fortan städtischen Schutzes
zu erfreuen. Denn die Stadt Berlin ist ja „Sozius“ der
Aktien-Gesellschaft geworden und breitet segnend und schützend
ihre Hand aus über die Börsenmanipulationen, welche bei
Einführung neuer Aktien in Szene gesetzt werden. Und neben
dem Risikogewinn an der Ausgabe neuer Aktien winkt den
die schwere Arbeit des Kupon-schneidens verrichtenden
Kapitalisten der Lohn einer hohen Dividende, die
herausgewirtschaftet wird aus dem städtischen Grund
und Boden, die erzielt wird auf Kosten der Steuer-
zahler, welche in hartem Ringen um des Lebens Not-
durst den Boden bereiten müssen, aus dem die Aktien-Gesell-
schaft zum finanziellen Nachtheil der Bevölkerung die goldene
Beute erzielt.

Die Möglichkeit unkontrollierter Erhöhung des Aktien-
kapitals läßt dem Elektrizitätswilling, welchem die Stadt sich
bis zum Jahre 1915 durch den Vertrag ausgeliefert hat, voll-
kommen freie Hand für die Börsenjobberei. Gleichzeitig ist
durch den Verzicht auf Uebernahme der Werke vor dem
Jahre 1915 den Gesellschaften ein Monopol ertheilt, welches
die Stromerzeugung für Straßenbahnen, Beleuchtung und
Industriezwecke an privatkapitalistische Unternehmungen aus-
lieferet. All das für ein Entgelt, welches günstigsten Falls
der Stadt die Hälfte des Betriebserlöses (Bruttoabgabe
und 50 pCt. vom Reingewinn) zuführt, während den Aktionären
neben dem enormen Gewinn bei der Herausgabe neuer Aktien
noch die Hälfte der Ueberflüsse in den Schooß geworfen wird.
Nebenher werden noch Hunderttausende der Direktion und
dem Aufsichtsrath als Lantionen, und ebenso große Summen
den Aktionären für vorherige Verzinsung des Aktienkapitals
mit 6 pCt. zugesichert. Und warum diese Munizipal-gegnen-
dem Privatkapital? Warum der Verzicht auf den aus der
Benutzung städtischer Straßen und Plätze entstehenden Gewinn?
Warum die Abneigung, der Stadthaupkasse jährlich etwa
2 Millionen mehr zu überweisen? Weil die Stadt nicht
im Stande sei, die Elektrizitätswerke richtig
zu verwalten.

Eine plattere Dankerklärung zu Gunsten des Privat-
kapitalismus ist uns noch nicht zu Ohren gekommen. Die
Reichshauptstadt erklärt sich für unfähig, ein gewinnbringendes
Elektrizitäts-Unternehmen zu führen, während dieselbe Stadt
seit Jahrzehnten sehr umfangreiche Gas- und Wasserwerke
mit stetig wachsendem Erfolg betreibt. Gewiß, es mögen
einige naive Naturen in der Stadtverordneten-Versammlung
an dieses Märchen von der Unfähigkeit glauben — aber wir
hätten die Akguren lächeln sehen mögen, als die „Wissenden“ unter
sich diesen Grund für den Abschluß des Vertrages erfanden. Und
das Lächeln der Akguren wurde zum Hohngelächter allüberall
da, wo die Gegner des Vertrages die tatsächlichen Ver-
hältnisse zur Grundlage der Beurtheilung der Situation
machten. Außer den unschuldsvollen Seelen à la Kallmann,
der nur die idealsten Gründe für den privatkapitalistischen
Betrieb kennt, und der den Aktionären nachsüßelt, wie peinlich
es ist, Dividende und Kursgewinn zu schlucken, glaubt natür-
lich kein Mensch an die Strohhaltigkeit dieser Gründe, und die
öffentliche Meinung hat sich mit aller Deutlichkeit darüber aus-
gesprochen. Nur die „Freisinnige Zeitung“ kämpfte für den
Vertrag. Den diesem Organ infolge seiner ökonomi-
schen Verböhrtheit und kapitalistischen Abhängigkeit
eigenthümlichen Mangel an sachlichen Gründen hat
es in seinem unentwegten Kampfe für die Aktie und Dividende
durch ödes Geschimpfe auf die Anhänger der Kommunal-
isierung der Elektrizitätswerke zu ersetzen versucht.

Wir können der „Freisinnigen Zeitung“ den Ruhm, in
stolzer Einseitigkeit für die Elektrizitätswerke Propaganda zu
machen und dem Juge der Aktionäre das Banner des Kapitali-
smus voranzutragen. Doch eines Bundesgenossen hat sich
die „Freisinnige Zeitung“ bei diesem Treiben zu erfreuen.
Die Börsenpresse kämpft vereint mit der „Freisinnigen Zeitung“
für das „Recht auf Dividende“. Daß das führende Organ
der freisinnigen Volkspartei aus der gesammten bürgerlichen
Presse nur die Börsenzeitung an seiner Seite sieht — das ver-
dient vor der Vergessenheit bewahrt zu bleiben, und
muß von Einfluß sein auf die Beurtheilung, welche das Vor-
gehen des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung
in der Bürgererschaft an allen vom Kapitalismus unabhängigen
Stellen finden wird. Der Abschluß des Vertrages mit den
Elektrizitätswerken — die Ablehnung fast aller auf Besser-
stellung der Stadt gerichteten Anträge — die Beigerung, auch
den kleineren und mittleren Lichtkonsumenten einen sehr
mäßigen Rabatt zu schaffen — der Verzicht auf die Ueber-
nahme der Werke bis zum Jahre 1915 — all das erklärt
sich nur dadurch, daß die Interessen des Privatkapitals in der
städtischen Verwaltung einen derartigen Schutz finden, daß
alle Anstrengungen, die darauf abzielen, die Macht des Kapitals
zu brechen, für jezt scheitern müßten.

Von den Anhängern des Vertrages ist nicht mit Gründen
gekämpft worden — denn Vernunft, Logik und Moral waren
auf Seiten der Vertragsgegner. Es war ein Kampf,

bei dem materielle Rücksichten verschiedenster Art
ins Gewicht fielen. Wenn man die kleine Mehrheit in betracht
zieht, wenn man weiß, daß eine Anzahl von Anhängern des
Vertrages durch Versicherungen für die Allgemeine Elektrizitäts-
Gesellschaft an einem für dieses Aktienunternehmen günstigen
Beschlusse interessiert waren, so kann man, ohne berechtigten
Widerspruch zu fürchten, dreist sagen, daß die Uebernahme
der Elektrizitätswerke durch kapitalistische Interessen verhindert
wurde. Das in den Elektrizitätsbetrieben koalierte Kapital
hat es verstanden, sich den seltenen Bissen nicht fortnehmen
zu lassen. Dank der Klassenwirtschaft, deren Anhänger
und eifrigste Förderer heut die Majorität in den
städtischen Körperkassen bilden und daher im Stande
sind, die materiellen Interessen der von ihnen vertretenen
Bevölkerungsschicht ausgiebig in der kommunalen Wirt-
schaft zur Geltung zu bringen, war es möglich, daß
etwa vierzig Millionen Mark in den nächsten 17 Jahren
der Stadt zu Nutz und Frommen der Besitzer von Elektrizitäts-
Aktien entzogen werden, daß die Majorität der Stadtväter
diesen Geldstrom, statt ihn in das Nothhaus zu leiten, den
Geldschränken der Banken und Aktiengesellschaften zuführte;
— das war aber nur möglich, weil zwei Drittel der Stadt-
verordneten-Versammlung von vornherein den Vertretern des
Geldsacks reservirt sind.

Die Wirkung der kapitalistischen Zusammensetzung der
Stadtverordneten-Versammlung zeigt sich überaus deutlich,
wenn wir an der Hand der Abstimmungsliste feststellen, aus
welchen Wählerklassen die Befürworter der Ausdehnung der
Stadt durch Aktiengesellschaften ins Rathhaus geschickt wurden.
In der Schlussabstimmung wurde der Vertrag mit 66 gegen
51 Stimmen, d. h. mit 2 Stimmen über die absolute
Majorität bei vollbesetzter Versammlung genehmigt.

Von den 117 Abstimmenden sind 41 von der ersten Ab-
theilung, 36 von der zweiten und 40 von der dritten Ab-
theilung gewählt worden. Die Vertreter der ersten Abtheilung
haben also den Rekord an dem Remen für den Kapitalismus
davongetragen. Mit Ausnahme eines einzigen Stadtverordneten
waren die Vertreter der ersten Wählerklasse alle Mann auf
Deck, und von 41 erstklassigen Stadtvätern stimmten 31 zu Gunsten
des Privatkapitals, während nur 10 dieser Elite der Bürger-
schaft die Elektrizitäts-Millionen der Stadt zuzuwenden wollten.

Die Vertreter der zweiten Wählerklasse sandten von
42 Stadtverordneten 36 auf den Plan. Von diesen stimmten
21 für und 15 gegen den Vertrag. Von den 77 Vertretern
der ersten und zweiten Abtheilung erklärten sich also 52 dafür,
daß den Dividenden-schluckern auf Kosten der Steuerzahler bis
zum Jahre 1915 die Tafel gedeckt werde.

Und nun zu den vom Volk gewählten Vertretern der
dritten Abtheilung. Von 42 Stadtverordneten der dritten Ab-
theilung beteiligten sich 40 an der entscheidenden Abstimmung.

Von diesen stimmten 14 für den Vertrag und 26 er-
klärten sich als Gegner der kommunalen Geldsackpolitik.
Während die erste Klasse nur 10 und die zweite nur
15 Gegner des Vertrages lieferte, stellte die dritte Wähler-
klasse 26 Kämpfer für die Einschränkung der kapitalistischen
Ausdehnung. Von diesen 26 Vertretern gehören 14 zur
sozialdemokratischen Fraktion. Die dritte Wählerklasse hatte also
26 Vertragsgegner, während die erste und zweite Klasse zu-
sammen nur 25 zusammenbrachte. Werden die Mandate der
dritten Abtheilung nicht mehr an Männer vergeben, die im
Gefolge der „Freis. Ztg.“ marschiren und entsprechend der in
diesem Organ gepredigten Tendenz, die Stadt dem Geldsack-
küngel preisgeben, dann hätte die kapitalistische Auswucherung
der Stadt ein Ende.

Diese Lehre muß aus den Verhandlungen der Stadt-
verordneten-Versammlung gezogen werden. Die Wähler der
dritten Abtheilung, vor allem die Arbeiterklasse, müssen die
Stadt vor der Vankokratie schützen, indem sie die sozialdemo-
kratische Fraktion des „Rothen Hauses“ stark machen — so
stark, daß die Vertreter des Kapitalismus matt gesetzt werden.
Mit der ersten und zweiten Abtheilung mag sich das gegen
kapitalistische Ausbeutung städtischen Eigentums kämpfende
Bürgerthum abfinden. Die Sozialdemokratie muß und wird
dafür sorgen, daß die Vertretung der dritten Abtheilung im
Rathhause besetzt wird von Männern, die, weil Gegner der
Verstadtlichung, es geschehen lassen, daß Millionen an Aktien-
gesellschaften verschleudert und dem Privatkapital Monopole
zur Ausbeutung der städtischen Anlagen ertheilt werden.

Die im nächsten Herbst stattfindenden Erzwahlen für
die Stadtverordneten-Wahlen geben hierzu Gelegenheit. Die
Wähler der dritten Abtheilung mögen sich merken, daß ihre
Vertreter, die Stadtverordneten Alt. Baumgarten, Bergemann,
Geride I, Dr. Gerstenberg, Herbig, Dr. Herms, Langenbucher,
Liebenow, Meißner, Schem, Sutter, Körner und Dr. Virchow
für den Vertrag mit den Berliner Elektrizitätswerken gestimmt
haben. Die Abrechnung mit den Herren, die sich nicht nach
den Ansichten und Beschlüssen der Volksversammlungen richten
wollen, muß am Wahltage vorgenommen werden. Hoffentlich
bekommen die Anhänger der Elektrizitätswerke zur Zeit von
ihren Wählern die Quittung für ihr Verhalten. —

Politische Ueberblick.

Berlin, den 18. November.
Das klagliche, henchlerische Unternehmungs-
über zu hohe Belastung durch Arbeiterversicherungs-
Gesetze hat sich auch in England nach der Neuordnung der Haft-
pflicht wiederholt: die Konkurrenz mit dem Auslande sollte in

Zukunft undenkbar sein, man nannte die abenteuerlichsten
Bisern über die Ueberbürdung der Industrie — ganz wie
bei uns, nur nicht ganz so weinerlich und verlogen.

Ganz anders wie bei uns ist jedoch die Haltung der
Regierung. Während bei uns vielfach die Regierung die
eigenmächtigen Klagen der Kapitalisten unterstützt, ergoß
Chamberlain in seiner gestern erwähnten Manchester
Rede den Hohn und Spott in vollen Schalen über die Späpiter
der zahlungsunlustigen Geher und Wähler aus:

Man bekämpft das Haftpflichtgesetz, weil man glaubt, die
Kosten wären übermäßig und für die Industrie verhängnisvoll.
Während der Beratungen im Unterhause traten uns vor allem
große Kapitalisten und Unternehmer (large capitalists and
employers) entgegen. Zwei ragten besonders unter ihnen hervor,
Sir Joseph Pease und Mr. Bainbridge, beide große Grund-
besitzer. Immer und immer wieder erzählten sie dem Hause,
daß, wenn die Bill durchginge, die kleinen Kohlenwerke ver-
nichtete sein würden. Für sich selber sorgten sie nicht (Geldsacker),
aber die kleinen lagen ihnen am Herzen. Mindestens um
3 Pence, ich glaube, man sprach sogar von 6 Pence, würde
die Kohlenproduktion pro Tonne verteuert werden.

Wie sprechen nun die Thatsachen?
Der Staatssekretär des Innern sowohl wie ich selber hatten
sorgsame Berechnungen sammeln lassen. Wir erklärten, daß die
Kosten höchstens um 1 Penny sich steigern könnten, wahrscheinlich
noch nicht um soviel. Nun will ich Ihnen etwas erzählen (Ge-
lächter). Da besteht eine große Organisation, die Verbesserung der
Northumberland und Durham Bergleute. Nach Annahme dieses
Gesetzes hat sie, wie ich ihrem Bericht entnehmen, den Gruben-
besitzer im Distrikt, zu dem Sir J. Pease selber gehört, die
Uebernahme aller erwachsenden Haftpflichtverbindlichkeiten für
noch nicht 1 Penny, für 7/10 Penny pro Tonne an!
(Weiterkeit.) Und die Unternehmer lehnten dieses Angebot ab
(Gelächter und Beifall). Doch wohl, weil ihnen 7/10 Penny zu
hoch schien (Gelächter).

Ich kann jetzt Sir Joseph Pease und Mr. Bainbridge nur
auffordern — und ihre Ehre wird es ihnen ja selber gebieten —
Aufklärung über die ungeheuerlichen Ueberreibungen zu geben,
deren sie sich im Unterhause schuldig machten, als sie die Kosten
dieser Bill auf 3—6 Pence angaben.

Es steckt natürlich ein gut Theil politischer Berechnung
in dieser Hervorhebung der unionistischen Verdienste um die
Arbeiter und in diesen Anklagen gegen große liberale Unter-
nehmer. Immerhin gefällt uns diese drohende Pose des eng-
lischen Kolonialministers besser wie die recht wenig stolze
unseres Reichs-Staatssekretärs des Innern, der mit den
rheinisch-westfälischen Großindustriellen um die Bette wehklagt,
man werde die eierlegende Henne noch durch die sozial-
reformerischen Eingriffe tödten.

Dieses Magedelied der Kapitalisten hat sich eben stets
als ein henchlerisches Manöver entpuppt. So auch jezt wieder
in England.

Gegen die Ausweisung deutscher Staatsangehöriger aus
Schleswig protestirte am 17. d. M., wie uns ein Privattelegramm
aus Kopenhagen meldet, die dortige Sozialdemokratie in vier
großen Versammlungen. Auch in Aarhus fand eine gleichartige
Versammlung statt. Die Versammlungen in Kopenhagen waren
von etwa 10000 Theilnehmern besucht. In allen Versammlungen
wurde eine Resolution angenommen, in der aufs energichste gegen
die Ausweisungen protestirt wird. Die Versammlung sei sich darüber
klar, daß jene Maßnahmen nur ein Werk der reaktionären preussischen
Regierung sind und nicht den Gefühlen des deutschen Volks
gegen das dänische entsprechen. Die große Mehrzahl der dänischen
Bevölkerung sei dem Chauvinismus entschieden abgeneigt und überzeugt,
daß die deutsche Sozialdemokratie sich in Uebereinstimmung mit den
Gefühlen der dänischen Sozialdemokratie befindet. Die Versammlung
appellire dringend an das deutsche Volk, um die preussische Regierung
zur Ausübung von Gerechtigkeit und Humanität in Nordschleswig zu
beeinflussen.

Am Abend zuvor fanden ebenfalls Protestkundgebungen anderer
Parteien statt, an denen Tausende theilnahmen. In der
Verurtheilung jener inhumanen Maßnahmen sind sich alle Parteien
einig. Die Erbitterung ist eine so große, daß es wohl glaubhaft
erscheint, was hiesigen Blättern über den Versuch der dänischen
Gesetzgebungsversammlung, alle Verbindungen mit deutschen Geschäftsleuten
abzubrechen, geschrieben wird. —

Oesterreich-Ungarn hat jezt eine Krise mehr zu überleben —
wie fast selbstverständlich, eine Krise persönlicher Natur. Diesmal
ist Ungarn der Schauplatz der Tragikomödie. Baron Banffy, der
ungarische Ministerpräsident, lebt politisch seit Jahr und Tag
von der Unfähigkeit der österreichischen Regierung, dem schlaunen
Banffy gegenüber österreichische Interessen beim Ausgleich zur
Geltung zu bringen. Banffy soll gegenüber der Hspartei den
konstitutionellen Willen des Parlaments durchziehen, gegenüber dem
Parlament die Wünsche des Hofes durchsetzen. Bei diesem Seitwärt-
sdrücken hätte der Ministerpräsident schon längst den Hals gebrochen,
wäre er nicht von seinen österreichischen Kollegen fremdbüchsig unter-
stützt worden. Nun aber stimmt die Rechnung plötzlich nicht: die
Opposition beschloß, im Namen der parlamentarischen Rechte
das Ministerium zu stürzen, indem sie den Ausgleichs-
vorlagen Obstruktion entgegensetzte, die radikale Hspartei, die
mit der Opposition immer Fühlung hat, unterstützt sie heimlich
in diesem Kampf, zum Nutzen des absolutistischen Regimes. Die Taktik
war sehr einfach; Banffy sollte durch übermäßige Ansprüche von
beiden Seiten, die er unmöglich vereinigen konnte, aus seiner
Stellung verdrängt werden. Um sich persönlich zu retten, beschloß
der Ministerpräsident auf ein gefährliches Ausfallsmittel. Er er-
langte von der Krone ein Befehlsschreiben, demzufolge das Hen-
ri-Monument von seinem Plage entfernt und an seiner Stelle
das geplante Elisabeth-Denkmal errichtet werden sollte.
Damit hatte sich Banffy freilich sehr populär gemacht.
Genü war im Jahre 1848 als kaiserlicher Offizier bei der
Beschießung Ofens gegen die Aufständischen gefallen. Sein Denkmal
war seit jeher der nationalführenden magyarischen Bourgeoisie, die
nicht nur ihre Macht, sondern auch den Schein der
Macht gewahrt wissen will, ein Dorn im Auge. Mit der
Entfernung dieses Denkmals hätte es der Ministerpräsident

der Opposition unmöglich gemacht, ihm Verzicht nationaler Interessen vorzuziehen. Aber wie auf Befehl der konstitutionellen Opposition setzte die absolute Hof- und Militärpartei mit ihren Anhängern ein. Der gemeinsame Reichsregierungsminister verständigte den Kaiser-Kommandanten von Budapest, von dem erwähnten kaiserlichen Befehlshaber, und knüpfte an die Stelle, wo die Uebertragung des Deutschnommentes nach dem der Deffentlichkeit vollständig entzogenen Garten der Kabinetskanzlei angeordnet wird, die versängliche Bemerkung, das Denkmal werde nunmehr auf eine Stätte übertragen, wo es sowohl im Angesichte des Schanzenlagers jener braven Kriegerthaten verbleibe, als auch der heranwachsenden militärischen Jugend als unvergängliches Wahrzeichen von Tapferkeit und Treue immerdar vor Augen steht. Damit sind wieder alle nationalen Leidenschaften entseelt, in der Kammer wird die schärfste Sprache gegen den Kriegsminister geführt, der vorläufig das Opfer bilden wird. Aber auch Dank ist in eine unhaltbare Situation geraten. Daß er keinen vorläufigen Sieg über die Hofpartei erringt, macht ihn dieser nur verhaßter und gegen Parlament und gegen Hof kann auch dieser listerliche Mann nicht regieren.

So ist er an seiner eigenen Verzweiflungsgedank, der persönlichen Macht zuliebe an die heftigsten Dinge zu rühren, zu Schanden worden, ganz wie sein ehemaliger Kollege Baden, der aus gleichen Motiven auf das Verbrechen der Unfähigkeit das Verbrechen des Verfassungsverstoßes setzte. Noch eines hätte er von Baden lernen können: gewinnen muß bei dem ganzen Spiel nur der liberale Absolutismus — in seinem Zeichen steht jetzt Oesterreich, in seinem Zeichen Ungarn. Dort hat das Parlament mit seiner letzten Abstimmung, durch welche die Anklage gegen Baden abgelehnt wurde, sich und die Verfassung zu Tode verurteilt, hier treibt ein noch mächtigeres Parlament denselben Entgegen. Auf der unmöglichen Voraussetzung des Wahlprivilegs aufgebaut, muß der Parlamentarismus zusammenstürzen; nur eine vollständige Demokratisierung des Wahlrechts kann konstitutionelles Leben gewährleisten.

Die deutsch-englische Annäherung. In England ist dem Kriegsminister vorläufig das Redefieber gefolgt, und abgesehen die Weltlage noch nicht weniger als beruhigend ist, so ist es immerhin weniger beunruhigend, daß die Jungen, als daß die Kanonen von selbst losgehen. Seit Lord Salisbury's Guildhall-Rede — und vorher hatten auch schon viele berufene und unberufene Staatsmänner sich vernehmen lassen — ist ein wahrer Wolkenbruch von staatsmännischen Reden niedergefallen. Das bemerkenswerthe ist, — all diese Reden bewegen sich in der gleichen Richtung, und zwar in der Richtung der Rede Lord Salisbury's. Wenn ein Unterschied ist, so bloß der, daß die Oppositionsredner noch etwas lauter als die Regierungsredner die Aktionspolitik nach außen sowie die Entschlossenheit Englands betonen, seine Weltstellung gegen jede Macht und gegen jede Vereinigung von Mächten zu behaupten. Uebereinstimmung aber herrscht in all diesen Reden darin, daß ihre Spitze hauptsächlich gegen Rußland gerichtet ist und daß sie eine Annäherung an Deutschland befürworten. In diesem Sinne sprach sich nun auch der britische Kriegsminister Marquis of Lansdowne in einer Rede aus, die er am Donnerstag in Plymouth hielt.

In China wird der unterirdische Krieg zwischen englischem und russischem Einfluß fortgesetzt. Und besonders, um der ostasiatischen Situation halber wünscht man in England die deutsche Freundschaft zu pflegen. Die „Times“ schreiben bereits einen wahrhaften Hymnus auf die deutsch-englische Freundschaft. Das Blatt schreibt u. a.:

England hat keine ständigen Streitfragen mit Deutschland, und es liegt kein Grund vor, weshalb ihre Interessen in Europa zusammenstoßen sollten. Auf kolonialen Gebieten kann England sich nicht über eine Politik der Rabelstiche von Seiten Deutschlands beklagen, dessen Politik jederzeit positiver und offener auf eine legitime Verfolgung solcher Interessen begründet war, als diejenige Frankreichs. England hat hinsichtlich Deutschlands keinen Wunsch auf irgend einen Austausch von Diensten, wohl aber auf eine mannhafte Freundschaft, gegründet auf gegenseitige Achtung und auf eine Entwicklung, welche sich auf den vom gegenseitigen Interesse und der Gemeinsamkeit der Ziele vorgeschriebenen Linien bewegt. In China machte das englisch-deutsche Zusammenwirken einen befriedigenden Ausweg in Gestalt eines Handels- und Finanzabkommens zwischen bedeutenden englischen und deutschen Firmen.

In Rußland hat man natürlich begriffen, wem der Ernst der englischen Rüstungen und Reden gilt. Die Neuzugungen der russischen Presse zeigen, wie unangenehm man in Petersburg von den freundschaftlichen Beziehungen Englands einerseits zu den Vereinigten Staaten, andererseits zu Deutschland berührt ist. Die russische Diplomatie hat sich offenbar zu weit vorgezogen. Besonders ihre rücksichtslose Politik in Nordchina scheint der deutschen Regierung doch endlich die Augen geöffnet zu haben, wozu die Handlangerdienste, die man Rußland seit dem japanisch-chinesischen Kriege im Uebermaß gethan hat, führen.

Und wenn die russischen Staatsmänner etwa auf den gemachten Abrüstungsvorschlag Hoffnungen gesetzt haben sollten, so sind auch diese durch die Rede Lord Lansdowne's nicht bestärkt worden, der den „edelmüthigen“ Vorschlag des Jaren zwar mit Freuden begrüßte, aber trocken erklärte, „kein Land könne seine Zustimmung geben, sich die Hände zu binden, am wenigsten England“.

Wie Rußland abrüstet. Eine recht interessante und wie es scheint glaubwürdige Mitteilung über russische Pläne bezugs Veräußerung der Marine bringen die „München N. N.“ unter der Aufschrift: Ein russisches Riesenprojekt. Da wird ausgeführt:

„Den Plänen der russischen Regierung, ihre Kriegs- und Handelsflotte rasch auf einen breiten Fuß zu bringen, steht die begrenzte Leistungsfähigkeit sowohl der eigenen Staatsvertriebe als auch der auswärtigen Schiffbau-Gesellschaften entgegen, zumal man von den letzteren die englischen nicht gern mit Aufträgen versieht. Das russische Marineministerium interessiert sich daher eifrig für die Erweiterung der russischen Staatsvertriebe, erreicht aber auch hier bald die Grenze des Möglichen, schon wegen des Mangels an technischem Arbeitspersonal und aus zahlreichen anderen Gründen. Soll nun die russische Marine sich ernstlich darauf vorbereiten, in nicht allzu ferner Zukunft den Wettstreit mit der britischen Seemacht nicht allein zu bestehen, oder doch ihrer weiteren Entwicklung auf allen Meeren eine imposante Flotte entgegenzustellen, so dürften radikale Mittel zu deren Vermehrung nicht geachtet werden. Die russische Regierung beabsichtigt infolge solcher Erwägungen, die deutsche Schiffbauindustrie und Leistungsfähigkeit gleichsam auf russischen Boden zu verpflanzen, indem sie mit dem „Bulkan“ über Anlage von sogenannten Privatwerken in Rußland in Verhandlung tritt, woran sie weitere Verhandlungen mit Krupp knüpfen. Bewußtlich sich das Projekt der Regierung, worüber wir zur Zeit keine Vermuthungen aufstellen wollen, so muß, wie oft schon früher, ein reicher Zustrom deutscher Ingenieure und technischer Arbeiter nach Rußland stattfinden, welche dort neben ihren direkten Obliegenheiten die Aufgabe finden werden, aus den Eingeborenen allmählich ein geschultes Arbeitspersonal für den Schiffbau heranzubilden. Der Schöpfer der großrussischen Zukunftsmarine würde demnach Deutschland sein. Soviel wir wissen, garantiert die russische Regierung den deutschen Anlagen „für die erste Zeit“ einen Reim-

gewinn von 27 Millionen Rubel. Ohne angestrenzte Beschäftigung wird die nach Rußland importirte Technik des Schiffbaues und seiner Ausrüstung jedenfalls nicht bleiben.“

Man sieht, die Abrüstungs-Konferenz wird in sehr zweckdienlicher Weise vorbereitet! —

Deutsches Reich.

Ueber die amerikanische Auffassung des Meistbegünstigungsrechtes, die soeben wieder Auseinandersetzungen zwischen der deutschen und der Washingtoner Regierung hervorruft, wird uns von einem Abgeordneten unserer Partei geschrieben:

Die europäischen Staaten haben bisher die Meistbegünstigungspraxis stets ohne Einschränkung verstanden und gehandhabt. Jede Zollherabsetzung, die z. B. Deutschland mit Oesterreich, Italien und den anderen Tarifvertrags-Staaten vereinbarte, ist ohne weiteres, ohne Gegenleistungen den Vereinigten Staaten zugewilligt worden. Herr v. Marshall hat seinerzeit ausdrücklich die Verpflichtungen, die Deutschland in der sogenannten Saratogakonvention anerkannte, lediglich als Interpretation und Umschreibung der Meistbegünstigungsklausel in der alten preussisch-amerikanischen Abmachung bezeichnet. Die europäische Handhabung der Meistbegünstigung schließt somit nicht aus, daß man selber dem Ausland niedrigere Zölle einräumt, während das Ausland für unsere dorthingehende Ausfuhr nicht nur nichts dafür zusetzt, sondern vielmehr soeben allgemein seine Zölle erhöht hat und weiter erhöht. In der That ist das unsere Lage gegenüber Amerika seit dem Mc Kinley-Tarif und angeht das Dingley-Gesetz. Wir kennen in Europa eben nur eine Meistbegünstigung sans phrase, ohne Gegenleistung.

Andererseits die Vereinigten Staaten, Zollherabsetzungen, die sie mit einem zweiten Staate unter Gegenleistungen vereinbart haben, wollen sie auf ein drittes, wenn auch meistbegünstigtes Land nur nach Eintausch „gleichwertiger Gegenleistungen“ ausdehnen. In der amerikanischen politischen Praxis ist diese etwas ungenürende Interpretation schon öfter zur Durchführung gelangt und ein amerikanischer Völkerrechtslehrer (J. Wharton, International Law) hat diese Praxis auch gleich zu der Theorie erhoben, daß nur solche „Vorrechte“ (privilegios, Vergünstigungen) von der meistbegünstigten Nation beansprucht werden können, die dritten ohne Gegenleistung (gratuitous) gewährt wurden. Da jetzt Frankreich in Washington einige Zollherabsetzungen nur dadurch erreicht hat, daß es sich zu einigen Erleichterungen für die amerikanischen Einfuhr nach Frankreich bereit fand, so verweigern die Amerikaner selbst den meistbegünstigten Ländern die Anwendung der ermäßigten Zölle, bis Gegenleistungen wie die französischen erzielt sind.

Damit verliert unseres Erachtens die Meistbegünstigungsklausel jeden verünftigen Sinn. Künftig handelspolitischen Streitigkeiten vorzubeugen, indem jede Zollermäßigung sofort automatisch für den ganzen Umkreis der most favoured nations (meistbegünstigten Nationen) in Kraft tritt, ruft sie mangesetzt Streitigkeiten darüber hervor, was als „gleichwertige Gegenleistung“ zu gelten habe. Künftig jede Willkür zu beseitigen, erklärt sie die Willkür in Permanenz. Haben die Amerikaner 1892 ähnliche Gegenleistungen gemacht, wie Oesterreich oder Italien, deren Verträge gelündigt waren, oder wie man sie von Ausland, das keine Meistbegünstigung beanspruchen konnte, damals verlangte und später erreichte?

Gerade die deutsche Arbeiterpresse hat die Anwendung der Vertragszölle auf die Union stets als ein Recht Amerikas anerkannt. Um so mehr hat sie jetzt Anlaß, an dieser europäisch-amerikanischen Auffassung der Vertrags-Bestimmungen festzuhalten, die jetzt von der deutschen Regierung in Washington vertreten wird.

Au sich sind uns die amerikanisch-französischen Vertragszölle ziemlich gleichgültig; Kognak, Sotinen und ähnliche schöne Dinge sind schließlich für Deutschland noch nicht einmal einen diplomatischen Notwendigkeit wert, aber hinter diesem Vorgehen Amerikas lauert die Gefahr, daß die deutsche Regierung unter dem Druck der agitatorischen Agitation die amerikanische Auffassung der Meistbegünstigung zu der ihrigen macht, wenigstens was die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten anbelangt. Wacht wider Wacht! Dann würde auch der Getreidezoll von 3/4 Mark gegen Amerika in Wegfall kommen und durch den 5 Mark-Zoll ersetzt werden. Und weil wir den deutschen Arbeitern das Brot nicht vertheuert sehen wollen, deshalb haben wir allen Anlaß, uns dem Protest gegen eine solche Auffassung der Meistbegünstigung anzuschließen.

Das preussische Staatsministerium trat heute Nachmittag unter dem Vorsitz des Fürsten Hohenlohe zu einer Beratung zusammen. Ein Korrespondent berichtet dazu: Wir hatten seinerzeit gemeldet, daß der im Reichsamt des Innern angestellte Gesekentwurf, betreffend den Schutz der Arbeitswilligen, den Bundesregierungen zur Begutachtung zugegangen sei. Dieser Entwurf liegt daher auch dem preussischen Staatsministerium vor. Die Differenz, die ursprünglich über die Frage obwaltete, ob die Verschärfung auf dem Gebiete der Gewerbe-Ordnung oder auf dem Wege des Strafrechtes eintreten solle, scheint beglichen und im Sinne des ersteren Weges entschieden zu sein. Nach einem anderen Korrespondenten soll die Vippische Angelegenheit zur Beratung gestanden haben.

Das Interregnum im Reichstage, die präsidentenlose Zeit zwischen zwei Legislaturperioden, macht sich gegenwärtig infolge besonders bemerkbar, als auch durch die Erhaltung des Geheimraths Knab, der nach altem Herkommen beim Schluß der letzten Tagung von dem Präsidenten v. Duol-Verenberg beauftragt worden ist, bis zur Wahl des nächsten Präsidenten die Geschäfte in hergebrachter Weise weiterzuführen, auch in der Verwaltung eine empfindliche Störung eingetreten ist. Dazu kommt, daß dem Direktor beim Reichstage ausdrücklich unterzogen ist, in den während des Interregnums ihm zufallenden Präsidialgeschäften sich vertreten zu lassen. Um zu verhüten, daß je wieder eine solche Störung in der Verwaltung des Reichstages eintrete, und die Möglichkeit auszuschließen, daß etwa die verbündeten Regierungen durch Entsendung von Kommissaren sich in die Geschäfte des Hauses einmischen und so in die Interna des Reichstages einbringen, werde, wie die „Bosnische Zeitung“ dazu bemerkt, eine Veränderung der Geschäfts-Ordnung für den Reichstag unerlässlich sein. Auch außerhalb der Legislaturperioden muß der Reichstag sich eine geordnete und vollberechtigte Vertretung sichern.

Sehr naiv sind die „Berliner Neuesten Nachrichten“. Weil wir in unserem neulichen Artikel über die Weltlage sagten, daß im Fall eines Krieges mit Frankreich, wenn England uns feindlich sei, durch die französische Flotte unsere Zufuhren zur See abgeschnitten würden — folgte das „unparteiische“ Reaktionsblatt, wir seien nun verpflichtet, für die Vermehrung der deutschen Flotte einzutreten. Das Blatt hat unseren Artikel nicht gelesen. Dann würde es wissen, daß gerade die von ihm befruchtete Politik es ist, welche uns durch Verfeindung mit England in eine solche Gefahr zu bringen geeignet ist. Und wenn die „Neuesten Nachrichten“ noch das Einmal Eins lernen, dann sind sie auch in der Lage anzuerkennen, wie viele Milliarden nötig wären, um das gewünschte Ziel der Flottenvermehrung zu erreichen — vorausgesetzt, daß die Franzosen während der 10 oder 15 Jahre, die wir brauchen, um ihren jetzigen Stand zu erreichen, einen Dornröschenschlaf schlafen. —

Zur Vippischen Angelegenheit. Das Vippische Staatsministerium giebt eine öffentliche Erklärung ab, daß sowohl der Graf-Regent selbst als seine Familie, sein Hof und seine Regierung der Veröffentlichung der Aktenstücke in dem „Neuen Wiener Tagebl.“ durchaus fern stünden. —

Von der Invalidenversicherung. Nobelle wird jetzt wieder ein Bruchfall bekannt. Lehrer und Lehrerin stehen jetzt außerhalb der Versicherungspflicht, wenigstens soweit es sich um solche handelt, die eine höhere, mehr wissenschaftliche Thätigkeit ausüben. In der Novelle ist nun die Einführung des Versicherungszwanges für Lehrer und Lehrerinnen, Erzieher und Erzieherinnen vorgezogen, da die vielfach ungünstige Lage der Privatlehrer und Privatlehrerinnen es diesen in der Regel nicht möglich macht, sich in eine private Versicherungsanstalt aufnehmen zu lassen. Der Versicherungspflicht sollen aber, wie in der Klasse der Betriebsbeamten, nur solche Lehrer u. s. w. unterworfen werden, deren Jahreseinkommen 2000 M. nicht übersteigt; denn nur für diese ist das Bedürfnis nach gesetzlicher Fürsorge anzuerkennen. Aus gleichen Gründe sollen die Lehrer u. s. w. von der Versicherungspflicht dann freibleiben, wenn sie an öffentlichen Schulen oder Anstalten angestellt sind und infolge dieser Anstellung eine Pensionsansprüche haben; bei Anstellung an nicht öffentlichen Schulen oder Anstalten sollen sie unter der gleichen Voraussetzung nach Prüfung der Verhältnisse von der Versicherungspflicht auf Antrag entbunden werden dürfen. —

Erstwahl zum preussischen Landtag. An Stelle des Reichsgerichtsraths Spahn, der die Wahl zum Abgeordnetenhaus aus dem bestimmten Grunde für Aachen, Stadt und Land, nicht annehmen konnte, muß in diesem Kreise eine Erstwahl stattfinden. Die die „Aöla. Volkszeitung“ mittheilt, ist als Kandidat seitens der Centrumspartei der Volksschullehrer Sittart in Aussicht genommen. —

Zur Fleischnoth. In einer Vorlage des Magistrats für die Kieler Stadtverordneten befinden sich einige interessante Stellen, die den Mangel der Viehfürher recht deutlich illustriren. Es heißt da: „Unsere mit so hohen Kosten erbaute Seerantäre-Anstalt steht fast ganz leer. Vom 1. April bis 30. September d. J. sind überhaupt nur eingestellt 134 Stück Großvieh, 1 Kalb und 2 Schafe. Die hierfür veranschlagten Gehältern einschließlich Tuberkulin-Injektion betragen 2577,00 M., was einer Jahresermäßigung von etwa 2000 M. gleichkommen würde, während der Vorschlag 114 980 M. als Einnahme vorseht.“

In demselben Maße, in welchem die Einfuhr lebenden Viehes nachgelassen hat, hat dagegen die Einfuhr ausländischen Fleisches zugenommen. Es sind eingeführt im Halbjahr 1. April bis 30. September 464 721 Kilogramm Fleisch, wofür an Untersuchungsgebühren 23 254 M., gleich einer Jahresermäßigung von rund 40 400 M., veranschlagt sind, während der Etatsanschlag nur 4000 M. in Anrechnung setzte. Trotz dieser erhöhten Mehrerhebung aus dieser Position ist der Gesamtschaden Kiels auch nicht annähernd gedeckt, wie ja auch die Einfuhr von Fleisch keineswegs das Bedürfnis an lebendem Schlachtvieh decken kann. —

Ein mecklenburgisches Sozialistengesetz. Die „Mecklenburg. Volksz.“ schreibt: Ein Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie befindet sich unter den Vorlagen, welche dem diesjährigen Landtage in Wolgast zugegangen sind. Und zwar geht die Vorlage nicht von der Regierung, sondern von dem Engeren Ausschuss von Ritter- und Landbesitzern aus. Dieser Engere Ausschuss ist eine ständige, vom Landtag gewählte Kommission, welche die Vollmacht hat, die Regierung dahin zu überreden, ob die vom Landtage gefassten Beschlüsse auch ausgeführt werden, und der ferner das Recht zusteht, Gesetzentwürfe bei der Regierung für den kommenden Landtag zu beantragen und vorzubereiten (zu „initiiern“), wie der mittelalterliche Landstand für solchen Ausfluß der politischen Weisheit dieser Kommission lautet. Der Engere Ausschuss ist zusammengesetzt aus Landrathen, Rittergutsbesitzern und den Bürgermeister der größeren Städte.

Unter den Vorlagen („Propositionen“) heißt es in der Sprache unseres Junkerparlaments, welche der Engere Ausschuss diesmal dem Landtage hat zugehen lassen, im ganzen sind es bis jetzt 188, lautet die 56. wie folgt:

„Antrag des Ritterschastlichen Amtes Bukow auf Ergreifung scharferer Maßregeln gegen die Sozialdemokratie und auf engherige Interpretation der Verordnung vom 27. Januar 1881, betreffend Versammlungen und Vereine zu politischen Zwecken.“

Während über die Art und Weise, wie die Herren von der Erbweisheit sich die „scharferen Maßregeln“ und die „authentische Interpretation“ (deutsche Erklärung) des reinster Junkerweisheit inoffiziellen Versammlungsgesetzes gedacht haben, liegt noch nicht vor. Es bleibt abzuwarten, welche Erläuterung dem Junkerparlament hierüber noch werden wird. In eine Kritik des Inhalts der Vorlage kann daher noch nicht eingetreten werden.

Ohne Zweifel haben wir es hier mit einem neuen Versuch zu thun, mit Umgehung des Reichstages der Arbeiterklasse Fesseln anzulegen.

Eine spätere Meldung besagt, daß der Landtag den famosen Plan der reaktionären Ritterschaft kurzerhand abgelehnt habe, indem er beschlossen hat: „Der Antrag des Ritterschastlichen Amtes Bukow bleibe auf sich beruhen.“

Daß die Mehrheit der Junker ihre Unzufriedenheit mit dem Entwurf gefaßt hat, ist wohl darauf zurückzuführen, daß die Mehrheit sich Hoffnungen auf ein deutsches Sozialistengesetz macht und der Thätigkeit des Reichstages nicht vorgreifen wolle. —

Keine Vergnügungsfahrt, eine Höllensahrt! Aus Kiel wird uns geschrieben:

Es geht zur Zeit eine Nachricht durch die Presse, die auf den ersten Blick die Marineverwaltung aus recht besorgt um die Fürsorge für die Schiffbesatzung erscheinen lassen könnte. Es wird nämlich berichtet, daß dem Kreuzer „Gertha“, der für die ostasiatische Station bestimmt ist und jetzt die Vergnügungstour der Kaiser-Yacht „Hohenzollern“ mitgemacht hat, neue Luftschächte eingebaut werden sollen, da sich herausgestellt habe, daß die Ventilation der Maschinenräume nicht genügend sei und die drückende Hitze in den Maschinen- und Heizräumen die Arbeit des Maschinenpersonals fast unmöglich mache.

Die „Gertha“ ist beim „Bulkan“ in Stettin gebaut, im vergangenen Jahre erst vom Stapel gelassen und hat bei der Probefahrt in diesem Jahre 10 Knoten Fahrt erzielt. Des ungeachtet hat die „Gertha“ auf der Fahrt nach Konstantinopel der „Hohenzollern“ bei 16 Knoten Fahrt nicht folgen können, hat dieses der vorandeilenden „Hohenzollern“ durch Signale mitgeteilt und hat dann die Antwort erhalten, mit 12 Knoten nachzulassen.

Und in hundert Noth ist dieses dann ermöglicht worden.

Und die Gründe dieses Zurückbleibens? Es sind in der That schwerwiegende Gründe gewesen, die den leitenden Maschinen-Ingenieur die Einstellung der gegen die Probefahrt noch nicht einmal sehr schnell Fahrt geboten erscheinen ließen. Die physische Unmöglichkeit für das Heizpersonal, vor den glühenden Öfen ausstrahlenden Kesseln anzuhalten, ist der Grund gewesen. Wie die Fliegen sind die Soldaten geföhrt, das heißt, haben schlapp gemacht, nachdem die Anspannung aller Kräfte bis zum äußersten verlangt war. Und kein Wunder, daß es so gekommen. Auf der Probefahrt ist es möglich gewesen, daß die drei Stunden der Fahrt durch die frühe Mannschaft bei den völlig neuen Kesseln bewältigt werden konnten. In der tropischen Hitze des Mittelmeeres jedoch 8 von den 24 Stunden des Tages vor den glühenden Kesseln der Kessel anzuhalten, war dem Heizpersonal nicht möglich, umso weniger, als die voraussichtlich schon Kesselstein angelegten Kessel bedeutend mehr Heizung erforderten. Bei der Rüstung zur Palästinafahrt hat man an alles gedacht, einen taubstosenden neuen Kessel hat die „Gertha“ bekommen, großartige Illuminationsanordnung wurde hergerichtet, nur der Fürsorge für die Mannschaft hat man anscheinend genug gethan zu haben geglaubt. Jetzt soll in Weima der Einbau der neuen Luftschächte erfolgen.

Für das Heizpersonal der „Gertha“ war die Fahrt keine Vergnügungsfahrt, sondern die reine Höllensahrt.

Ein Marine-Unfall. Die „Times“ melden aus Shanghai: Das deutsche Flaggschiff „Kaiser“ erlitt in der Samjah-Bucht einen Unfall, doch sind, wie das Konsulat mitteilt, dessen Folgen weniger ernst, als man zuerst annahm. Worin der Unfall bestand, ist noch nicht bekannt.

Feudale Schulförderung. In der letzten Sitzung des Doppelten Bezirksausschusses wurden wiederum nicht weniger als vier Fälle verhandelt, in denen oberflächliche Grundbesitzer, schwer reiche und hochfeudale Leute, sich weigerten, zu Schul- und Gemeindelasten beizutragen. Ansehnend handelt es sich bei diesen Weigerungen um einen systematischen Widerstand der oberflächlichen Grundbesitzer gegen die Heranziehungen zu den genannten Lasten. Diesmal handelte es sich um Herrn von Weildon „auf“ Subin, Kr. Gleiwitz, den kgl. Domänenfiskus N. einen Herrn Schmidt und um den freien Standesherrn Grafen Guido Hengel von Donnersmard „auf“ Krüden. Nur bei d. Weildon handelte es sich um etwa 4000 M., in den übrigen Fällen dagegen nur um 200-500 M., Summen, die beim Domänenfiskus mit seinen 17 Quadratmeilen Besitz in Schlesien und beim Grafen Guido Hengel mit seinen 23 000 Hektar Grundbesitz nicht im mindesten ins Gewicht fallen.

Bückeburg, 18. November. Amtliches Ergebnis der Reichstags- und Wahl im Fürstentum Schaumburg-Lippe: Es erhielten bei der am 14. d. M. stattgehabten Stichwahl von 6816 abgegebenen gültigen Stimmen Kammergerichtsrath a. D. Dr. Müller-Berlin (fr. Sp.) 3742 Stimmen. Strofer, Major a. D., Herford (l.) 3074 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Aus dem Rheinland. Der Provinzialausschuss der rheinischen Zentrumsparthei veröffentlicht soeben eine Erklärung, worin gesagt wird:

„In dem einen oder anderen rheinischen Wahlkreise, wo die jüngste Landtagswahl zu bedauerlichen Meinungsverschiedenheiten und Zwietigkeiten innerhalb der Parthei geführt habe, sei die Thätigkeit der Kölner Geschäftsführung von beteiligten Blättern mehrfach in unangenehmer Weise gekennzeichnet bezw. gewürdigt worden. Die ganze Thätigkeit habe sich darauf beschränkt, Spaltungen und Gerüchte zu verbreiten und auszugleichen.“

Ganz anders liesse sich dem gegenüber ein Artikel in der „Rhein. Volksstimme“, dem Organ der Zentrumsbauern. Es heisst da u. a.:

„Es wird einfach derjenige gewählt, der von Köln aus zu wählen befähigt wird. Jeder andere wird durch die Presse niedergedrückt und derartig verdächtigt, daß an eine erfolgreiche Wahl nicht zu denken ist. ... Endlich sollte etwas mehr Wahlfreiheit herrschen und nicht jeder als Feind des Zentrums seitens der Presse demüthigt werden, dessen wirtschaftliche Ansichten mit den Ansichten gewisser städtischer Herren nicht übereinstimmen.“

Die Zersplittertheit unter den rheinischen Ultramontanen ist sehr groß, und der Ton, den die Herren gegeneinander anschlagen, nicht weniger als feind. Was doch ein Erzierer katholischer Welt dem Zentrumsabgeordneten und Zeitungskaplan Dabach „Ehre und die erschreckliche Rücksichtslosigkeit eines mandatslästernden Mannes“ vor. Ja, man geht noch weiter und scheut sich nicht, den christlichen Mitbruder zu verungewaltigen und wirtschaftlich zu vernichten. Es ist geradezu fabelhaft, wie gewisse katholische Geistliche das Lösungswort des Zentrums: „Für Wahrheit, Freiheit und Recht! in die Wirklichkeit umsetzen. Wir lesen nämlich in der „Rhein. Volksstimme“:

„Es haben 1. Mitglieder des Klerus Gauern zu veranlassen gesucht, die „Volksstimme“ abzuschaffen; 2. die Firma Klöner und Mausberg, die Eigentümerin der „Kempener Zeitung“, dürfte die „böse Volksstimme“ nicht mehr drucken. In Vorhineil hatte man schon Unterhandlungen mit einem Drucker angestellt, der „Kempener Zeitung“ gegenüber ein neues Blatt zu gründen, trotzdem dieses Blatt in Sachen der Reichstagswahl im Wahlkreise Alee-Geldern mit der dortigen Mehrheit durch die Däm und Dünn ging. Als die Firma Klöner u. Mausberg dann zu Krücke kroch und den Druck der „Rheinischen Volksstimme“ kündigte, wurde von der Gründung des Gegenblattes Abstand genommen.“

Die „Germania“ ist ja zur Zeit auf der Suche nach Fällen von Terrorismus; vielleicht bereichert sie ihre Sammlung durch dieses weitere Beispiel aus der eigenen Parthei.

Der katholische Klerus versucht in der That alles, um den Bauernverein, der ihm nicht immer pariren will, zu unterdrücken. Kürzlich sollte im Kreise Kewid ein Ortsverband ins Leben gerufen werden. Da präsentirte ein Beauftragter ein Telegramm des Pfarrers, worin von der Gründung abgerathen wurde. Die Bauern waren aber der Meinung, daß dieser Rath ihrem Vortheil schadensträchtig zuwiderlaufe und nicht zum Resort eines Seelenhirten gehöre.

Der Abgeordnete für Mainz, Dr. Schmitt, läßt erklären, daß die Mittheilung, er wolle seine Mandate niederlegen, nicht richtig sei.

Gegen die vielen Festlichkeiten im Westen Deutschlands hat auch der westdeutsche Verein zur Hebung der öffentlichen Sittlichkeit auf seiner in Elberfeld tagenden Generalversammlung Stellung genommen. Pastor Ohl von Elberfeld wies darauf hin, daß die Kirnmessen die Trunksucht und Unsitlichkeit im Volk förderten. Was dort in öffentlicher Unsitlichkeit geleistet werde, sei gar nicht zu sagen. Schließlich wurde auf Vorschlag des Pastors Weber, M. Gladbach, folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Generalversammlung des Westdeutschen Vereins zur öffentlichen Sittlichkeit hält die jetzigen Kirnmessen in allen größeren Städten nicht nur für überflüssig, sondern für direkt schädlich; in kleineren Städten und Landorten ist die Zusammenlegung innerhalb größerer Bezirke auf denselben Tag erforderlich.

Hier sehen wir wieder die Diener der Kirche an der Seite des Unternehmerrthums, befreit, die Arbeiterklasse zu verunglimpfen und ihre ohnehin geringen Freuden einzusparieren.

Dresden, 17. November. (Eig. Ber.) Die sächsischen Antisemiten haben in Chemnitz einen Parteitag abgehalten, auf welchem der Bankrott dieser Parthei in Sachen ganz offenbar geworden ist. Herr Zimmermann selbst mußte konstatiren, daß Unmuth und Lässigkeit eingerissen ist. Er selbst ist wegen der mangelnden moralischen Unterföhrung von seinem Posten als 1. Vorsitzender des Landesvereins zurückgetreten, der 2. Vorsitzende lehnte die Verantwortung für das Amt auch ab, sodas ein besonderer Ausschuss zur Leitung der Geschäfte gewählt werden mußte. In der Kasse hat man bei 12 400 M. Ausgaben noch ein Defizit von 1500 M. zu verzeichnen. Eine Reihe von Vereinen sind mit den Beiträgen im Rückstand geblieben, bei Land- und Reichstagswahlen blieben die erhofften Erfolge aus, die Presse, die „deutsche Wacht“, hat sich als einflusslos erwiesen.

Herr Zimmermann suchte trotzdem seinen Getreuen Muth anzusprechen. Es wurde ein Landesverband der auf dem Kasseler-Stat stehenden antisemitischen Vereine beschlossen. Zimmermann ist nach vielem Zureden wieder Vorsitzender geworden.

Die sächsischen Antisemiten werden noch einige zeitlang fortwähren. Aber ihre Sache ist dem endgiltigen Verfall geweiht. Wie stolz und ruhmredig trat diese Gesellschaft vor einigen Jahren auf die politische Bühne. Und jetzt? Überall nur Staub und Schimmer.

Zarmstadt, 17. November. Der antisemitische kassische Landtags-Abgeordnete Köhler richtet an die Regierung eine Anfrage über das Verbot des Verkaufs der „Zukunft“ und des „Simplicissimus“ auf den hessischen Bahnhöfen. Die Interpellation richtet sich besonders darauf, ob bei dem Erlasse des Verbots die hessische Rechts- und Landesbehörden gegenüber preussischen Anordnungen genügend gewahrt worden sei.

Die Heilbronner Reichstags-Krawalle werden im Dezember vor dem dortigen Schwurgericht verhandelt werden. Es handelt sich dabei bekanntlich um Aufruhr, Landfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Die Anklage erstreckt sich auf 31 Personen,

von diesen befinden sich seit dem Krawall 17 in Untersuchungshaft, 17 haben das Alter von 25 Jahren noch nicht erreicht. Gegen 20 weitere Angeklagte soll wegen mangelnder Beweise Einstellung des Verfahrens beantragt sein. — Wie erinnerlich sein dürfte, war damals alle Welt darin einig, daß der Krawall durch ein etwas mehr taktvolleres und geschickteres Auftreten des Oberbürgermeisters von Heilbronn, Herrn Dörmelmeier, hätte vermieden werden können. Ganz mitleidig ist der Versuch, den Krawall als einen „sozialdemokratischen“ hinzustellen.

Wie ein grüßlicher Verbrecher behandelt wird. Die regierungsoffizielle „Straßb. Post“ schreibt: „Von zuständiger Seite wird die Meldung der „Straßb. Nachr.“ dahin berichtet, daß die Freiheitsstrafe des Mittelmeisters Grafen Stolberg nicht in Gefängnisstrafe, sondern in Festungshaft bestche.“ Jene zahlreichen Leute, welche der Ansicht waren, daß das zuerst gemeldete Strafmaß eine der schwereren Strafen in seiner Weise entsprechende Sühne sei, werden jetzt, nachdem sie „von zuständiger Seite“ davon in Kenntniß gesetzt worden sind, daß der Herr Graf nicht etwa wie ein „gewöhnlicher“ Verbrecher 15 Jahre lang hinter dicken Gefängnismauern zu schmachten habe, sondern auf „Festung“ ein ziemlich angenehmes Leben führen könne, ohne Zweifel ihr Körgeln einstellen.

Aus Elbich-Lothringen, 15. November. (Eig. Bericht.) Im Bezirkstag für Oberelsaß, der zur Zeit seine Herbstsession abhält, einsetzt der Vertreter der Sozialdemokratie, Genosse Vueb, der vor Jahresfrist von der Arbeiterschaft Martrichs auf diesen Posten berufen worden ist, eine umfangreiche, auch von den politischen Gegnern lobend anerkannte Thätigkeit. Vueb hat in der gegenwärtigen Sitzung u. a. den Antrag eingebracht, zur Aufhebung eines für die Errichtung einer Bezirks-Lungenheilanstalt in den Bogen geeigneten Platzes und für die Aufstellung von Entwürfen und Vorschlägen eine Position von 5000 M. in das Kapitel der Ausgaben einzustellen. Ferner beantragt er, der Bezirkstag möge der Regierung gegenüber den Wunsch ausdrücken, daß die gegen die Einfuhr ausländischer Viehes angeordnete Grenzsperr sofort aufgehoben werde; die Regierung möge des weiteren baldigt diejenigen legislativischen Maßnahmen in Vorschlag bringen, die geeignet sind, eine Unfallversicherung der Gefangenen herbeizuföhren. Weitere Anträge Vueb's bezwecken die Aufhebung der den Wirthen auferlegten Lizenzsteuer, die als eine gegen einen einzelnen Stand gerichtete Abnahmesteuer prinzipiell zu verwerfen sei, sowie die Ausarbeitung einer Regierungsvorlage, durch welche nach dem Muster von Bayern und Baden die Verordnung von Surrogaten und der Zusatz von Süßstoffen bei der Bierbereitung verboten wird. Endlich erucht unser Genosse den Bezirkstag, die von ihm gewählten Landesauschussmitglieder aufzuföhren, in der nächsten Tagung des Landesauschusses die in der letzten Zeit wieder vermehrt vorkommenden Willkürlichkeiten der Behörden auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungslebens in der gebührenden rücksichtslosen Weise zu geißeln und aus eigener Initiative einen Entwurf einzubringen, der die Regelung der Angelegenheit in einem die Vollrechte währenden freiwilligen Sinne vorseht.

Schweiz, 15. November. (Eig. Ber.) Der jüngst erschienene Jahresbericht des schweizerischen Arbeiterssekretariats für 1897 enthält zunächst den Jahresbericht des leitenden Ausschusses des schweizerischen Arbeiterbundes, sodann den Thätigkeitsbericht des Arbeiterssekretariats und seiner Abzweigungen in Viel und Genf, das Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes vom 24. April 1898 und schließlich die im Februar 1898 an die ständeräthliche Kommission gemachte Eingabe in Sachen der Kranken- und Unfallversicherung. Das ganze Bündchen zählt 100 Seiten. Die Thätigkeitsberichte enthalten einige schätzbare Beiträge zur Kenntniß der Arbeitsverhältnisse in der Schweiz. Die Jahresrechnung für 1897 schließt bei 25 102 Fr. Ausgaben mit einem Defizit von 102 Fr.; belanntlich subventionirt der Bund das Arbeiterssekretariat mit 25 000 Fr. pro Jahr. Die hauptsächlichsten Ausgabenposten sind: 17 000 Fr. Besoldungen, 2479 Fr. Druckkosten, 1444 Fr. Bureaukosten u. s. w., 1113 Fr. Reisekosten, 462 Fr. Porto, 1070 Fr. Verschwendung u. s. w. In nächster Zeit sollen die Berichte über die Lohn- und Streikbewegungen in der Schweiz in den Jahren 1896 und 1897 erscheinen.

In der Schweiz besteht die Militärflichterabsteuer, die jeder Schweizerbürger bezahlen muß, der für den Militärdienst untauglich oder als ausgeschobener Wehmann verhindert ist, wie z. B. durch den Aufenthalt im Ausland, seinen jährlichen Militärdienst zu thun. Seit Jahren wurde in den Kantonen die Praxis befolgt, unehringbare Militärflicht-Ersatzsteuer durch mehrtägigen Starnendienst quitt zu machen, wobei der Betreffende Reinigungsarbeiten zu verrichten mußte. Auf Beschwerden dagegen erklärte diesen förmlichen Schuldverhaft das Bundesgericht in Lausanne für verfassungswidrig. Nun hat der Bundesrat auf Veranlassung des Nationalrates eine Gesetzbildung ausgearbeitet, welche die Gelegenheit im Sinne der bisherigen Praxis regeln soll. Dagegen hat das jetzt in Luzern domizilierte Centralcomitee des schweizerischen Genossenschaftsvereins eine ausgezeichnete Eingabe an die Bundesversammlung gerichtet, in welcher diese gebeten wird, auf die Vorlage nicht einzutreten und unter allen Umständen einer Regelung des Eintreibens der Militärflicht-Ersatzsteuer, welche das zwangsweise Abbedienen und die Bedrohung der sogenannten schuldhaften Nichtbezahlung mit Haft in Aussicht nimmt, die Zustimmung zu verweigern. Auch der letzte sozialdemokratische Parteitag in Basel hat in Sachen die gleiche Stellungnahme beschloffen.

Frankreich.

Zur Drehsus-Angelegenheit nahm am Donnerstag Abend in Paris unter der Leitung des Chefredakteurs der „Aurore“ eine Verammlung Stellung, welche von mehr als 3000 Personen besucht war. Die bedeutendsten sozialistischen Führer hielten Reden. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen: „3000 versammelte Bürger protestiren energisch gegen die Lausankheit, mit welcher die Revision des Drehsusprosses vor sich geht. Sie fordern, daß Picquart sofort in Freiheit gesetzt wird und tadeln die Schurken, welche Drehsus unschuldig nach der Teufelsinsel geschickt haben. Die Versammelten protestiren ferner gegen die gerichtliche Verfolgung, welche gegen Gobier angestrengt worden ist, weil er der Annee die Wahrheit gesagt hat. Endlich erklären die Versammelten, daß sie alle Mittel und Wege benutzen werden, um das militärgerichtliche Verfahren, welches so viel Unheil anstiftet, abzuschaffen.“ — Der in der Verammlung ebenfalls anwesende Leiter des Anarchistenblattes „Pöuple“ wurde von einem Polizeibeamten auf grund eines von diesem vorgelesenen Haftbefehls sofort abgeführt.

Der Minister der Kolonien erhielt vom Gouverneur von Guyana ein Telegramm, in welchem derselbe meldet, daß die Entscheidung der Kriminalkammer des Kassationshofes an Drehsus mitgetheilt worden sei. Die Depesche erwähnt keines Zwischenfalles.

Die angekündigte Broschüre Esterhazy's über die Drehsus-Sache soll nächste Woche in Paris zur Ausgabe gelangen. In der Einleitung erwähnt Esterhazy die Gründe, welche ihn zu Veröffentlichung der Broschüre bewogen haben, nämlich erstens materielle Gründe, um sich und die Seinen erhalten zu können, zweitens moralische Gründe, um sich bezüglich der Wahregeln zu rebanzieren, die man gegen ihn anzuwenden für richtig befinden habe. Esterhazy sagt in der Einleitung u. a.: „Man hat mir meine Ehre geraubt und meine Pauletten abgerissen, deshalb will ich jetzt sprechen. Ich bin fest entschlossen, die Intriguen der politischen Parteien aufzudecken, welche die Drehsus-Angelegenheit dazu benutzen, um die französische Annee und meinen guten Ruf in den Noth zu ziehen.“

Paris, 17. November. Nach dem „Sicde“ ist Picquart fünfmal Vergehen oder Verbrechen angeklagt. Punkt 1 bezieht sich auf die Mittheilung der Akten einer Affaire Doulet, Punkt 2 auf die Mittheilung eines Geheimnisses über den Priestertanddienst an seinen Arcund, den Advokaten Leblois. Punkt 3 dreht sich um die

Mittheilung, die Picquart nach der Aussage des Oberlieutenants Henry und des Archivars Gribelin ebenfalls Leblois von dem „petit bleu“ gemacht haben soll, in dem die Stelle „es Canaille de D.“ vorkommt. Endlich kommen die zwei Nothpostkarten an die Reihe, die Picquart gefälscht haben sollte oder wenigstens benutzt hat.

Paris, 18. November. In der Kammer interpellirte der Abgeordnete Laffes die Regierung über die Maßregeln, welche sie zu treffen gedente, um zu verhüten, daß die geheimen Schriftstücke aus der Drehsus-Affäre, welche die Sicherheit des Staates gefährden, an die Oeffentlichkeit gelangen. Ministerpräsident Dupuy erklärte, die Regierung verbleibe in dieser Angelegenheit bei ihrer früheren Erklärung. Dupuy fordert die Vertagung der Interpellation auf einen Monat. Der Abgeordnete Laffes ist hierüber äußerst entsetzt und steigt während auf die Tribüne, wo er nochmals eine heftige Rede gegen die Regierung hält. Er wird vom Präsidenten mehrmals zur Ordnung gerufen. Unter anderem sagte er, Frankreich sei augenblicklich unter einer Diktatur, an deren Spitze ein Jude stehe. (Gemeint ist Präsident Loew, der indch Protestant ist.) Auch wegen der letzten Aeußerung wird Laffes zur Ordnung gerufen. Er antwortet, er sei von seinen Wählern ins Parlament gesandt worden, um die Regierung zur Ordnung zu rufen, so oft sie fehl gehe. Nach längerer Debatte wurde schließlich der Antrag Dupuy's auf Vertagung der Interpellation auf einen Monat angenommen.

Dänemark. Dem Volkseth ist von seiten der sozialdemokratischen Parteigruppe ein Gesetzentwurf betress Erziehung von Instmanns-Häusern zugegangen. Da die bisherigen Versuche einer Lösung der Landarbeiterfrage an dem Widerstande des Landbesitzes scheiterten, und der neue vom Ministerium dem Reichstag zugegangene Antrag werthlos ist, hat sich unsere Parthei entschlossen, einen wirklichen Reformvorschlag dem Parlament vorzulegen. Die bisherigen Erweiterungsentwürfe des Volkseth scheiterten daran, daß die Regierung und der Landbesitz Bedenken dagegen hatten, daß der Staat dabei Privatbesitz mit mehr als vier Fünfteln des Werthes beliehen hätte. Bei dem neuen Antrag der Sozialdemokratie bleiben die Landarbeiter-Ansiedelungen Staats-eigentum, die Arbeiter werden nur Pächter, aber Pächter des Staates, nicht eines fre ausgehenden Grundbesitzers. Der Vorschlag sieht eine Pacht von 2 pCt. des Werthes vor. Man hat in diesem Falle nur nöthig, auf Tüchtigkeit zu sehen, nicht, ob die Arbeiter, die im anderen Fall nöthige Anzahlungssumme besitzen. Die Grundstücke sollen einen Maximalwerth von 6000 Kr. haben und 4 bis 6 Tannen Land umfassen. Zur Beschaffung von Land soll das Pfarrland eingezogen werden, das für 15 000-20 000 Arbeiter hinreichen würde, während nach dem Regierungsentwurf nur 2000 Arbeiter angesiedelt werden können. Die Pächter sollen dafür entschädigt werden; die meisten erzielen kaum 3 pCt. von ihrem Lande, weil sie nichts davon verkaufen. Dadurch, daß eine Anzahl Landarbeiter das Land eines Pfarrhofes übernehmen, kann für den Betrieb Maschinenkraft verwendet und die Verwirthschaftung in moderner Art betrieben werden. Für die Durchföhrung braucht der Staat nur 6 bis 7 Millionen in den ersten 5 Jahren jährlich zur Verfügung zu stellen. Später beträgt die Ausgabe noch nicht 1 Million.

Die Einbringung dieses Antrages wurde von Harald Jensen mit warmen Worten begleitet.

Spanien. Madrid, 17. November. Im Ministerathe, welchem der Ministerpräsident Sagasta wegen seines Unwohlseins nicht bewohnte, gab der Justizminister einen Ueberblick über die gegenwärtige innere und äußere Politik, erklärte die Furcht vor der larischen Agitation für unbegründet, sprach alsdann über die gestrige Sitzung der Friedenskommission in Paris und legte den Eindruck der europäischen Höfe betressend die Verhandlungen der Kommission dar.

Russland. Petersburg, 18. November. Dem „Russkij Invalid“ zufolge gehen die Bauarbeiten am neuen Zibauer Kriegshafen ihrer Vollenbung entgegen. Die Ankerplätze für die Kriegsschiffe sind vollständig hergerichtet. Man beabsichtigt, nachdem eine Probeankerung stattgefunden hat, die größten neuen Panzerschiffe und die Kreuzer der baltischen Flotte dahin überzuführen.

Kommission für Arbeiterstatistik.

Die Kommission legte heute die Vernehmung der Auskunfts-personen aus dem Gastwirthsgewerbe fort. Heute waren Restaurateure und Restaurationskellner aus allen Gegenden Deutschlands erschienen. In der Darföhrung der Verhältnisse ist es das alte Klagebuch, was aus Groß- und Kleinstädten, aus Norden und Süden des Vaterlandes erschallt. Ueberall muß der Kellner von früh bis spät thätig sein, welches das Geschäft erfordert. Es giebt eben keinen Ort, in dem nicht des Morgens Leute ihren Frühkopfen trinken und in welchem bis in die späte Nacht hinein Leute in der Kneipe sitzen. Dieser Umstand wird nun von den Wirthen bemut, um die Kellner so lange anzulohnen, daß sie vor dem ersten und nach dem letzten Gast in der Wirthschaft sein müssen. Dem Wirth kosten die Arbeitsstunden des Kellners nichts und deshalb summt der Wirth nicht auf Mittel, den Uebelstand zu beseitigen.

Die heutigen Erhebungen ergaben, daß die lange Arbeitszeit vielfach abgekürzt werden kann, wenn ein erster Wille vorhanden ist. Unstreitig trägt die Form der Lohnzahlung viel zu den Mißständen bei. Statt Zeitlohn vom Wirth zu erhalten, muß der Kellner den größten Theil seines Vorklohnes in Form von Trinkgeld von den Gästen einsammeln. Der Kellner kann erst dann abrechnen und das Geschäft verlassen, wenn der letzte Gast sich entfernt hat. Würden die Preise für Speisen und Getränke so sein, daß die Kosten für Bedienung mit eingerechnet sind und müßten die Wirthe dem Kellner Stundenlohn zahlen, dann würde in 99 von 100 Fällen, wo jetzt übermäßig lange Arbeitszeit ist, dieselbe beseitigt sein.

Die Kellner empfinden das Trinkgeldwesen als eins der größten Uebel ihres Gewerbes. Die Wirthe sind jedoch der Meinung, daß die Trinkgelder nicht beseitigt werden können, weil man dem Kellner seinen so hohen Lohn geben kann, der als Ersatz für das Trinkgeld dienen kann. Obwohl einige Restaurateure unplanmäßig hohe Summen als Kellnerentnahmen nannten, wollten doch fast sämtliche Kellner lieber feste Entnahmen haben, statt auf den Gnadenlohn des Gastes angewiesen zu sein. Die Wirthe führen mit an, daß der Gast mancherlei Gefälligkeiten von dem Kellner verlangt. Bald soll der Kellner eine Zeitung besorgen, dann beim Ansehen des Ueberziehers beschliffen sein u. s. w. Die Kellner halten das Trinkgeld für ein Uebel, weil die Entnahme eine unsichere ist und niederdrückend auf den Empfänger wirkt. Für das Gewerbe ist das Trinkgeld schädigend, weil dem freigeigigen Gaste die besten Portionen reservirt werden u. s. w. Charakteristisch war eine Mittheilung eines früheren Wirthsethers über das Geschäftsgehehen in manchen Betrieben. Während der Chef 60 Pf. für ein Liter Bier zahlte, mußte der Waffnetier 63 Pf. für jeden Liter abliefern. Er ist also gezwungen dem Gaste weniger zu liefern als er bestell.

Einen breiten Raum nahmen die Auseinandersetzungen über die Stellenvermittlung ein. Auch die heute erschienenen Auskunfts-personen hielten das Kommissionsarbeits für einen Arbeitszweck. Auch heute wurden Fälle mitgetheilt, aus denen hervorging, daß in nicht seltenen Fällen die Wirthe Vortheile vom Stellenwechsel haben. Der Kommissionär ist ein guter Gast, er macht große Fehden und sorgfältig sieht sich der Wirth gezwungen, dem guten Gaste in seinem nicht ganz reinlichen Geschäft zu unterföhren. In Frankfurt a. M. haben die Gastwirthsgewerbetreibenden eine Stellenvermittlung eingerichtet, die der Aufsicht des städtischen Arbeitsnachweises unterstellt ist. Obwohl auch noch eine Kautelen für die empfindlichen Kellner angeboten wird, weigerte sich doch die Gastwirthsinnung und der Wirthverein diesen Stellenmacheweis zu benutzen. Ein anwesender frankfurter Innungs-wirth entwickelte über den Stellenmacheweis ähnliche Ansichten, wie sie von dem Gründer der Maßregelungs-Bureau des Hamburger Arbeitgeberverbandes Dr. Rattens schon oft vorgetragen sind.

Der § 1 des Vereinsgesetzes und das Kammergericht. Ein juristisches Kunststück hat jetzt durch das Kammergericht seine Weihe erhalten. Am 23. Februar 1898 sollte in Weihensee eine Versammlung des Arbeitervereins stattfinden. Plötzlich, die öffentlich angeklagten waren, luden dazu ein und zeigten an, daß der Reichstags-Abgeordnete Reus sprechen werde. Es erschienen auch über 100 Personen im Lokal des Gastwirths Häbling. Der Einberufer, Genosse Haad, war indessen nicht in der Lage, dem anwesenden Beamten die Genehmigung darüber, daß die Versammlung polizeilich angemeldet sei, vorzuweisen. Er hatte einen Bekannten mit der Anmeldung betraut und dieser hatte die Erfüllung des Auftrages versäumt. So theilte denn Haad, ohne die Versammlung für eröffnet zu erklären, den Anwesenden mit, daß die Versammlung nicht stattfinden könne. Als bald leerte sich der Saal. Trotzdem erhielten Haad und der Gastwirth Häbling Anklagen wegen Vergehens gegen die §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes. Haad wurde vorgeworfen, daß er als Einberufer einer Versammlung, die öffentliche Angelegenheiten zu erörtern bezweckte, diese Versammlung nicht angemeldet habe, und dem Gastwirth machte man zum Vorwurf, seinen Saal für die Versammlungen herzugeben zu haben. Die Angeklagten bestritten, daß es sich hier überhaupt um eine Versammlung handele. Eine solche habe garnicht stattgefunden. Das Schöffengericht sprach die Angeklagten darauf frei, vom Landgericht wurden sie jedoch zu Geldstrafen verurtheilt. Die Strafkammer führte aus, es sei thatsächlich eine Versammlung zu stande gekommen, obgleich die Tagesordnung nicht erledigt worden sei. Und aus der Thatsache, daß ein sozialdemokratischer Reichstags-Abgeordneter in der Versammlung sprechen sollte, sei auf die Absicht einer Erörterung öffentlicher Angelegenheiten zu schließen. § 1 des Vereinsgesetzes sei somit anwendbar. Die hiergegen eingelegte Revision des Gastwirths Häbling wurde aus formellen Gründen zurückgewiesen. Genosse Haad legte ebenfalls Revision ein und machte geltend, die §§ 1 u. 12 des Vereinsgesetzes seien verletzt. Der Vorsitzende habe den Begriff der „Versammlung“ verkannt. Haad selbst habe ja den erschienenen Leuten bedeutet, daß die Versammlung nicht stattfinden könne, woraus die Anwesenden sich auch ohne irgendwelche Verhandlung entfernt hätten. Im übrigen genüge für die Feststellung, die Versammlung habe bezweckt, öffentliche Angelegenheiten zu erörtern, noch lange nicht die Thatsache, daß ein sozialdemokratischer Abgeordneter sprechen sollte. Eine solche Feststellung liege demnach überhaupt nicht vor. Schließlich wäre er als Angeklagter, nur strafbar, wenn er eine durchaus unzuverlässige Person mit der Anmeldung beauftragt hätte. Jedenfalls habe er gethan, was er konnte, um den gesetzlichen Anforderungen gerecht zu werden. Das Kammergericht wies indessen die Revision mit der Begründung zurück, daß das Landgericht die §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes richtig angewandt habe. Die Feststellung, daß öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten, sei ohne Rechtsirrtum erfolgt. Der Begriff der „Versammlung“ sei gleichfalls zutreffend gewürdigt worden. Es habe thatsächlich eine Vereinigung einer größeren Personennmenge zu einem bestimmten Zweck vorgelegen, und das genüge vollaus für die Annahme einer Versammlung. Es sei dem gegenüber gleichgültig, daß keine Leitung vorhanden gewesen und der eigentliche Zweck der Versammlung nicht erfüllt worden sei. Strafbar sei Haad, weil er mindestens fahrlässig gehandelt habe. Er hätte sich rechtzeitig bei seinem Bekannten erkundigen müssen, ob dieser seinem Auftrage nachgekommen sei.

Aus Halle a. S. wird uns berichtet: Der bekannte Waiseprozess gegen unsere Parteigenossen Schade, Groß & Co. beschäftigte am 17. November das Landgericht in der Vernehmung des Staatsanwalts mit der Verhängung der Selbstthalen vom Schöffengericht nicht zufrieden zu sein. Der springende Punkt bei der Sache ist, daß die auf einer Wiese bei Ammendorf abgehaltenen Waiseprozesse, bei der feinsten Reden oder Ansprachen gehalten worden sind, nach § 9 des Vereinsgesetzes als eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel, die von der Ortspolizeibehörde erst genehmigt werden müsse, angesehen wird. Das Landgericht erblickt ebenso wie das Schöffengericht in dem Waiseprozessen eine Versammlung, die genehmigungspflichtig sei, und verurtheilt Schade als Ordner und Leiter, sowie den Verleger, Genossen Groß, der im „Vollblatt“ zur Theilnahme an der Waiseprozesse in einem Interim aufgefordert hat, zu je 30 M. Geldstrafe ev. sechs Tagen Gefängnis. Genosse Marx wurde zu 10 M. Geldstrafe ev. zwei Tagen Gefängnis verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte mit Rücksicht auf die „Gefährlichkeit“ der Versammlung zu zwei Monaten, sechs Wochen und eine Woche Gefängnis beantragt.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 18. Novbr. (W. S.) Der Bankier Wilhelm Grobberger hat heute Selbstmord durch Erhängen begangen. Der Grund der That ist nicht bekannt.
Budapest, 18. Novbr. (W. S.) Die Regierung ist entschlossen, jedem weiteren Angriff wegen der Hengy-Affäre seitens der Opposition, sowie etwaigen Straßendemonstrationen auf das energischste entgegenzutreten.
Paris, 18. Novbr. (W. S.) Ein Beschluß des Kassationshofes fordert den Kolonialminister auf, Dreffus den Brief des früheren Justizministers Sarrien zu senden, worin dieser die Gründe andeutet, welche die Revision als notwendig erachten lassen; ebenso soll Dreffus die Erklärung des Staatsanwaltes Renaud zugelassen werden. Diese beiden Schriftstücke soll Dreffus in einem Memorandum beantworten. — Man glaubt, daß der Kassationshof in kommender Woche trotzdem die Rückverurteilung Dreffus nach Frankreich beschließen wird.
Paris, 18. Novbr. (W. S.) Wie aus Oshibuti gemeldet wird, ist Regus Renell zu einer Expedition gegen das Mangascha aufgebrochen.
Paris, 18. Novbr. (W. S.) Der Ministerrat hat beschlossene Fassung, wie die Abendblätter melden, mit dem Projekt des Generalgouvernements von Indo-China, Doumer, betreffend die Aufnahme einer Anleihe von 200 Millionen Francs zum Bau mehrerer Bahnen in Indo-China. Eine Linie soll von Haiphong nach Laotai auf sinesisches Gebiet führen.
Saffari (Cardinen). 18. Novbr. (W. S.) Aus allen Theilen der Insel werden wolkbruchartige Regengüsse gemeldet. Mehrere Brücken wurden fortgerissen, die Felder stehen vielfach unter Wasser. Wie es scheint, sind in der Provinz Cagliari auch Menschen ungelommen. An den Küsten wüthete ein heftiger Sturm, die ausgelassenen Schiffe mußten im Hafen Schutz suchen. In Serramanna, wo der Sturm 18 Stunden wüthete, stürzten mehrere Häuser ein.
Petersburg, 18. Novbr. (W. S.) Die Abrüstungskonferenz findet Mitte Februar nächsten Jahres statt, die Einladungen an die Mächte ergehen im Dezember.
Petersburg, 18. Novbr. (W. S.) In der letzten Nacht brach in einem in der Nähe der Stadt an der Peterhofer Eisenbahn gelegenen Holzhaufe Feuer aus, bei welchem zehn Personen, darunter vier Kinder, ums Leben kamen.
New-York, 18. Novbr. (W. S.) Heute früh fuhr bei Jersey City während eines dichten Nebels ein Zug der Pennsylvaniaischen Bahn in eine Anzahl von Schienenlegern hinein, welche auf der Bahnstrecke arbeiteten. Wie verlautet, sollen 11 Mann getödtet und 6 verwundet worden sein.

Genosse August Müller, vom Landgericht zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt worden, weil in einer Volant gegen den nationalliberalen „Hannov. Kurier“ die Unparteilichkeit der Rechtsprechung angezweifelt und gesagt worden war, die Justiz sei glänzend dahingelangen, Handlungen zu bestrafen, die — wie Streikprotesten und Ueberredung zum Streik — an sich nicht gegen Sitte und Moral verstießen. Müller legte gegen das Urtheil des Landgerichts Revision ein, worauf das Reichsgericht die Sache an dieselbe Instanz zurückverwies. In der neuerlichen Verhandlung erkannte das Landgericht den Angeklagten der Verleumdung der preussischen Richter abermals schuldig und verurtheilte ihn zu zwei Monaten zwei Wochen Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte drei Monate zwei Wochen beantragt. In derselben Sitzung des Landgerichts wurde gegen Müller wegen einer Wahlrede verhandelt, die dieser in Groß-Otterleben gehalten hat. In einer derben Kennerung über den Grafen Poladomski, betreffend dessen Verhältnis zum Unternehmern, erblidete das Gericht eine Verleumdung dieses Herrn. Das Urtheil lautete auf 300 M. Geldstrafe, wobei das Gericht die Erregung, die während des Wahlkampfes herrschte, zu Gunsten des Angeklagten in Rücksicht gezogen hat. Der Staatsanwalt hatte 5 Monate Gefängnis beantragt.

In ihrem Begrüßungsartikel zum Stuttgarter Parteitage hatte die Erfurter „Tribüne“ geschrieben: „Die Fahne zusammen, den Kopf hoch, das Auge offen, die schneigen, lampgeflähten Arme bereit zum Dreinhauen, so steht die Arbeiterschaft kalten Blutes auf ihren zwei kräftigen Beinen und erwartet ihre zahlreiche Feinde.“ Die Staatsanwaltschaft nahm diese Stelle des Artikels wörtlich und erhob gegen den verantwortlichen Redakteur Rudolph Anklage, weil er in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Bevölkerungsklassen zu Gewaltthatigkeiten gegen einander öffentlich angereizt habe. Das Landgericht erkannte natürlich auf Freisprechung. Es trat der Ansicht des Verteidigers bei, der u. a. ausgeführt hatte, daß die inkriminierte Stelle bildlich zu verstehen sei und daß man zu der Meinung des Staatsanwalts nur dann kommen könne, wenn man den Worten Gewalt antue.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die Musikinstrumenten-Arbeiter Berlin! In Verfolg des Beschlusses vom 12. Juli d. J., die Verpflichtungen vom Streik 1898 erfüllen zu wollen, hat es die größte Anzahl der Kollegen in den Werkstätten für ihre Pflicht gehalten, diesem Beschlusse nachzukommen. Den nun noch fernstehenden Kollegen rufen wir hiermit nochmals zu, endlich auch ihre Pflicht zu erfüllen. Kollegen, brecht mit dem alten Schindrian, laßt Euch nicht immer mahnend darauf hinweisen, daß nur eine besondere Gruppe der Kollegen der zahlende Theil ist. Lebt Solidarität, zeigt, daß jammliche Musikinstrumenten-Arbeiter zu einmüthigem Handeln bereit stehen. Ferner weisen wir darauf hin, daß in diesem Monat sämtliche Marken einer allgemeinen Kontrolle halber zur Abstemplung zu bringen sind. — Karten nebst Marken sind jeden Sonnabend von 8—10 Uhr in den Lokalen von Heinrich, Rammstraße 78, und Jubel, Lindenstraße 106, zu haben. Die Kommission.

Deutsches Reich.

Zu Remscheid nimmt der Streik gegen die Einführung von Betriebs-Krankenkassen weitere Ausdehnung. Einen Beschluß des Fabrikantenvereins ist zu entnehmen, daß die Herren von dem Vorhaben keineswegs abgehen wollen. Bis jetzt streiken die Arbeiter in der Schiffschiffabrik von H. W. Heuz und in der Wandfabrik von H. J. Vierzweigtägiger Kündigungsfrist: Schiffschiffabrik 50 Mann, Heuz 40 Mann, Wirths-Sohn 20 Mann, Eduard Engel 50 Mann, Formerei-Schlosserei Spennemann 50 Mann.

Schuld der Arbeitswilligen. Das Schöffengericht zu Dresden verurtheilte den 25 Jahre alten Bauarbeiter Ringwaldky wegen Streikvergehens („Nötigung“) zu zwei Wochen Gefängnis. Dieser hatte seinen Mitarbeitern auf dem Bau eines Sommerbades, als alle die Arbeit niedergelegt hatten, zugerufen: „Der Montag wieder anfängt, kriegt Keile“. Zwei der Arbeiter, welche aber doch am Montag weiterarbeiteten, sind also an die „Nötigung“ gar nicht gelehrt, sollen dadurch doch „genötigt“ worden sein.

In der Maschinenfabrik von Aug. Wille, Braunschweig, Braunturmerstraße, sind Lohnunterschiede ausgebrochen. Den Drechern und Hoblern wird eine bedeutende Lohnreduzierung zugemutet. Arbeiten, für die es bisher 18 M. gegeben, sollen nur noch mit 10 M. bezahlt, andere von 7 auf 4 M. herabgedrückt werden.

Der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben, so schreibt der „Volkfreund“, ist der Zweck eines „Bereins badischer Eisenbahnbediensteter“. Es ist uns ein Zirkular dieses außerordentlich offiziös klingenden Vereins in die Hände gekommen, dessen § 2 lautet:

Der Zweck unseres Vereins ist die Hebung der moralischen und sozialen Lage der Arbeiter und Bahnbediensteten der badischen Eisenbahnen auf christlicher und geselliger Grundlage.

Auf dieser Grundlage sollen sich nun nach der Aufforderung des Zirkulars alle Eisenbahnbediensteten organisieren, aber nur zu einem Verband, der wie der Verein badischer Eisenbahnbediensteter treu zu Großherzog und Vaterland hält, der nicht Umsturz, sondern Reform will.“ So werden die „Witten“ und Beschwerden eher „ein geneigteres Ohr“ finden. Wunderbar schön lesen sich auch folgende Sätze des Zirkulars:

Nicht in unfruchtbarer Kritik wollen wir uns verbittern, nicht einen nutzlosen und ungerechten Kampf gegen unsere Vorgesetzten führen! Nein, wir wollen praktisch Hand ans Werk legen und Schritt für Schritt voranschreitend, wollen wir auf geselligem Wege bessern, was zu besser ist, zum Wohl der Eisenbahn-Arbeiter und Bediensteten. Wir wollen auch das Müßige dazu beitragen, daß das Wort aus laienlichem Munde: „Die Staatsanstalten sollen Musteranstalten sein!“ in Erfüllung gehe. Wir wollen auch dazu beitragen durch treue und gewissenhafte Erfüllung unserer Berufspflichten.

Nicht Umwälzung, sondern soziale Reform ist das Ziel des Vereins. Deshalb bekennt sich jeder Eisenbahner durch den Eintritt in den Verein als Gegner der sozialdemokratischen Grundzüge und Bestrebungen, und verpflichtet sich, getreu nach den im Statut niedergelegten Grundzügen zu handeln.

Die Worte von der Begrenzung gegen die sozialdemokratischen Grundzüge sind im Original fett gedruckt, was natürlich den jedermann in einer höheren Amtsstube sitzenden Verfasser des Zirkulars nicht hindert, einige Zeilen weiter folgende Worte gleichfalls fett drucken zu lassen:

Die Erörterung konfessioneller und politischer Angelegenheiten schließt der Verein aus. Also christlich und antisozialdemokratisch, aber nicht konfessionell und nicht politisch! Das paßt ausgezeichnet zusammen! Aber verärgerte Scherze ist man ja von den Militärvereinen her gewöhnt.

Ausland.

In dem Kopenhagener Väterstreik hat das Schiedsgericht nun keine Entscheidung getroffen. Es schlägt für Roggenbrot-Fabriken und -Fabriken die Lohnsätze 26 Kronen, 29 Kronen und 32 Kronen pro Woche für die verschiedenen Arbeiterstufen vor. Die Arbeitszeit wird auf 11 Stunden mit 1/2 Stunden Freizeit, und in Fabriken mit mechanischer Kraft auf 9 1/2 Stunden mit 1 1/2 Stunden Freizeit festgesetzt. Ueberstunden werden mit 75 Oer bezahlt. Für die Feinbäckereien ein Minimallohn von 23 Kronen im ersten Jahre nach der Lehrzeit, später mindestens 25, 28, 29 und 31 Kronen für die einzelnen Stufen. Ueberstunden werden mit 68 Oer bezahlt, Feinbäckerei mit 4,20—5,20 Kr. Der Spruch bedeutet eine Lohn-erhöhung von 2 Kronen.

Soziales.

Arbeiter-Risiko. In dem bei Restia in Ungarn gelegenen Alfred-Schacht wurden durch Explosion schlagender Wetter 9 Arbeiter verletzt.

Daß im Zebringswesen mancherlei Mischstände bestehen, wird auch von den Wirtben allgemein zugegeben. Die Hauptmaßregel, die jetzt von den Wirtben gegen diese Mischstände ergriffen wird, scheint darin zu bestehen, daß sie die Anaben, bevor sie in die Lehre treten, ärztlich untersuchen lassen, um festzustellen, ob der Lehrling die Strapazen ertragen kann.

Die Schwächlichen werden dadurch zwar ausgeschieden, ob aber die sanitären Zustände im Stellenerberufe dadurch gebessert werden, muß die Zukunft lehren. Auf jeden Fall haben die hohen Krankheits- und Sterblichkeitsziffern dazu geführt, diese Maßregel einzuführen. Die Wirtben wollen der Welt glauben machen, daß die schlimmsten sanitären Zustände nicht eine Folge der angestrengten langen Arbeit sind, sondern darauf zurückgeführt werden können, daß schwächliche, mit erblichen Krankheiten belastete Personen den Beruf ergreifen. Also nicht die Erkennung im Beruf führt die hohe Belastung der Krankenkassen herbei.

Partei-Nachrichten.

Ueber den Ausfall der preussischen Landtagswahlen veröffentlicht der Parteigenosse August Wibel in dem jochen erschienenen Hefte der „Neuen Zeit“ einen Artikel, worin er sagt: „Das Endergebnis ist, daß den Konservativen, denen in der letzten Legislaturperiode sechs Stimmen an der absoluten Mehrheit fehlten, jetzt dreizehn Stimmen fehlen. Ein anderer kleiner Gewinn ist, daß durch die Verluste der Nationalliberalen die entschiedenere Linke gewann, diese also, wenn sie ihre Kräfte richtig anwendet, einen etwas größeren Einfluß erlangen kann.“

Dieses Gesamtergebnis zeigt, daß das liberale Bürgerthum unter den gegenwärtigen Verhältnissen — ein Theil der Schuld liegt allerdings mit am Wahlscheit — nicht mehr die Kraft besitzt, mit der Reaktion fertig zu werden. Nur der kleinste Theil des Bürgerthums — in der Hauptsache beschränkt auf die größeren und großen Städte — folgt noch der liberalen Fahne.

Und dieser Erfolg des Liberalismus wäre nicht einmal bei den preussischen Landtagswahlen hervorgetreten, hätte nicht die Wahlbeihilfung unserer Parteigenossen an einer Reihe von Orten dem Liberalismus den Sieg verschafft.

Frägt man nun, welchen Eindruck und Einfluß hat die Vertheilung eines verhältnismäßig kleinen Theiles der Partei an den Landtagswahlen hervorgerufen, so antwortet ich: einen un-erwartet günstigen. Nicht allein hat die Partei durch ihre Wahlbeihilfung — theils dadurch, daß die Parteigenossen von vornherein für bürgerlich-oppositionelle Wahlmänner eintraten, theils dadurch, daß sie eine größere Zahl Wahlmänner durchbrachten und diese schließlich für die linksliberalen Kandidaten stimmten — den Liberalen zum Siege verholfen und so fast allein die Zunahme der Mandate der freisinnigen Volkspartei herbeigeführt, sie hat auch sehr respektable Minoritäten an eigenen Wahlmännern in den Wahlkreisen Altona, Linden bei Hannover, Brandenburg und Halle a. S. durchgesetzt. Anfangs schien es sogar, als könnte im Wahlkreis Linden der sozialdemokratische Kandidat den Sieg davontragen.

Dieses Resultat war um so merkwürdiger, weil niemand, auch unter den Anhängern der Wahlbeihilfung nicht, auf einen Sieg aus eigener Kraft gerechnet hatte.

Nach dem Lindener Resultat und nach den vergleichsweise günstigen Resultaten in anderen Wahlkreisen ist aber ein Sieg in einzelnen Wahlkreisen, sogar unter dem elendesten und erbärmlichsten aller Wahlsysteme, nicht gänzlich ausgeschlossen, vorausgesetzt, daß die betreffenden Wahlkreise vorsichtig ausgesucht werden. Einer derselben dürfte sogar vor den Thoren von Berlin, ein anderer in Berlin selbst liegen. Auf alle Fälle aber konnte die Partei, wenn sie auf der ganzen Linie ins Feuer ging, solche Resultate erzielen, daß sie mit Hilfe dieses Gesamtergebnisses die bürgerliche Opposition zwingen konnte, ihr einige Mandate abzutreten.

Für eine kämpfende Partei wie die unsere muß das Ziel sein zu liegen; kann sie das nicht aus eigener Kraft — sie muß dieses unter allen Umständen probieren — so nöthigenfalls selbst mit Hilfe des Teufels und seiner Großmutter, vorausgesetzt, daß man ihnen nicht seine Seele, das soll in diesem Falle heißen, seine Parteigrundzüge, zu opfern vorschreibt.

In Betracht aller Umstände sollte selbst der verdienstlichste Gegner der Wahlbeihilfung unter uns zugeben: die Resultate waren über Erwarten!

Fest steht aber schon heute infolge dieser Resultate: wohl wissen wir noch nicht, nach welchem Wahlsystem der nächste preussische Landtag gewählt werden wird; das gegenwärtig existierende hat solche Mängel gezeigt, daß selbst Herr v. Miquel ihm nicht mehr das Wort reden wird, er, der in den nahezu fünfzig Jahren des Bestehens dieses elendesten aller Wahlsysteme sich vom rothen Kommunismus zum rothen Reaktor rüdenwidelt hat; aber welches Wahlsystem immer bei der nächsten Landtagswahl bestehen mag, die gesammte Sozialdemokratie in Preußen wählt!

Der sozialdemokratische Verein in Kiel hat eine Resolution beschloffen, worin unsere Reichstags-Fraktion ermahnt wird, im Reichstage eine Interpellation über die Gründe einzubringen, die die Regierung zur Beschickung der internationalen Anarchisten-Konferenz veranlaßt haben.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Frankfurt a. M. kommen drei sozialdemokratische Kandidaten in die Stichwahl. Nach der „Frankfurter Zeitung“ wird es unserer Partei diesmal voraussichtlich gelingen, im Stadtverordneten-Kollegium Vertretung zu bekommen.

In einer Parteiversammlung in Stuttgart hob Sperla als Vorsitzender des Parteitage-Komitees unter dem Beifall der Anwesenden den agitatorischen Werth hervor, den der deutsche Parteitag für die Sozialdemokratie Württembergs gehabt hat und schloß mit dem Dank an alle, die zum Gelingen des Parteitage beigetragen haben. Die Ausgaben, die den Parteigenossen Stuttgarts aus den Arrangements für den Parteitag erwachsen, betragen 2110,75 M. Die Einnahmen an Entree ic. belaufen sich auf 1483,80 M. Nach Eingang einiger ausstehender Posten, wird ein Fehlbetrag von etwa 600 M. zu decken sein. Die Versammlung nahm dann Stellung zu den Gemeindevahlen. Wie im vorigen Jahre, so wurde auch diesmal beschlossen, Kandidaten mit der Volkspartei anzulassen, und zwar werden die Namen von vier Kandidaten ausgetauscht. Die Volkspartei hatte sich damit vorher einverstanden erklärt. Als eigene Kandidaten wurden die Parteigenossen Paulcher, Sperla, Hildenbrand, Wähler, Böhne, Stern, Jöhler, Plos und Frech aufgestellt.

Todtenliste der Partei. In Erfurt ist der langjährige Parteigenosse Heinrich Othersen, ein geborener Bremer, aus dem Leben geschieden. Er gehörte während des Ausnahmegesetzes zu den Wirtben, die im Schleusinger Kreise mit jähher Beharrlichkeit für die Partei wirkten, und er hat sich bis zu seinem Tode des Vertrauens der Arbeiterschaft erfreut, deren Interessen er auch als Mitglied des Erfurter Gewerbegerichts in wirksamer Weise vertrat.

In Mainz hat der Parteigenosse Heinrich Bitter die Augen für immer geschlossen. Er wohnte bei Erlach des Ausnahmegesetzes in Frankfurt a. M., wurde auf Grund desselben wegen seiner politischen Thätigkeit zu einer Gefängnisstrafe verurtheilt und dann durch Verfügung des Regierungspräsidenten aus den Kreisen Frankfurt, Hanau, Höchst und Oberamt auszuweisen. Es gelang Bitter, in Mainz Beschäftigung zu finden, während seine Familie in Frankfurt zurückblieb. Die Frau, die mit ihren vier Kindern allein in der Welt stand, schrieb herzzerreißende Briefe an ihren Gatten, als die Kinder von der tödtlichen Krankheit Diphtheritis befallen wurden, und da konnte Bitter nicht widerstehen, er reiste nach Frankfurt und kam gerade recht, um dem einen Kinde die Augen zurückzu geben. Wegen dieses Verbrechens wurde er sofort verhaftet, dann des Totschlags angeklagt und zu drei Tagen Gefängnis verurtheilt. Der „Gerechtigkeit“ sozialistengesetzlichen Angedenkens war genüge geschehen!

Polizeiliches, Gerichtliches ic. — Wegen Verleumdung der preussischen Richter war der frühere verantwortliche Redakteur der „Magdeburger Volksstimme“,

Prozess des Bundes der Landwirthe gegen den „Vorwärts“.

Die bekannte Thomasmehl-Angelegenheit kam heute vor dem Schöffengericht I zur Verhandlung. Im Wahlkampf hatte ein Leitartikel unseres Blattes einige kräftige Bemerkungen über das Geschäftsgebahren des Bundes gebracht, und dadurch hatten sich die in derselben Notiz benannten Bundesdirektoren Friedrich Hahn und Köfke beleidigt gefühlt. Sie und Herr Plakuda haben deshalb unseren Redakteur Jacobey vor das Schöffengericht laden lassen.

Es ist nötig, auf die früheren Behauptungen über diese Angelegenheit zurückzugreifen. Am 21. Mai d. J. veröffentlichte der „Hannoversche Courier“ die erste Auflage gegen den Bund der Landwirthe, und als dieser blöses in sehr hochfahrender Weise alles bestritt, ohne genauere Erklärungen abzugeben, spezialisierte der „Hann. Courier“ am 8. Juni seine Behauptungen in folgender Weise: Die Rheinisch-Westfälischen Thomasmehl-Fabriken liefern an die Mitglieder der landwirtschaftlichen Vereinigungen Thomasmehl zu Preisen, die mit den Vereinigungen vereinbart worden. Nach Abwicklung der Geschäfte bezahlen die Fabriken an die Vereine Provisionen aus. Nach Behauptung des „Hann. Courier“ hatte nun die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft mit der Rheinisch-Westfälischen Thomasmehl-Aktiengesellschaft für ein gewisses Gehaltsquantum an Phosphorsäure den Preis von 24 Pf. vereinbart und sich dafür einen Rabatt von 30 M. für den Doppelwaggon (10 000 Kilogr.) ausgemacht. Diesen Rabatt, der richtiger eine Vermittlerprovision genannt werde, sei dem Bund der Landwirthe nicht hoch genug gewesen; er habe auf Gewährung einer höheren Provision bestanden und sich mit der Fabrik schließlich geeinigt, daß der Preis, den die Abnehmer zahlen mußten, auf 25 Pf. für das gleiche Quantum festgesetzt wurde, wogegen der Bund einen Rabatt von 45 M., also 15 M. mehr für den Doppelwaggon erhielt.

Der Bund der Landwirthe veröffentlichte darauf seine Korrespondenz mit der Rheinisch-Westfälischen Thomasmehl-Aktiengesellschaft, aus der er folgern wollte, daß die Behauptungen des „Hannoverschen Courier“ unrichtig seien. Andere lasen freilich eine Bestätigung dieser Anschuldigungen aus den Briefen heraus.

Im Termin am 18. d. M. wurde zunächst der Direktor der Thomasmehl-Gesellschaft Herr J e d e n o r f als Zeuge vernommen. Er bezeugte, daß er dem Bund der Landwirthe das Thomasmehl zunächst mit 24 1/2 Pf. mit höchstens 30 M. Rabatt für den Doppelwaggon angeboten habe. Diese Offerte habe der Bund abgelehnt, anscheinend weil ihm die Provision zu gering gewesen sei. Darauf habe der Zeuge eine neue Offerte gemacht, 25 Pf. für das bestimmte Gehaltsquantum, aber 45 Mark Rabatt. Diese Offerte habe der Bundesvorstand nach mündlichen Besprechungen akzeptiert. Trotz der Erhöhung des Verkaufspreises sei diese Offerte für die Thomasmehl-Fabriken wegen des höheren Rabatts minder günstig gewesen als die erste. Dagegen seien für sie diese Bedingungen auf dasselbe herausgekommen, wie die Abmachungen mit der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, welche nur 24 Pf. zahlte, dafür aber auch nur 30 M. Provision erhielt. Ob übrigens der Bundesvorstand von dieser erst am Tage vorher getrockneten Abmachung mit der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft Kenntnis gehabt habe, vermöge Zeuge nach so langer Zeit nicht mehr zu sagen.

Auf Antrag der Bundesdirektoren wurde nunmehr Herr G u r d h a r d t, ein Beamter des Bundes, vernommen, der folgendes angab: Die erste Offerte wäre als zu ungenügend abgelehnt worden. Ob bei den Besprechungen davon die Rede gewesen sei, unter welchen Bedingungen die Mitglieder der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft das Thomasmehl geliefert erhielten, wisse er nicht. Jedenfalls habe der Bundesvorstand erst im März 1896 erfahren, daß die Mitglieder der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft das Thomasmehl für 24 Pf. bekämen, und man habe nunmehr mit den Thomasmehl-Fabriken abgemacht, daß auch der Bund zu 24 Pf. verkaufen könne, in welchem Falle dann der Rabatt auf 30 Mark herabgehe. Der Bund habe dies aber nur „für eventuelle Fälle“ abgemacht und sei folgendermaßen verfahren. Im allgemeinen habe er den Preis von 25 Pf. festgehalten und auch den Rabatt von 45 M. bezogen; nur in einzelnen Fällen wo die Konkurrenz, namentlich die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft zu 24 Pf. offerierte, habe auch er, um die Konkurrenz zu schlagen, zu 24 Pf. verkauft, und dann auf 15 M. der Provision, die sogenannte Extrapreisdifferenz, verzichtet. Die ganzen Rabatte, Provisionen und Extrapreisdifferenzen seien der Bundeskasse zugeflossen. Am Ende des Geschäftsjahres sei den Bundesmitgliedern, die Thomasmehl bezogen hätten, für jeden Doppelwaggon ein Betrag von 15 M. rückvergütet worden, und zwar sowohl denen, die das Thomasmehl zu 24 Pf. gekauft hätten, als denen, die 25 Pf. dafür hätten zahlen müssen. Alles übrige sei zu Bundeszwecken verwendet worden.

Der Vertreter des Bundes der Landwirthe, Herr Rechtsanwalt Dr. R a z H o f m a n n, bezeugte, den Angeklagten zu einer Freiheitsstrafe wegen Verleumdung zu verurtheilen. Er behauptete, daß nichts von den Angaben des „Hannoverschen Courier“ und des „Vorwärts“ erwiesen sei, und wies darauf hin, daß schon die Form der angeklagten Äußerungen gröbliche Verleumdungen enthalte.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Wolfgang H e i n e, beurtheilte das Verfahren des Bundes der Landwirthe anders. Er meinte, daß man es mindestens nicht für korrekt halten könne, und daß es auf eine Täuschung der Bundesmitglieder hinausgelaufen sei. Wenn sich jetzt auch nicht feststellen lasse, daß die Normierung des Preises auf 25 Pf., also um einen Pfennig höher als die „Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft“ zahlte, direkt auf Anregung des Bundesvorstandes erfolgt sei, so stehe doch soviel fest, daß die Offerte der Thomasmehl-Fabrik, welche dahin geführt habe, den Rabatt auf 45 M., dafür aber auch den Preis auf 25 Pf. festzusetzen, zurückzuführen sei auf das Bestreben des Bundes, einen möglichst hohen Rabatt zu erhalten. Nur für die Thomasmehl-Lieferanten habe die Abmachung mit dem Bund der Landwirthe dieselbe Bedeutung, wie die mit der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, die Konsumenten hätten sich beim Bund der Landwirthe viel schlechter gestanden, als bei der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft. Sie hätten einen höheren Preis zahlen müssen und hätten schließlich zwar eine Rückvergütung erlangt, aber doch nur eine geringfügige im Verhältnis zu der hohen Provision, welche der Bund bezogen habe. Die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft habe im ganzen nur soviel Provision bezogen, als endgiltig in den Taschen des Bundes verblieben sei und davon habe die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft noch Rückvergütung an ihre Mitglieder geleistet. Für die Abnehmer sei es auch sonst keineswegs gleichgültig, ob sie 24 oder 25 Pf. zahlten, da sie ja doch zunächst den Preis haarklegen mußten.

Dagegen sei dies ganze Verfahren höchst vorteilhaft für den Bund gewesen, und es laufe thatsächlich darauf hinaus, die ungeheuren Kosten der Agitation, die der Bund betreibt und die aus seinen geringen Mitgliederbeiträgen nicht gedeckt werden könnten, auf diese Art den Landwirthen, die durch Vermittlung des Bundes Dingen zu bezogen, aufzuwälzen. Ganz besonders bedenklich sei aber das Verfahren, nachdem der Bund davon Kenntnis erlangt habe, daß die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft das Thomasmehl zu 24 Pf. abgebe. Der Bund würde zweifellos von nun an auf Grund der Preisbegünstigungsklausel, die sich in seinem Vertrage befand, die Befugnis gehabt haben, das Thomasmehl auch zu 24 Pf. zu verkaufen, natürlich unter Verzicht auf die 15 Mark Extrapreisdifferenz. Dies aber that der Bund nicht, sondern er berechnete den niedrigeren Preis nur in den besonderen Fällen, wo er durch die Konkurrenz dazu gezwungen wurde, hielt aber im übrigen auch dann noch den Preis zum Schaden seiner Mitglieder

so hoch wie vorher. Der Grund, aus dem dies geschehen sei, liege auf der Hand. Gätte der Bund fortan auf die Extrapreisdifferenz verzichtet und zu 24 Pf. abgeschlossen, so würde er entweder seinen Mitgliedern keine Rückvergütung mehr haben zahlen können, und dann wären die Vorteile, die der Bund den Landwirthen gewährte, und damit das Ansehen des Bundes in nichts zusammengefallen, oder aber er hätte zu dieser Rückvergütung einen Teil der 30 M. pro Doppelwaggon verwenden müssen, die er bisher ganz in seine Kasse gleiten ließ. Dann würde aber das Geld zur politischen Agitation gefehlt haben. Der Bund habe seinen Mitgliedern verschwiegen, daß er im Stande sei, ihnen noch günstiger zu liefern, als er thue, und er habe dies gethan im Interesse der Bundeskasse. Es sei im Grunde bis auf keine Einzelheiten alles das bewiesen, was der „Hannoversche Courier“ und ihm folgend der „Vorwärts“ über die Geschäftstätigkeit des Bundes behauptet hätte, und moralisch charakterisierte sich dies als illoyale Konturrenz, indem der Schein eines besonders günstigen Angebots erweckt werde, wo ein solches garnicht vorliege.

Der Verteidiger erörterte dann noch die formale Seite der Äußerung des Angeklagten. Er führte aus, daß auch er es nicht schon finden könne, wenn der politische Kampf mit derartigen persönlichen Schimpfwörtern geführt werde. In dieser Beziehung habe aber gerade der Bund der Landwirthe keine Veranlassung, den Empfindlichkeiten zu spielen, denn sein offizielles Organ, die „Deutsche Tageszeitung“ gerade habe die gehässigste persönliche Agitation gegen die Sozialdemokratie geführt und Personen in unwahrer Weise beschimpft, die der Sozialdemokratie thuer seien. Die Blätter dieser Richtung hätten über die verstorbene Eleanor Marx die nichtswürdigsten Verleumdungen verbreitet, sie hätten das lächerliche Märchen von Bebel's Schloß im Wahlkampf verwendet, und ein zu gunsten eines Kandidaten des Bundes der Landwirthe verbreitetes Flugblatt habe seine Gehässigkeit soweit getrieben, Bebel des Meineids zu bezichtigen. Die Äußerungen des „Vorwärts“ seien ebenfalls im Wahlkampf gefallen und dann milder zu beurtheilen.

Das Gericht verurtheilte den Angeklagten zu 150 M. Geldstrafe. Es erklärte, daß nach seiner Ueberzeugung der Bund der Landwirthe so gehandelt habe, wie jeder Kaufmann in seiner Lage handelte würde, und daß es nicht begründet sei, ihm deswegen Schwindel und Betrug vorzuwerfen. Uebrigens rechnete das Gericht dem Angeklagten die Aufregung des Wahlkampfes zu gute.

Gegenüber einer Ausführung des Rechtsanwalts Dr. Hofmann, der gesagt hatte, Parteiredakteure solle man nicht zu Geldstrafen verurtheilen, weil das Zeitungswesen die Strafe zu bezahlen pflege, bemerkte der Vorsitzende, dies entzöge sich der richterlichen Feststellung, und selbst wenn es erwiesen wäre, würde es nicht dazu führen können, Zeitungredakteure lediglich aus diesem Grunde mit Freiheitsstrafe zu belegen. Das Gericht biete keine Handhabe dafür, Redakteuren ein für alle mal die Vergünstigung der Geldstrafe zu verweigern.

Wir möchten zu diesem Prozesse noch diese Bemerkung machen: Der Bund zahlte, wie festgestellt, die Rückvergütung von 15 M. für den Doppelwaggon auch an die Mitglieder, die der Konkurrenz wegen das Thomasmehl zu 24 Pf. erhalten hatten. Das waren in erster Reihe die Herren, welche zugleich Mitglieder der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft waren und nach den Aussagen der Zeugen dürften es wesentlich Großgrundbesitzer gewesen sein, die in der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft vorherrschen. Diese erlangten also vom Bund einen doppelten Vorteil, niedrigeren Preis und noch die Bonifikation, obgleich der Bund an ihnen weniger verdiente, als an den anderen, die den höheren Preis zahlten. Unter diesen, die nicht so lang waren, den Preis durch die Vererbung auf Konkurrenzangebote zu drücken, dürften die Bauern und kleineren Mittergutsbesitzer aus abgelegenen Gegenden vorgezogen haben.

Dem Richter ist recht zu geben, daß der Bund gegen seine Mitglieder handelte, wie ein gewandter Kaufmann allenfalls handeln darf. Die Bauern dürften aber von „Vater Pödy“ eine mehr väterliche als kaufmännische Behandlung erwartet haben.

Communales.

Aus der Magistratsitzung am Freitag. Zur Vorbereitung wegen Anstellung von Schulärzten in den hiesigen Gemeindeschulen hatte das Magistratskollegium bekanntlich eine Subkommission eingesetzt. Dieselbe hat in der gestrigen Sitzung des Magistrats dem Kollegium ihre Vorschläge unterbreitet, welche dahin gehen: Für jeden Schulkreis sollen Schulärzte vom Magistrat kontraktlich angenommen werden. Jeder einzelnen Gemeindeschule wird einer dieser Ärzte zugewiesen. Einem Arzt sollen nicht mehr als vier Schulen übertragen werden. Dem Schularzt soll obliegen: 1. die Prüfung der für den ersten Eintritt in die Schule angemeldeten Kinder auf ihre Schulfähigkeit, 2. die Prüfung der für den Nebenunterricht vorgezeichneten Kinder auf körperliche und psychische Mängel, insbesondere Fehler an den Sinnesorganen, erforderlichenfalls unter Mitwirkung eines Spezialarztes, 3. auf Ersuchen der Schulkommission beziehungsweise des Direktors die Prüfung eines angeblich durch Krankheit vom Schulbesuch verhinderten Kindes, 4. die Abgabe eines mündlichen oder schriftlichen, von den zuständigen Organen der Schulverwaltung erforderlichen Gutachten a) über vermuthete oder beobachtete Fälle ansteckender Krankheiten oder körperliche Behinderungen von Schülern, b) über vermuthete oder beobachtete, die Gesundheit der Lehrer benachteiligende Einrichtungen des Schulhauses und seiner Geräte. Der Schularzt ist verpflichtet, das Schulhaus einschließlich der Schulklassen während oder außerhalb des Unterrichts nach vorheriger Anmeldung bei dem Rektor in angemessenen Zwischenräumen zu besichtigen und die von ihm beobachteten hygienischen Mängel dem Rektor mitzutheilen; die in amtlicher Eigenschaft gemachten Beobachtungen dürfen nur nach Genehmigung veröffentlicht werden; die Schulärzte werden periodisch zu Beratungen berufen, welche von einem dazu vom Vorsitzenden der Schuldeputation bestimmten Mitgliede der Schuldeputation geleitet werden. Der Schularzt erhält für jede Schule ein Honorar von jährlich 500 M.; er soll in der Nähe der ihm überwiesenen Schulen wohnen. Das Magistratskollegium hat beschlossen, zunächst einen Versuch mit 20-25 Schulen in verschiedenen Stadtgegenden zu machen, um zunächst Erfahrungen zu sammeln. Der Stadtverordneten-Versammlung wird eine diesbezügliche Vorlage zur Genehmigung zugehen. Wozu bedarf es da erst der „Versuche“?

Die von der Deputation unterbreiteten Projekte zur Herstellung der Koffstrafen- und Grünstrafen-Brücke hat das Kollegium genehmigt. Die Koffstrafen-Brücke soll mit einer Säule, auf der ein Koff thronet und das Geländer mit einem Pegasus geschmückt werden.

Die Stadtverordneten, Generaldirektor Friedrich Goldschmidt und Rentier Schöple haben dem Vorsitzenden der Neuen Fraktion der Linken, Stadtverordneten Kreittling, ihren Austritt aus der Fraktion angezeigt.

Die Zahl der Anwesenden bei der Schlussabstimmung in der Stadtverordneten-Versammlung über den Vertrag mit den Berliner Elektrizitätswerken ist eine derartig hohe gewesen, wie sie höchst selten vorkommen pflegt. Von den 126 Stadtverordneten nahmen 117 an der Abstimmung theil, 4 Mandate sind gegenwärtig unbesetzt, 2 Stadtverordnete konnten wegen Befehles von Aukien an der Abstimmung nicht theil nehmen, 2 sind aus Gesundheitsrücksichten und aus anderen Ursachen schon seit längerer Zeit von Berlin abwesend und ein Mitglied hat sich der Abstimmung enthalten.

Lokales.

Für den zweiten Berliner Wahlkreis findet am Sonntag, den 20. November, abends 7 Uhr, im Lokale von Fritz Judeff, Lindenstr. 106, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung und Referent werden in der Versammlung bekannt gegeben. Nach der Versammlung gefelliges Beisammensein.

Die städtischen Bureau-Hilfsarbeiter, so wird uns geschrieben, haben vor einiger Zeit die ihnen für die Monate April bis Oktober zu zahlenden Gehaltszulagen in Höhe von 10, 15 und 20 M. pro Monat erhalten. Seit dem „Fall Maßky“ läßt nämlich der Magistrat die Praxis, die Zulage nicht monatlich mit den Löhnen, sondern halbjährlich in Form eines Zuschusses zu zahlen, obwohl die Maßregel auf die sonstige Stellung der Hilfsarbeiter rechtlich ganz ohne Wirkung ist. Es wäre im Interesse der Hilfsarbeiter sehr wünschenswert, daß der hochwohlwollende Magistrat von dieser Praxis abginge und die sogenannte Zulage monatlich mit den Löhnen gewähre. Besonders wäre dies mit Rücksicht auf den heranrückenden Winter zu wünschen. Unzweifelhaft spielen zur Winterszeit 10 und gar 20 M. mehr im Monat eine große Rolle, namentlich wenn, wie in vielen Fällen, der Diätensatz eines Familienvaters monatlich nur 100 M. beträgt.

Königliche Akademie der Künste. Da der Besuch der Gesellschaftsausstellung nicht nachgelassen hat, sondern sich täglich steigert, wird die Ausstellung noch bis zum 24. d. M. einschließlich geöffnet bleiben. Sie kann nicht länger dauern, da eine Ausstellung von Konstruktionsentwürfen für die Ausbesserung des Rathhauslaales in Altona und für einen monumentalen Brunnen in Dronberg sich demnächst anschließen wird.

Die Fälle von Verübung groben Unfugs an öffentlichen Feuerwehren vermehren sich in letzter Zeit ungemein. Fast keine Nacht vergeht, in der nicht eine frechste Warnung der Wehr erfolgt. Leider gelingt es nur selten, den Thäter zu erwischen. In der Nacht zum Freitag wurde in zwei Fällen der Feuerwehler hös-willig gezoogen und zwar Grüner Weg 101 und Kasanien-Allee 69.

Einem schweren Zusammenstoß zwischen einem elektrischen Straßenbahnwagen und einem Kollwagen gab es gestern Morgen um 9 Uhr in der Köpckestraße in der Nähe der Ohmstraße. Als ein Wagen der Straßenbahn von Treptow her nach der Behrenstraße fuhr, kam aus einem Hause der Köpckestraße ein Kollwagen heraus und wollte noch, da die Pferde nicht mehr angehalten werden konnten, vor dem elektrischen Wagen vorbeifahren. Es gelang ihm jedoch nicht mehr, da der Führer des Straßenbahnwagens nicht mehr zeitig genug bremsen konnte. Der Zusammenstoß war sehr heftig. Der Führer des elektrischen Wagens und zwei Fahrgäste wurden von der vorderen Plattform herabgeschleudert und gerieten zum Theil noch zwischen die beiden Wagen. Der Führer erlitt schwere Quetschungen der Brust und einen Bruch der Beine; er mußte in bedenklichem Zustande in ein Krankenhaus gebracht werden. Die beiden Fahrgäste kamen mit leichteren Verletzungen davon. Die Plattform des Straßenbahnwagens wurde vollständig zerkleinert. Der Wagen war betriebsunfähig und wurde in das Depot in der Brandenburgstraße gebracht. Der Unfall ist dadurch verursacht worden, daß, entgegen der Polizeivorschrift, bei der Ausfahrt des Kollwagens niemand am Thorwege war, um ein Warnungszeichen zu geben.

Der im Feiner Krankenhaus liegende englische Seiffert, den die Polizei für identisch mit dem Mordmörder Wegener hält, hat nicht vernommen werden können, da sein körperlicher Zustand die Vornahme eines Verhörs nicht gestattet. Ein Haftbefehl gegen ihn ist im Laufe des gestrigen Tages noch nicht erlassen worden, doch ist die hiesige Kriminalpolizei der festen Ueberzeugung, daß der englische Seiffert thatsächlich Wegener sei, weil die an ihm nach dem Verfallenen Schymen vorgenommenen Messungen genau mit denen übereinstimmen, die man im Fuchsbütteler Juchthaus an ihm vorgenommen hat.

Die Sammelkarte Nr. 1047 von dem Streif der Sattler bei Fischer u. Richter ist verloren gegangen. Der etwaige Finder wird ersucht, die Karte im Restaurant von Th. Meyner, Oranienstr. 184, abzugeben.

Feuerbericht. Infolge groben Unfugs am öffentlichen Feuerwehler wurde die Wehr in der Nacht zum Freitag nach Grüner Weg 101 und Kasanien-Allee 69 gerufen. Die Thäter konnten nicht ermittelt werden. Ein Schaldeckenbrand veranlaßte einen Alarm nach Kurfürstenstr. 5. Perlebergerstr. 46 war in einer Sattlerei ein Schadenfeuer abzulösen, bei dem Berg und Polsterwaren in Flammen aufgingen. Ein Kellerbrand war Markusstr. 30 abzulösen. Freitag gegen Abend brannten Blumenstr. 20 mehrere Kisten auf dem Hängeboden.

Der Arbeiter-Sängerbund theilt uns folgendes mit: Auf Grund zahlreicher Anfragen, den Gesangverein „Schildehorn“ betreffend, welcher am Todten-Sonntag in der Brauerei Friedrichshain unter Mitwirkung der Kapelle des 4. Garde-Regiments ein Konzert veranstaltet, diene hiermit zur Kenntnismahme, daß der besagte Verein dem Arbeiter-Sängerbunde nicht angehört. Die Vereine des Bundes würden sich eines Verstoßes gegen die Bundesbestimmungen schuldig machen, wenn dieselben Mitgliederkapellen engagierten.

Die Neue Freie Volksbühne veranstaltet am Sonntag, den 20. November (Todten-Sonntag), abends 7 Uhr, in den Florakillen, Behrenstr. 17, einen Rodemen Vortragabend. Billets à 40 Pf. sind in allen Zahlstellen sowie beim Kassier des Vereines, Ad. Böhr, Uferstr. 40, II, zu haben. An der Abendkasse 50 Pf.

Theater. Im Metropo-Theater ist die Aufstättungsfeier „Das Paradies der Frauen“ durch eine Operette ersetzt worden. „Die Blumenmarch“ heißt das Werk des Komponisten Weinberger, der hier vor einigen Jahren schon mit den „Lachenden Erben“ reüssiert hat. Die Handlung ist etwas besser, als man es durchweg bei Operetten gewohnt ist; der Unfall, daß die Heldin sich öffentlich in einer Lotterie verlosen läßt, giebt zu pikantes Anlaß, und einige nach bewährtem Schema fabrizirte Klouplets helfen die Handlung füllen, wo sie sonst. Die Musik enthält ein paar einschmeichelnde Melodien, die vielleicht bald zu der von manchem Komponisten ja erlebten Straßensensationalität kommen; von einem selbständigen Zug ist aber in der Komposition keine Rede. Das erlebte Ensemble des Metropo-Theaters hat sein mögliches, um einen leidlichen Erfolg zu fronde zu bringen. Die Herren Felscher, Steinberger und Bauer hatten Gelegenheit, ihre in Berlin bekannten Eigenarten zu entfalten. Fräulein Stojan ließ den der Titelrolle gebührenden Scheid etwas vermissen; Paula Borm spielte und sang mit guter Laune.

Alexanderplatz-Theater. Das Wankelgängerthum ist auch in Berlin noch nicht ausgestorben. Einzige die Stätte seiner Wirksamkeit hat zeitgemäß gewechselt. Der Mann mit der unverwundlichen Stimme stellt sich hier nicht mehr auf Jahrmärkten hin, um an buntdemalter Leinwand die neueste Morittha zu demonstrieren. Ein unternehmender Herr in Berlin hat längst dafür gesorgt, daß auf den Brettern, die die Welt bedeuten, für Uelung des achtwüthigen Brauches Platz gemacht werde. Spult im eigenen oder unter fremdem Volle irgend eine Sensation herum, so kann man Gift darauf nehmen, daß Herr Theaterdirektor Samst sie in mehr oder weniger sardische Stücke für eine seiner Bühnen ausschachtet. So geschieht es zur Zeit auch mit dem „Fall Gräntenthal“, der in großen Bildern über die Bühne des Alexanderplatz-Theaters dahingehleift wird. Daß solches Treiben mit der Kunst kaum etwas zu thun hat, braucht wohl nicht erst auseinandergelegt zu werden. Aber wir glauben auch nicht, daß sich im Berliner Publikum eine nennenswerthe Gruppe von Leuten findet, die auf die Darstellung derartiger Spezialitäten

Wertz legt. Das Bänkefängerthum hat doch selbst auf provinziellen Jahrmärkten seine Roth, sich durchzusetzen.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Die Genossen werden auf die am Montag, den 21. November stattfindende Ersatzwahl im VI. kommunal-wahlbezirk aufmerksam gemacht, für welche seitens unserer Partei Schriftsteller Paul Girsch als Kandidat aufgestellt ist. Die Wahl geht von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends ununterbrochen vor sich, und zwar für die Unterabtheilung A im „Hippodrom“, Hardenbergstr. 42, für die Unterabtheilung B im Restaurant Dove, Kanstr. 146, Ecke des Savigny-Platzes. Wahlberechtigt ist jeder Freize, der ein Jahr am Orte wohnt, das 24. Lebensjahr vollendet hat und sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindet. Auch diejenigen Wähler, welche nach dem 15. August ihre Wohnung gewechselt haben, werden in der Liste geführt und können von ihrem Wahlrecht in demjenigen Wahllokal Gebrauch machen, zu dessen Bezirk ihre frühere Wohnung gehört hat. Die Wählerlisten liegen bei Heinsche, Goethestr. 13 (Zigarrengeschäft) zur Einsicht aus. Als Legitimation dient die mündliche Einladung oder Steuerquittung.

Zur Unterabtheilung A gehören: Berlinerstr. 128 bis 151, Widmannstr. 1-18 und 117-127, Grolmannstr. 1-6 und 68-72, Hardenbergstr. 1-5 und 37-42, Kurfürsten-Allee zwischen Knie und der Königl. Baumschule, Leibnizstr. 1-15a und 78-93, Schillerstr. 1-16 und 108-127, Goethestr. 5-17 und 65-83, Grolmannstr. 7-25 und 49-67, Herderstr. 16-25 u. 68-77, Schlüterstr. 1-15 und 67-78.

Zur Unterabtheilung B gehören: Kanstr. 22-38 und 131-145, Kurfürstendamm 40-73, 79-81 und 170-199, Leibnizstr. 26-65, Liegnitzerstr. 1-16 und 93-106, Schlüterstr. 16-66, Straße 1-V-1 (zwischen Ansebeck- und Leibnizstr.), Straße 11a-V-1, Wielandstr. 1-10, Kurfürstengarten, Carmerstr. 1-10, Kanstr. 1-10 und 109-112, Goethestr. 1-4 und 84-87, Hardenbergstr. 8-26 u. 30-36, Joachimsthalerstr. 1-4 u. 43-44, Kanstr. 5-21, Ansebeckstr. 1-24 und 83-100, Kurfürst-Allee zwischen der Königl. Baumschule und Bahnhof Zoologischer Garten, Savigny-Platz 3-10, Steinplatz, Umlandstr. 1-11 und 190-197, Kanstr. 20-105 ausschließlich 42-84, Grolmannstr. 26-48, Joachimsthalerstr. 5-42, Kanstr. 146-161, Ansebeckstr. 25-82, Kurfürstendamm 18-89 und 200-226, Savigny-Platz 1-2 und 11-13, Umlandstr. 12-37 und 163-189.

Ferner machen wir auf die am Sonntag, den 20. d. M., mittags 12 Uhr, in der Gambinusbrauerei, Wallstraße, stattfindende kommunalwähler-Versammlung aufmerksam, in der Stadt. Vorgemacht von Berlin und Genosse Paul Girsch referieren werden.

Thue werde seine Schuldigkeit, damit uns der Sieg zufalle.

Schöneberg. Die Fortsetzung der Versammlung vom 7. November, in der über die Taktik der Partei referiert wurde, kann umständlicher nicht am 21., sondern erst Donnerstag, den 24. November, stattfinden. Zahlreicher Besuch ist erwünscht.

Die Parteigenossen von Weiskensee werden nochmals dringlich aufgefordert, am Sonntag an der Agitationstour nach Malchow-Birkholz theilzunehmen. Man wolle sich morgens 7 Uhr bei Pfeifen-Wüller einfinden.

Pankow-Niederschönhausen. Die Parteigenossen werden ermahnt, zu der am Sonntag stattfindenden Agitationstour pünktlich 7 1/2 Uhr bei Störr, Pankow, Mühlenstr. 25, zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Grünau. Der hiesige Arbeiter-Bildungsverein hält heute im Lokale des Herrn G. Lindemann seine regelmäßige Versammlung ab. Genosse M. Schmidt wird einen Vortrag halten. Die Parteigenossen von Grünau und Umgegend sind zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen. Der Vorstand.

Spandau. Der Stadtverordnete Grunow, dessen Wahlperiode erst 1901 abläuft, hat sein Mandat niedergelegt. Die Ersatzwahl ist nunmehr vom Magistrat auf den 2. Dezember d. J. ausgeschrieben; die Wahl geschieht in sechs Lokalen, das nähere wird noch an dieser Stelle bekannt gegeben werden. — Der Zimmerer Hornig hatte am Donnerstag das Unglück, auf dem Neubau der Siemens'schen Fabrik auf den Kometenwiesen, woselbst er beschäftigt war, abzustürzen, wobei er sich einen Bruch des rechten Schenkels zuzog. Er wurde sofort nach dem städtischen Krankenhaus in Charlottenburg geschafft.

Die Errichtung einer Kunstgewerbe- und Handwerkerschule in Charlottenburg entsprechend den Kunstgewerbeschulen in Berlin, Hannover, Kiel, Frankfurt a. M. etc. ist jetzt vom Unterrichtsminister genehmigt worden. Die neue Schule, die an Stelle der städtischen Handwerkerschule tritt, soll, wie der Charlottenburger Magistrat gestern beschlossen hat, schon am 1. April nächsten Jahres eröffnet werden. Zum 1. Oktober 1900 wird die Schule ein eigenes neues Gebäude in der Wilhelmsdorferstraße, gegenüber der Flora, erhalten. In demselben wird auch die städtische Volksbibliothek untergebracht werden.

Ein gefährlicher Gift erhielt bei einem nächtlichen Heberfall der Arbeiter Paul Winter aus der Rainigerstr. 5 zu Friedrichsberg. Auf dem Heimwege von Friedrichsberg wurde er am Sonntag Abend in der Frankfurter Allee von drei Männern angefallen und mishandelt. Als er sich zur Wehr setzte, gerieth er einem seiner Angreifer mit dem Daumen der rechten Hand in den Mund. Der Mann biß zu, ließ dann aber, da andere Leute in Sicht kamen, mit seinem Begleitern davon. Winter lählte die Wunde, die bis auf den Knochen ging, und glaubte damit genug gethan zu haben. Vor-gestern aber begann der Daumen stark zu schwellen. Ein Arzt, den er nun zuzog, schickte den Giftbissen gestern sofort in ein Krankenhaus. Hier mußte man ihm, um den Arm und das Leben zu retten, den Daumen abnehmen, da eine Blutvergiftung eingetreten war.

Die Rückkehr aus Jerusalem. Eine feierliche Einholung des Kaiserpaars soll nun doch erfolgen. Die Potsdamer wollen dies Werk verrichten, nachdem die Berliner Postleranten so wenig Unterstützung gefunden haben. In unserer, durch die Eigenart ihrer zugeführten Einwohner recht bekannt gewordenen Nachbarschaft werden aber nicht nur die Postleranten, sondern sogar Oberbürgermeister, Römungen, Kriegervereine etc. sich an dem feierlichen Ereigniß theilnehmen. Den Potsdamern steht die Sache auch entschieden besser an, als den Berlinern.

Durch Einbrecher ist der Kassierer Ziforski vom Restaurant am Knie zu Charlottenburg seiner ganzen Habe beraubt worden. Während Ziforski und seine Frau am Duz- und Weltage nachmittags im Geschäft waren, drangen Einbrecher mit Nachschlüssel in seine am Löhov 16 gelegene Wohnung ein und stahlen ihm sämtliche Kleidungsstücke und Geld- und Silbergegenstände. Der Verlust belief sich auf mehr als 1000 M. Es ist Aussicht vorhanden, die Diebe zu ermitteln, da ein Mitglied der Bande als „Schmiedehocher“ gefangen worden ist.

Ein an die Steglitzer Katastrophe erinnernder Vorfall, der erst jetzt bekannt wird, hat sich, wie die „Volks-Zeitung“ meldet, in der vorigen Woche auf dem Bahnhof Mariensfelde ereignet und gezeigt, wie dringend die Eisenbahn-Verwaltung einen vollständigen Umbau dieser Anlage vornehmen sollte, bevor ein zweites „Steglitz“ dort entstanden ist. Der von Mariensfelde aus nach Berlin fahrenden Zug, muß, um in den von Hosen kommenden Zug einströmen zu können, das von Berlin aus rechts liegende Geleise überschreiten. Als noch am Mittwoch voriger Woche eine aus ungefähr 15 Personen bestehende Gesellschaft vom Mariensfelde aus nach Berlin zurückkehren wollte, wurde die zum Bahnsteig führende Barriere wieder alle Gewohnheit erst geöffnet, als der um 10 Uhr 44 Minuten abends von Hosen kommende Zug bereits hielt. Die Fahrgäste stürzten daher, um den haltenden Zug noch vor der Abfahrt zu erreichen, eiligst auf den Bahnsteig hinaus. In demselben Augenblick aber, in welchem sie das erste Geleise überschreiten wollten, brach von Berlin her ein Güterzug heran, welchen man des starken Nebels wegen nicht

erher bemerkt hatte und der, da ihm das Einfahrtsignal gegeben war, in voller Fahrt heran kam. Im letzten Augenblick riß der Stationsassistent den Signalblock herum, so daß das rote Licht sichtbar wurde. Natürlich konnte aber der Lokomotivführer, der das Licht zwar bemerkt hatte, die Maschine nicht so schnell zum Stehen bringen, der Zug fuhr vielmehr mit voller Schnelligkeit ein und hielt erst, als der letzte Wagen vor der Einfahrt der Barriere stand. Während der Einfahrt schrien die Bahnbeamten unter dem Schwenken ihrer Laternen fortwährend: „Zurückbleiben! Nicht einsteigen!“ Unter den Fahrgästen aber, die nicht wußten, was eigentlich vor sich ging, herrschte die größte Verwirrung, und erst unmittelbar vor der Einfahrt des Güterzuges gelang es zum Glück noch allen, von dem gefährdeten Geleise auf den Bahnsteig zu springen. Der Beamte, welcher das Einfahrtsignal hatte stehen lassen und auch Schuld an der zu späten Öffnung der Barriere war, ist vor einigen Tagen „abgelöst“ worden. Da nun Mariensfelde infolge der großen Fabrikanlagen, die hier erbaut werden sollen, bereits im nächsten Jahre einen Zuwachs von ungefähr 1000 Arbeitern erhalten wird, so wäre, um großen Unglücksfällen vorzubeugen, eine völlige und baldige Umgestaltung der Bahnhofsanlage dringend zu wünschen.

Gerihts-Beifung.

Beleidigungsprozess v. Oppeln-Bronikowski wider den „Vorwärts“. Unser gestriger Bericht über die Verhandlung gegen unseren Genossen Jacobey wegen Beleidigung des Lieutenants v. Oppeln-Bronikowski bedarf in mehreren Punkten der Richtigstellung. Genosse Jacobey selbst war durch die Stadtverordneten-Sitzung verhindert, den uns durch einen Reporter zugegangenen Bericht auf seine Zuverlässigkeit zu prüfen.

In Wirklichkeit schloß sich das Gericht nicht in allen Punkten den Ausführungen des Staatsanwalts an; es erklärte vielmehr die Sachdarstellung des angeklagten Artills in ihrem ersten Theile für zwar etwas gehässig, aber doch im ganzen richtig. Das Gericht hielt es für erwiesen, daß Herr v. Oppeln stark angegriffen war, daß er in diesem Zustande und in einer instinktiven Begierde nach einem Frauenzimmer in den Thurmweg eingebogen war, daß er an die Thür der Jungfernen-Eheleute gepöcht oder an der Klinke gerüttelt habe, und daß er, nachdem er mit der Frau Junge in einen Wortwechsel gerathen war, und nachdem diese vor ihm ausgespuckt hatte, sie ins Gesicht geschlagen habe. Insoweit also folgte das Gericht den Angaben des Herrn v. Oppeln nicht, bloß im weiteren Verlaufe schloß es sich ihnen an, indem es nicht für erwiesen hielt, daß von Oppeln nun auch den Ehemann Junge angegriffen habe, vielmehr annahm, daß dieser, entrichtet über die seiner Frau widerfahrte Behandlung, den Lieutenant sofort mit einem Knüttel über den Kopf geschlagen habe.

Schon in der mündlichen Verhandlung war es übrigens zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Staatsanwalt und dem Verteidiger Rechtsanwalt Volksgang seine gewonnen, die für unser Blatt nicht ohne Interesse war. Der Staatsanwalt hatte die verschiedenen Vorstrafen des Genossen Jacobey hervorgehoben und dabei erklärt, der „Vorwärts“ sei ein Blatt, das fortwährend gegen Recht und Gesetz verstoße. Der Verteidiger war in der Lage, gerade aus den Vorstrafen des Genossen Jacobey einen Fall anzuführen, der besonders deutlich beweist, woher es kommt, daß gerade sozialdemokratische Redakteure fortwährend Anklagen ausgeht sind. Der Verteidiger erinnerte daran, daß Genosse Jacobey einst wegen Beleidigung eines Majors v. Baldow zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt worden war. Damals hatte der „Vorwärts“ aus einer höchst lobalen Schlichtungszeitung eine Nachricht abgedruckt, die auch durch den größten Theil der übrigen Presse gegangen war. Der Redakteur hatte geäußert, bei der notorisch militärischen Bestimmung dieser Artzeie die Nachricht ohne Gefahr abdrucken zu können, doch hatte sich hinterher herausgestellt, daß sie nicht in allen Dingen zuverlässig war.

Der beleidigte Offizier oder stellte Strafantrag nur gegen den Redakteur des „Vorwärts“ und dieser wurde verurtheilt, während die eigentlichen Urheber der irrigen Notiz und alle anderen Blätter, die sie nachgedruckt hatten, frei ausgingen. Der Verteidiger schloß seine Bemerkungen mit der Bitte, sich klar zu machen, daß schon aus diesem Grunde eine Vorstrafe bei einem sozialdemokratischen Redakteur lange nicht die Bedeutung habe wie bei anderen Leuten.

Der mehrfach erwähnte Brandstiftungs-Prozess Radtke gelangte gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I zur Verhandlung. Angeklagt sind: der Sargfabrikant Reinhold Radtke, dessen Ehefrau Hermine Radtke, geb. Wenzel, und der Kesse der letzteren, Kellner Moritz Wenzel. Die beiden ersten Angeklagten werden beschuldigt in zwei Fällen, nämlich anfangs März und am 22. März in dem Hause Badstraße 62/63 Brandstiftungen verübt, am 11. und 13. April in demselben Hause Brandstiftungen vollendet zu haben, die beiden letzten Angeklagten sollen am 16. April gemeinschaftlich — die fünfte — Brandstiftung in demselben Hause verübt und Frau Radtke ihren Kesse dazu angeziffet haben. — Den Vorsitz des Gerichts führt Landgerichtsrath Opitz, die Anklage vertritt Staatsanwalt Weck, die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Dr. Werthauer, Leop. Meyer und Hermann. Die That-sachen, welche in der Verhandlung zur Sprache kommen, sind die folgenden: Radtke hat seine jetzige Ehefrau am 16. Oktober 1896 geheirathet. Im Januar 1897 erstanden sie von dem Tischlermeister Strauß ein in der Badstr. 62/63 belegenes Sarg-geschäft, in welchem die Ehefrau vor ihrer Verheirathung drei Jahre lang Verkäuferin gewesen war. Der Kaufpreis von 7400 M. wurde theils in bar, theils durch Hingabe eines Pfandes über 3000 M. bezahlt, der am 15. Juli 1897 fällig war. Es wurden am Fälligkeitstermine aber nur 1500 M. bezahlt und über den Rest ein neuer Wechsel ausgestellt, der in monatlichen Raten von 100 M. gedeckt werden sollte. Diese Raten sind bis zum 1. April er-pünktlich gezahlt worden, so daß Strauß noch 600 M. zu fordern hat. Als Käuferin des Geschäfts und Inhaberin desselben ist Frau Radtke aufgetreten. Die Mieträume der Radtke'schen Eheleute bestanden aus einem Laden, zwei Zimmern, einer Küche und einem kleinen Raum und zwei Kellern, von denen der eine theilweise bis unter den Laden eines Nachbarn sich erstreckte. Das Ver-hältniß der Radtke'schen Eheleute war ein sehr schlechtes; Radtke trank sehr stark und beschimpfte seine Ehefrau wiederholt aufs heftigste. Seit dem Februar d. J. hatte die Frau Radtke den An-geklagten Wenzel, der ein Kesse von ihr und der Sohn eines Arminialkaymanes ist, in ihrer Wohnung aufgenommen. Radtke war bis dahin in England und ohne Wissen seines Vaters zurückgekehrt. Die Radtke'schen Eheleute hatten ihr Mobiliar für 12 500 Mark verpfändet. Nun sind in dem Hause Badstr. 62/63 kurz hinter einander mysteriöse Brandstiftungen vor-gelommen. Zunächst sind dieselben beim Verzuge geblieben. So wurde Anfangs März von einer Hausbewohnerin bemerkt, daß durch die Latzen des Radtke'schen Kellers Papier gestekt war, welches zum Theil angebrannt war. Am 22. März kam abends nach 9 Uhr in dem Hause und zwar in dem im linken Seitenflügel gelegenen Hand-esser des Radtke Feuer aus, das durch die Feuerwehre in kurzer Zeit gelöscht wurde. Die Radtke'schen Eheleute sind in diesem Falle verdächtig, das Feuer angelegt zu haben. Am Tage vor dem Brande sind 40 Pfund Goldspäne auf Geheiß des Radtke gerade in diesen Keller gebracht worden und vollständig verbrannt und nicht wies davon lagen in demselben Keller Papierrollen und Tapeten-stücke. Alle drei Angeklagten haben sich, nachdem der Brand ent-deckt war, höchst auffällig benommen, namentlich hat Radtke die Pöckarbeiten in keiner Weise gefördert, und die Ehe-leute haben versucht, die falsche Behauptung glaubhaft zu machen, daß bei dem Brande, für welchen nur eine kleine Entschädigungssumme gezahlt worden ist, auch eine Hodel-

bank und ein Teppich verbrannt sei. Auffallend ist auch, daß es erst vieler Heberredung bedurfte, um den Angeklagten Wenzel zur Anzeige des Brandes bei der Feuerwehre zu bewegen und daß Frau Radtke sich bemüht hat, dem Wenzel den Bezug der Meldebelegung in Höhe von 3 M. zu sichern, indem sie behauptete, Wenzel sei kein Hausbewohner. Später hat Wenzel die Ansicht geäußert, daß Radtke das Feuer auf Anstiftung seiner Ehefrau angelegt habe, während Radtke wieder den Wenzel verdächtigte. — Das dritte Feuer in demselben Hause kam in der Nacht zum 12. April im rechten Seitenflügel auf dem Boden aus. Dort hatten auch Radtke's einen Voderbergschlag. Als die Feuerwehre an Ort und Stelle an-langte, hatte das Feuer schon soweit um sich gegriffen, daß der eigentliche Herd nicht mehr zu erkennen war. Durch den Brand wurde ein Immobilienkredit von 2500 Mark und ein Mobilien-schaden von 1207 M. angerichtet. Ein vorgefundener mit Petroleum beäimterter Spahn ließ keinen Zweifel darüber, daß auch hier vor-fällige Brandstiftung vorlag und auch in diesem Falle deutete das in mehrfacher Beziehung sonderbare Verhalten des Ehepaars Radtke darauf hin, daß sie die Thäter waren. — Schon am folgenden Tage mußte die Feuerwehre wiederum gerufen werden, weil es in der zehnten Abendstunde in dem Radtke'schen Lagerkeller brannte. Als die Feuerwehre kam, war der Keller schon so voll Rauch, daß sie auch mit dem Rauchhelm nicht mehr eindringen konnte. Ver-schäuft durch das Feuer waren die Schalbede des Kellers und einige Säge und Bretter; außerdem war ein großer Haufen Hodel-spähne verbrannt, als leicht brennbare Gegenstände befanden sich verschloßen, aufgestapeltes Holz, Wäsche und allerlei Hausgeräth noch in dem Keller. Die Feuerwehre war kaum eine halbe Stunde weg, als sie schon wieder gerufen werden mußte, weil es in dem neben dem Radtke'schen Laden gelegenen Herz'schen Laden brannte. Der letztere ist nur durch eine Wand von dem anderen getrennt und zwar durch eine Wand, die nur zur Hälfte massiv, zur anderen Hälfte aber aus Brettern aufgeführt ist. Der Herz'sche Laden war zur Zeit des Feuers von der Verkäuferin schon längst verlassen und verschloßen. Es hat sich herausgestellt, daß an der Fuge, die zwischen der massiven und der Bretterwand gebildet war, Papier durch-gedrückt und offenbar vorher angezündet worden war und daß an der Wand, wo der Brand ausbrach, im Radtke'schen Laden Säge und sonst leicht brennbare Gegenstände standen. Auch bei dieser Brandstiftung hat sich speziell Radtke so verdächtig gemacht, daß nun seine Verhaftung erfolgte. Am Tage nach der Verhaftung hat Frau Radtke in aller Frühe eine Zeugin aufgesucht und sie über-reden wollen, zur Entlastung ihres Ehemannes aus-zusagen: sie sei zur Zeit des Brandes zum Besuche bei ihnen gewesen und wisse, daß der Ehemann sich in der hinteren Wohnung befunden habe. — In der Nacht zum 16. April wurde der in dem Brandhause wohnende Kaufmann Schreiber gegen drei Uhr morgens von seinem Schwiegervater mit dem Bemerkten geweckt, daß es im Hinterhause so hell sei. Schreiber sah sofort, daß es wieder brannte. Er weckte den Hausverwalter und beide sahen, daß auf dem Hofe vor der Radtke'schen Wohnung eine brennende Fußdecke und in dem ganzen Hausflur und auf der vom Erdgeschoß zum ersten Stock führenden Treppe brennende Hodelspäne lagen. Auch waren die Treppen bis zum zweiten Stock so reichlich mit Petroleum begossen, daß dasselbe noch immer hinunter tropfte. Es gelang ihnen, das Feuer aus-zutreten, so daß die Feuerwehre nur noch die Brandreste zu beseitigen hatte. Eine Petroleum-Lampfen führte in die Radtke'sche Wohnung hinein. Diese Spur läßt von Wenzel herzuführen, der darauf auf der Brandstelle unherließ. Die Spur paßte genau auf den Fuß des Wenzel, sie führte auch in sein Schlafzimmer. Auch sein Bett zeigte deutlich Spuren von Petroleum. W. wurde verhaftet und da er angab, daß er zu der von ihm zugegebenen That durch Frau Radtke angeziffet sei, so wurde auch diese festgenommen. — Von den Angeklagten bestritten Radtke und seine Ehefrau jede Schuld. Während die Frau mit kaum vernehmbarer Stimme alle Momente, die sie verdächtigen können, in das Nichtwissen stellt und sich auf ihr geschwächtes Gedächtniß beruft, wehrt sich Radtke mit Entschiedenheit gegen die Anklage und sucht den Wenzel als den vermeintlichen Brand-stifter zu verdächtigen. Letzterer wagt den Verdict wieder auf die Mitangeklagten und gibt nur die letzte Brandstiftung zu. Er bleibt dabei, daß er in Gemeinschaft mit Frau Radtke das Feuer angelegt habe. Frau R. habe alle seine Bemerkten überwinden und ihm klar gemacht, daß ihr Ehemann wesentlich entlastet werden würde, wenn man der Polizei zeige, daß es auch in seiner Abwesenheit ruhig weiter brenne. — Die Beweisaufnahme ist eine sehr umfangreiche, da etwa 30 Zeugen geladen sind. Ein großer Theil derselben wird erst Sonnabend vernommen.

Wegen der Aeußerung: „Ihr Streifbrecher, wartet mal, Euch werde ich schon bringen“, erhielt der Rauer Busse in Spandau vom dortigen Schöffengericht eine Gefängnisstrafe von einer Woche; das Gericht erbielt in dieser Aeußerung eine Be-leidigung und Bedrohung. Der Anwalt hatte die beiden gegen den noch gänzlich unbescholtenen Angeklagten sogar sechs Wochen Gefängnis beantragt. Busse leugnet auch jetzt noch und behauptet seine Unschuld.

Versammlungen.

Der Wahlverein für den fünften Wahlkreis, der am Donnerstag im Rosenkaler Hof tagte, sprach Rob. Schmidt über theoretische Streitfragen in der Partei. Es sei eine eigenthümliche Erscheinung — sagte der Redner — daß unter den Berliner Partei-genossen wenig Neigung zur Erörterung theoretischer Fragen zu finden sei. Nur wenige Genossen seien es, die die dahingehende Diskussion vor dem Parteitage begonnen haben und sie jetzt auch weiter führen. Daß aber praktische Fragen, soweit sie die Wege-wart betreffen, keine bedeutungsvollen Meinungsverschiedenheiten in unieren Reihen bestehen, das habe die Debatte, welche auf dem Stuttgarter Parteitage über die parlamentarische Thätigkeit gepflogen wurde, zur genüge gezeigt. Es lasse sich aber nicht leugnen, daß seit dem Verlassen der Partei bis zum hiesigen Parteitage und von da bis zur Gegenwart Kundgebungen in der Auffassung theoretischer Fragen innerhalb unserer Partei sich bemerkbar gemacht haben. Ob die Wandlungen in den Anschauungen zum Ruhen oder Schwaben der Partei sind, wird je nach der Meinung der man kundigt, verschieden beurtheilt werden. Die Partei beweise aber, daß sie nicht an Dogmen festhalte. Der Redner geht nun auf die von Vernstein vertretenen Anschauungen ein und führt aus, er stimme mit Vernstein darin überein, daß wir eine langsame Ent-wicklung auf wirtschaftlichem Gebiet nach der von uns an-genommenen Richtung zu verzeichnen haben. Ganz entschieden be-streitet Redner die Ansicht Vernstein's, daß sich eine fort-schreitende Demokratisierung unserer politischen Einrichtungen bemerkbar mache. Die demokratische Anschauung habe zwar im Volke Fortschritte gemacht, aber sie komme nicht zu praktischer Geltung im öffentlichen Leben. Ferner sei es falsch, wenn Vernstein meint, der Mittelstand verringere sich nicht. Die Gewerbestatistik be-weise das Gegentheil. Wenn in der Zeit des guten Geschäftsganges die Existenz vieler Kleinrentner nicht so gefährdet sei, so werde das Bild sofort ein anderes werden, wenn wir einen wirtschaft-lichen Niedergang hereinbrechen sehen. Die That-sachen be-weisen auch, daß die Ansammlung des Kapitals in immer weniger Händen mit Riesenschritten fortschreite. Hinsichtlich der Auffassung, wie können, wenn wir jetzt zur politischen Macht kämen, unsere Endziele noch nicht verwirklichen, meint der Redner, die erforderlichen leitenden Kräfte würden uns, nachdem wir die Macht erlangt haben, zur Verfügung stehen, aber darüber müssen wir uns klar sein, daß die Mehrheit des Volkes noch lange nicht so weit von demokratischen und sozialistischen Anschauungen durch-drungen ist, daß sie uns in der Herrschaft die Stütze geben kann. Bezüglich der Sozialpolitik vertritt Schmidt den Standpunkt, daß wir selbstverständlich gegen jeden Finanzjoll, wie er bei Besteuerung der Kolonialartikel zum Ausdruck kommt, und gegen hohe Schanz-zölle sein müssen. Gegenwärtig glaube er, habe sich unsere Industrie so weit entwickelt, daß sie eines Schutzzölles nicht mehr bedarf. Wollte man aber der Industrie Schutzzölle gewähren,

Dann dürfte man sie der Landwirtschaft, die doch auch unter der Konkurrenz des Auslandes leide, nicht versagen. Dem die Arbeiter haben nicht nur ein Interesse an billigen Lebensmitteln, sondern auch an niedrigeren Preisen für andere notwendige Verbrauchsgüter. Zum Schluss freite der Redner die Frage der Vertheilung an den Landtagswahlen. Die Resultate der Wahl der Vertheilung an den Landtagswahlen. Die Resultate der Wahl der Vertheilung an den Landtagswahlen. Die Resultate der Wahl der Vertheilung an den Landtagswahlen.

Dem befallig aufgenommenen Vortrage folgte eine Debatte, in der zuerst Genosse Liepmann das Wort nahm. Sehr scharfsinnig habe ihn die Stellung, welche Rob. Schmidt jetzt zur Landtagswahl einnimmt. Aus dem Saale sei ein Kanon geworden. Es sei ja das gute Recht Schmidts, sich zu äußern. Er (Redner) sei dagegen der Meinung, daß die Berliner Parteigenossen nach fünf Jahren der Landtagswahl noch ebenso ablehnend gegenüber stehen werden, wie jetzt. Nun habe es ja nicht die Aufgabe der Partei, sich dem Feinde zu stellen, sondern die Aufgabe, den Feind zu bekämpfen. Der Kapitalismus werde ebenso gewiß besiegt werden, wie die Herrschaft des Absolutismus besiegt worden ist.

Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt.

Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt.

Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt.

Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt.

Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt.

Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt.

Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt.

Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt.

Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt.

Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt.

Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt.

Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt.

Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt.

Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt.

Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt.

Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt.

Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt.

Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt.

Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt.

Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt.

Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt.

Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt.

Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt.

Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt.

Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Vertheilung der Mandate an die Parteien ist ein sehr wichtiger Punkt.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll und die letzte Abkommenszahlung beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort nicht ertheilt.
Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.
Ausgewiesen. 1. Rein. 2. 3. können Sie in der Buchhandlung des „Vorwärts“ kaufen. Bezahl. 2. 3. 4. Die Angabe richtig, nur müssen Sie Willkuren lesen.
A. S. Was war das für eine Anfrage? Bitte, zu wiederholen.
C. G. S. Nachdem die neue Station Vorkampffstraße errichtet ist, kostet die Strecke Schöneberg-Alt-Weiden 20 Pf.
Verleumdung. Die Zuhörer im genannten Geschäft sollen gern von uns ausgedacht werden, doch ist es notwendig, daß und hierzu die in Betracht kommende Arbeiterorganisation mit Material zur Hand geht.
G. H. Die Bismarck sind an dieser Stelle durch einen Irrthum unrichtig wiedergegeben. Die angegebene Summe bezieht sich auf die Ausgaben für den Vorkampff. Die Summe für den Vorkampff ist 181,87 M. Eine Einzahlung von 500 000,00 M. Des selben Geldes wiederholt sich in den Bismarck zum Vorkampff; hier ist die Summe für sämtliche Bismarck irrtümlich in die falsche Stelle gesetzt und für die Vorkampffausgaben aufgeführt. Die Gesamtausgaben sind nicht angegeben, sondern nur einige der wichtigsten.

Witterungsübersicht vom 18. November 1898, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometer | Wind | Wolke | Temperatur | Stationen | Barometer | Wind | Wolke | Temperatur |
|------------|-----------|------|-------|------------|-----------|-----------|------|-------|------------|
| Swinebunde | 776 | SW | 1 | 10 | Wuppertal | 762 | SW | 2 | 10 |
| Darmstadt | 776 | SW | 1 | 10 | Wuppertal | 762 | SW | 2 | 10 |
| Berlin | 776 | SW | 1 | 10 | Wuppertal | 762 | SW | 2 | 10 |
| Wiesbaden | 771 | SW | 1 | 10 | Wuppertal | 762 | SW | 2 | 10 |
| München | 769 | SW | 1 | 10 | Wuppertal | 762 | SW | 2 | 10 |
| Wien | 775 | SW | 1 | 10 | Wuppertal | 762 | SW | 2 | 10 |

Wetterprognose für Sonntag, den 19. November 1898.
Nachts klar, am Tage mild, theils bewölkt, theils neblig, bei schwachen südlichen Winden; keine oder unbedeutende Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Todes-Anzeige.
Am Montag abends 10 Uhr verschied mein lieber Mann, unser guter Sohn, Bruder u. Schwager, der Schriftsetzer **Otto Canow** im 29. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet Sonntag mittags 1 Uhr vom Trauerhause, Bismarckstr. 33 in Niederschönhausen, aus statt.
Um stille Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.

Gewerkschaft der Buchdrucker zc.
Schon wieder entzückt über den Tod eines lieben Kollegen und treuen Mitkämpfers, den Schriftsetzer **Otto Canow** nach 11wöchentl. Leiden an der Prostataerkrankung. Ihre feinem Andenken! Beerdigung 1. aben. Um rege Theilnahme ersucht der Vorstandemann.

Arbeitsmarkt.
Adlung, Holzarbeiter!
Bei der Firma **Fork, Kretschmar & Co.** Bismarckstr. 13, (Magazin Jannowstraße), sowie bei **Heydeck, Grundstr. 35**, haben sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. **Zuzug erhalten!**
Die Ortsverwaltung.

Gustav Ehrlich Buchdrucker, Berlin SW., Zimmerstraße 18, Hofparterre.
Liefert sämtliche Druckarbeiten für Vereine, schnell u. preiswerth, feilschreiben, Proschüren und Flugblätter außerst billig. 36/5

Reell und billig
kauft man in der Norddeutschen Schiffsabrik von **W. Hitzsche**, gegründet 1872, **Falinerstr. 13**, Ecke Adenstraße, am Kottbuser Thor. 22190

Wäsche wird sauber und billig gewaschen bei freier Abholung. Frau **Wogge**, Engel-Ufer 4a, 2. Hofaufgang 2, b. Tr. 22190

Eigarren-Geschäft, 20 J. besteh., u. Wohnung per 1. Januar billig veräußert. Kottbuserstr. 90, Behnstr.

Ziehlermeister
für eine der größten Nähmaschinen-Fabriken Deutschlands gesucht. Nur solche Bewerber wollen sich melden, welche nachweislich lange Jahre in der Branche thätig gewesen sind, die Fabrication von Nähmaschinen-Maschinen durch und durch kennen und im Lohn- und Arbeitsweise reich Erfahrungen besitzen. 38/5
Bewerzug werden solche, welche ähnliche Stellen bereits bekleidet haben.
Offerten mit Angabe des Alters, der bisherigen Thätigkeit und der Gehaltsansprüche unter J. A. 5907 an Rudolf Mosse, Berlin SW.

Vermischtes vom Tage.

— In Bremen brannte ein Lager schuppen nieder, der 200 Wagonladungen Eichenholz enthielt.
— Von einem Italiener wurde in Köln in der Nacht ein Mann auf offener Straße überfallen und erstickt.
— Wilhelm Henzen aus Leipzig-Gohlis ist der Auserwählte, der unter den 44 Berlin, die bei dem dramatischen Wettbewerz zur Verherrlichung der „Feste Koburg“ eingereicht wurden, den Preis erhielt.
— Während einer Schwurgerichts-Verhandlung wurde ein Advokat in Prag, der wegen Veruntreuung von Deposits seiner Klienten angeklagt war, plötzlich todtstreichig und begann um sich zu schlagen und zu schreien, so daß die Verhandlung abgedrochen werden mußte.
— Die fünfte Ehe ging ein Holzhändler und Hausbesitzer in Saarn (Schiedel) ein. Er steht im 60. Lebensjahre und hat von seinen früheren vier Frauen 23 Kinder, von denen einige noch die Schule besuchen.
— c. e. In Warschau wird gegenwärtig ein Haus aus vier Stockwerken gebaut, deren jedes nur ein Zimmer enthält; im

Entgegnung.

Genosse Liebmacht wendet sich in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ in einer längeren persönlichen Erklärung gegen meine Ausführungen, die ich wider seine Erklärung zu der Frage der Vertheilung an den preussischen Landtagswahlen in einer Wahlvereins-Versammlung des vierten Kreises gethan habe. Die Form seiner Erklärung ersahert mir eine Entgegnung unsonst, als er ja in gewohnter Weise mit keinem Worte auf die Sache eingeht, sondern in vagen Redensarten bloß seine schmalzeiterliche Genur darüber abgibt, daß die von mir vorgebrachten Gründe weder neu noch vervollständigt oder gut vorgetragen seien. Ich habe aber keine Zeit der Gedanken so wenig präventiv wie rhetorische Kunstfertigkeit, und ich bin der letzte, auf diesem Gebiete der unbeschränkten Autorität des Genossen Liebmacht entgegenzutreten zu wollen. Aber wenn Genosse Liebmacht öffentliche Erklärungen löst, darf ich ihn bitten, sich an das zu halten, was ich gesagt habe, nicht aber mir Behauptungen zu unter-

Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Am Montag, den 21. November, abends 8 Uhr, in Feuerstein's Festsälen, Alte Jakobstraße Nr. 75:

Außerordentl. Generalversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Vorschläge für den Ausbaß des Unterführungsbauwerks. Referent Kollege A. Bergmann. 2. Die Verlegung eines Versammlungstages. 3. Verbandangelegenheiten und Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, vollständig und pünktlich zu erscheinen. Mitgliedbuch legitimiert.
Die Versammlung wird punkt halb neun Uhr eröffnet.
Der Bevollmächtigte.

Kontobuch-Branche!
Dienstag, den 22. November, abends 8 1/2 Uhr, in Feuerstein's oberem Saal, Alte Jakobstraße 75:
Große öffentliche Versammlung aller in Kontobuchfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Welche Löhne werden an die Kontobuch-Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin gezahlt? Referent: Kollege Fr. Bitomsky. 2. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen und Kolleginnen wird dringend ersucht.
Der Vertrauensmann.

Verband der Vergolder.
Montag, den 21. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom III. Quartal 1898. 4. Abrechnung vom Vereinsjahresbericht. 5. Verschiedenes. Die Vertrauensmänner werden ersucht, die Ratenergebnisse abzurechnen. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet.
Der Vorstand.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.
Am Montag, den 21. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Cranichallen“, Cranichstraße 51:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Mitglieder werden nochmals aufgefordert, mit ihren Biletts vom Stiftungsfest abzurechnen.
Der Vorstand.

Achtung! Achtung!
Schraubendreher, Facondreher!
Dienstag, den 22. November, abends 7 Uhr, im Konigsstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37:
Große öffentliche Versammlung
aller in der Schraubensabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht über die aufgenommene Statistik. 4. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht.
Der Vertrauensmann: Paul Krause, Raitdorferstr. 16, Hof II.

Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker
Berlins und Umgegend.
Dienstag, den 22. November, bei Pöckel, Grenadierstraße 33:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Hoch contra Graß. 3. Abrechnung vom Stiftungsfest (Dampferpartie). 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. — Mitgliederkarte und -Buch legitimiert.
Um zahlreiches Erscheinen bitten.
Der Vorstand.

Achtung! Böttcher! Achtung!
Sonntag, den 20. November, nachmittags 1 1/2 Uhr, im Colberger Salon, Colbergerstrasse No 23:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag (Organisation der Gewerkschaft). Referent: Genosse Faber. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Am 3. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in unseren Geschäftsräumen Neue Hochstraße 18:
Ordentliche Generalversammlung der Berliner Genossenschafts-Bäckerei.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrates und Entlastung derselben. 2. Vorlegung des Berichtes des gerichtlichen Sachverständigen. 3. Annahme der Bilanz pro 1897 und 1898 und Verwendung des Reingewinnes. 4. Neuwahlen. 5. Statutenänderung. 6. Verschiedenes.
Die Bilanz pro 1897/98 liegt zur Einsicht der Genossen von heute ab in unserem Contoir aus.
Berliner Genossenschafts-Bäckerei
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung).
Der Vorstand:
Richard Reim, Kassirer. Karl Peterjohn, Geschäftsführer.

Verband der Möbelpolirer.
Versammlung
Montag, den 21. November, abends 8 1/2 Uhr, Andreasstraße 26.
Tages-Ordnung:
1. Antrag der Gewerkschafts-Kommission. 2. Vortrag des Herrn Dr. Barm über: „Die Pflege der Augen“, mit Demonstrationen. 3. Verschiedenes.
Die Kollegen von Pleitner, Martuschof, und Großhans, Gellnowstraße 20, sind hiermit eingeladen. Die Mitglieder, welche ihr verdienten Geld vom Polier oder Tischlermeister auf dem Abwege oder gar nicht erhalten haben, werden ersucht, dieses an H. Schullz, Remeterstr. 50a, mitzubringen. — Die Vorstellung in der Urania, Landensstraße, findet am 26. Dezember, nachmittags 1 Uhr, statt.
Der Vorstand.

Samariter-Kursus
für Arbeiter und Arbeiterinnen.
Sonntag, den 20. November (Todtensonntag), abends 6 Uhr:
Versammlung
im Saale der Arminhallen, Kommandantenstraße Nr. 20.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Barm über: „Die Ernährung des Menschen ohne Bluttransfusion.“ (Projektionsvortrag mit farbigen Lichtbildern für Damen und Herren). 2. Diskussion. Gäste willkommen. [155/14] Der Vorstand.

Wo? Freund auf Pichelswerder.
machen wir unsere Herrenpartie hin?
Sum alten 61009?

Achtung! Achtung!
2. grosser Projektionsvortrag
veranstaltet von der Freien Volksbühne
Mittwoch, den 23. November, abends 7 1/4 Uhr, in Keller's Festsälen.
Gäste haben Zutritt. Entree 25 Pfennig.
Billets sind nur zu haben bei: E. Beyer, Veteranenstr. 13; Charlot, Ackerstrasse 154; Niemeyer, Weberstrasse 19; Kothé, Koppenstrasse 90; G. Schulz, Admiralstrasse 40a; Zuhell, Lindenstr. 105; Böttger, Marheinecke-Platz 11, und soweit Raum vorhanden, an der Kasse bei Keller.
Thema: **Um die Erde von Pol zu Pol.** 200 Lichtbilder.
Vortragender: Herr Dr. Wilhelm Meyer.
Am Sonntag, den 20. November (Todtensonntag) fällt die Vorstellung aus.
Der Vorstand.

Schmiede.
Am Sonntag, den 20. November 1898, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Kahn, Stralauerstr. 48:
Mitglieder-Versammlung
der Zahlstelle Berlin-Ost der Vereinigung der deutschen Schmiede.
Die Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Gäste willkommen. [176/8] Die Ortsverwaltung.

Charlottenburg.
Am Sonntag, den 20. November 1898, mittags 12 Uhr, in der Gambirius-Brauerei, Wallstraße 94:
Oeffentliche Kommunalwähler-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Die Stadtverordnetenwahl im 6. Bezirk. Referent: Stadtrath Herr H. Borgmann-Berlin und Stadtverordneten-Standbild Paul Hirsch-Charlottenburg. 206/20
Die Kommunalwähler des 6. Bezirks sind besonders eingeladen.

Köpenick.
Am Sonnabend, den 19. November, im Lokale des Herrn Klein (Stadt-Theater):
Großes Instrumental-Konzert,
ausgeführt von der Kapelle des Herrn Degen.
Beginn 8 Uhr. Entree 20 Pfennige.

Großer Vortrag
für Damen und Herren im „Neuen Naturheilverein“
im Küstner Hof, Berlin N., Köstnerstraße 8,
Mittwoch, den 23. November, abends 8 1/2 Uhr.
Herr Walther Rose-Berlin
spricht über
Hypnotismus.
Entree 15 Pf. 22236
Um zahlreiches Besuch wird gebeten. Der Vorstand.

Grosser Saal noch einige Sonnabende frei.
Benehme Fahr-Verbindung (Rohring und Pferdebahn).
Julius Mierke, Schönhauser Allee 102.
Achtung! Ausverkauf!
Wegen Aufgabe des Geschäfts
Hüte, Mützen, Schirme
zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Emil Stabrie, N., Vinetaplatz 9.
J. H. Knapstein u. Zwirnmeister.

M. Wegner
Zirandberger-Strasse Nr. 4
(am Landsbergerplatz).
Lebende Hechte, Karpfen
Prima Fettgänse Pfd. 0.50.
3 rähr. Rindervogel u. R. verf. Nordmann, Cuvrstr. 22 u. II. 22346

Frische Fische, gute Fische
empfehlen die
Deutsche
Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“
Nordenham.
Grösste Hochseefischerei Deutschlands mit 28 eigenen Fischdampfern.
Eigener Fischerei-Rafen.
Eigene Fisch-Transport-Waggons mit Kühlvorrichtung.
Eigene Räucherei u. Marinir-Anstalt. Aktienkapital: 3 Millionen Mk.
Haupt-Filiale: Berlin G. Bahnhof Börse, Bogen 22, 9/10.
Fernsprecher Amt III, 8801.
II. Filiale: Charlottenburg | III. Filiale: Berlin NW.
Wilmersdorferstr. 10-11 | Lüneburgerstr., Ecke Paulstr.
am Wilhelmplatz. | Stadtbahnbogen 389.
IV. Filiale: Im Schlesischen Bahnhof, Madalstrasse 22.
Eröffnung Ende November.
Heute! Eröffnung unserer V. Filiale: Heute!
Berlin N., Reinickendorferstr. 1,
Ecke Schulzendorferstrasse (an der Chausseestrasse).
Es treffen täglich 1 bis 2 Waggons (200-300 Zentner) lebendfrische Fische ein und verkaufe diese Woche:
Schellfische in allen 20-30 Pf. pr. Pfd.
Größen
Grosse Schollen (Goldbotten) 30 . . .
sehr fein
Bratflundern 20-25 . . .
sowie alle anderen Arten
frischer, geräucherter und marinierter
Seefische
zu bekannt billigen Preisen.
Verkauf: Wochentags bis 9 Uhr abends,
Sonntags von 7-10 Uhr morgens.
Seefischkochbücher gratis!
NB. Seefisch ist das billigste Volksnahrungsmittel, ersetzt das Fleisch vollständig und ist überaus wohlschmeckend.
Wir bitten höflichst, genau auf unsere Verkaufsstellen, insbesondere aber auf unsere Firma
171L
Deutsche
Dampffischerei-Gesellschaft
Nordenham
gefälligst achten zu wollen. Hochachtungsvoll
Johs. Skorezyk,
Bevollmächtigter General-Vertreter für Berlin.

Orts-Krankenkasse
der
Sattler u. verw. Gewerbe
zu Berlin.
Sonnabend, d. 26. Nov. 1898,
abends 8 1/2 Uhr
ordentliche
General-Versammlung
der in den Wahlversammlungen vom 12. und 14. d. M. gewählten Vertreter der Kaffeemitglieder und Arbeitgeber i. d. Armin-Hallen, Kommandantenstrasse 20.
Tages-Ordnung:
I. In getrennter Wahlversammlung:
a) Für die Vertreter der Arbeitgeber: Ergänzungswahl v. 1 Mitglied zum Vorstand für 1898/99. Für die Vertreter d. Kaffeemitglieder: Ergänzungswahl von 2 Mitgliedern zum Vorstand für 1899/1900.
b) Für die Vertreter der Kaffeemitglieder: Ergänzungswahl von 1 Mitglied zum Vorstand f. 1898/99. Für die Vertreter d. Kaffeemitglieder: Ergänzungswahl von 4 Mitgliedern zum Vorstand für 1899/1900.
II. In gemeinschaftlicher Generalversammlung:
1. Wahl d. Rechnungs-Kassenschreibers. 2. Bericht des Vorstandes über das neue Statut. 3. Antrag des Vorstandes um Bevollmächtigung zur Einreichung einer Petition in d. Kassenverwaltung. 4. Verschiedenes.
Nur die mit Legitimation, event. Mitgliedsbuch versehenen Vertreter haben Zutritt.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.
Der Vorstand
der Orts-Krankenkasse der Sattler u. verwand. Gewerbe zu Berlin.
3. A. Herrm. Gumbrecht, Vorsitzender, N.O., Barimstr. 2.
A. Kipper, Schriftführer, W. Kirchhofstr. 20.
N. B. Sofern in dieser Versammlung die Tagesordnung nicht erledigt wird, findet am Donnerstag, d. 1. Dez. cr., abends 8 1/2 Uhr, in demselben Lokale Fortsetzung derselben statt. 157/8

Orts-Krankenkasse
der
Sattler u. verw. Gewerbe
zu Berlin.
Sonnabend, d. 26. Nov. 1898,
abends 8 1/2 Uhr
ordentliche
General-Versammlung
der in den Wahlversammlungen vom 12. und 14. d. M. gewählten Vertreter der Kaffeemitglieder und Arbeitgeber i. d. Armin-Hallen, Kommandantenstrasse 20.
Tages-Ordnung:
I. In getrennter Wahlversammlung:
a) Für die Vertreter der Arbeitgeber: Ergänzungswahl v. 1 Mitglied zum Vorstand für 1898/99. Für die Vertreter d. Kaffeemitglieder: Ergänzungswahl von 2 Mitgliedern zum Vorstand für 1899/1900.
b) Für die Vertreter der Kaffeemitglieder: Ergänzungswahl von 1 Mitglied zum Vorstand f. 1898/99. Für die Vertreter d. Kaffeemitglieder: Ergänzungswahl von 4 Mitgliedern zum Vorstand für 1899/1900.
II. In gemeinschaftlicher Generalversammlung:
1. Wahl d. Rechnungs-Kassenschreibers. 2. Bericht des Vorstandes über das neue Statut. 3. Antrag des Vorstandes um Bevollmächtigung zur Einreichung einer Petition in d. Kassenverwaltung. 4. Verschiedenes.
Nur die mit Legitimation, event. Mitgliedsbuch versehenen Vertreter haben Zutritt.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.
Der Vorstand
der Orts-Krankenkasse der Sattler u. verwand. Gewerbe zu Berlin.
3. A. Herrm. Gumbrecht, Vorsitzender, N.O., Barimstr. 2.
A. Kipper, Schriftführer, W. Kirchhofstr. 20.
N. B. Sofern in dieser Versammlung die Tagesordnung nicht erledigt wird, findet am Donnerstag, d. 1. Dez. cr., abends 8 1/2 Uhr, in demselben Lokale Fortsetzung derselben statt. 157/8

Orts-Krankenkasse
der
Sattler u. verw. Gewerbe
zu Berlin.
Sonnabend, d. 26. Nov. 1898,
abends 8 1/2 Uhr
ordentliche
General-Versammlung
der in den Wahlversammlungen vom 12. und 14. d. M. gewählten Vertreter der Kaffeemitglieder und Arbeitgeber i. d. Armin-Hallen, Kommandantenstrasse 20.
Tages-Ordnung:
I. In getrennter Wahlversammlung:
a) Für die Vertreter der Arbeitgeber: Ergänzungswahl v. 1 Mitglied zum Vorstand für 1898/99. Für die Vertreter d. Kaffeemitglieder: Ergänzungswahl von 2 Mitgliedern zum Vorstand für 1899/1900.
b) Für die Vertreter der Kaffeemitglieder: Ergänzungswahl von 1 Mitglied zum Vorstand f. 1898/99. Für die Vertreter d. Kaffeemitglieder: Ergänzungswahl von 4 Mitgliedern zum Vorstand für 1899/1900.
II. In gemeinschaftlicher Generalversammlung:
1. Wahl d. Rechnungs-Kassenschreibers. 2. Bericht des Vorstandes über das neue Statut. 3. Antrag des Vorstandes um Bevollmächtigung zur Einreichung einer Petition in d. Kassenverwaltung. 4. Verschiedenes.
Nur die mit Legitimation, event. Mitgliedsbuch versehenen Vertreter haben Zutritt.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.
Der Vorstand
der Orts-Krankenkasse der Sattler u. verwand. Gewerbe zu Berlin.
3. A. Herrm. Gumbrecht, Vorsitzender, N.O., Barimstr. 2.
A. Kipper, Schriftführer, W. Kirchhofstr. 20.
N. B. Sofern in dieser Versammlung die Tagesordnung nicht erledigt wird, findet am Donnerstag, d. 1. Dez. cr., abends 8 1/2 Uhr, in demselben Lokale Fortsetzung derselben statt. 157/8

Orts-Krankenkasse
d. Messerschmiede, Schwertfeger u. Verfertiger chirurg. Instrumente zu Berlin.
Ordentliche Generalversammlung
am Sonnabend, den 26. Nov., abends 8 1/2 Uhr, bei Schiller, Koenigsplatz Nr. 57.
Tages-Ordnung:
1. Vorstandswahl (3 Arbeitnehmer, 1 Arbeitgeber). 2. Erhöhung der Vergütung des Vorstandes u. des Kassirers. 3. Wahl des Revidenten und des Kassirers. 4. Wahl von 3 Aufsichtsmitgliedern zur Abnahme der Jahresrechnung. 5. Vorrede über event. Revision des Statuts und eventuelle Wahl einer Kommission dazu. 6. Verschiedenes. 264/7
Die Mitglieder, sowie die Arbeitgeber, die zuzahlen, sind hiermit eingeladen.
Der Vorstand.
Zwei Dienen-Regelbahnen,
drei Rechenzähler empf.
Restaurant E. Münder,
Eulienstr. 19 u. Lothringenstr. 105.

Orts-Krankenkasse
d. Uhrmacher z. Berlin.
Die
Ordentliche Generalversammlung
findet Dienstag, den 22. Novbr., abends 9 Uhr, im Saale des Herrn Brochnow, Sebastaistr. 39, statt.
Tages-Ordnung:
1. Wahl des Vorstandes (6 Arbeitnehmer, 3 Arbeitgeber). 2. Wahl von 3 Mitgliedern zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres. 3. Verschiedenes. Hierzu ladet ein
Der Vorstand:
G. Pätz, Vorsitzender.
Schreinerklärung!
Durch Schiedspruch bin ich verpflichtet, die Beileidigung, welche ich in einem Döppel mit dem Fiskus-Gewerksmeister Herrn Bieler diesem zugest. habe, zurückzunehmen; dieselbe bestand darin, daß ich im Laufe der gegenwärtigen Auseinandersetzung äußerte, daß er ebenso gut ein Kredit des Kapitals wäre wie ich, was aber, nach der Ansicht des Hrn. Bieler, bei ihm nicht zutrifft, da er sich als Musiker nicht zu den Arbeitern rechnet. Ich nehme hiermit diese Beileidigung in aller Ehrsucht zurück.
Karl Gramsch.
Schreinerklärung.
Die Beileidigung, welche ich gegen Herrn Fiskus ausgesprochen habe, nehme ich hierdurch zurück und erkläre denselben für einen Ehrenmann.
22226 Frau Dittbrenner.
Vereinszimmer u. Piano zu verg. Blumenstr. 14.

Bitte unsere Schaufenster zu beachten!
Arthur Behrendt
Herren-Knaben- u. Arbeiter-Garderoben
Schuhwaaren u. Tricotagen. Güte u. Wäsche.
62. Reichenbergerstr. 62.
Ecke Grünauerstraße.
Nur eigene Fabrikation
empfiehlt
Winter-Paletots à 24,-, 22,-, 18,-, 15,-, und 9,- Mt.
Herren-Anzüge à 24,-, 21,-, 18,-, 15,-, und 10,- „
Hohenzollern-Mäntel à 30,-, 24,- . . . und 18,- „
Winter-Joppen à 12,-, 9,-, 7,50 . . . und 4,50 „
Winter-Hosen à 9,-, 8,-, 6,-, 4,- . . . und 2,- „
Knaben-Anzüge à 10,-, 8,-, 6,-, 4,- . . . und 2,- „
Knaben-Mäntel à 6,-, 4,-, 3,- . . . und 2,50 „
Anfertigung nach Maass
in kürzester Zeit.
Schuhwaaren. — Güte. — Mühen.
Wäsche, Tricotagen u. Cravatten
in grösster Auswahl zu billigsten Preisen.
Bitte unsere Schaufenster zu beachten!

Gerichts-Beilage.

Wegen Beleidigung durch die Presse ist am 22. August vom Landgerichte Halle a. S. der Redakteur der „Gravischen Presse“, Konrad Müller in Schleuditz, zu 50 M. Geldstrafe verurtheilt worden. Es ist als festgestellt angesehen worden, daß er in seinem den Interessen der Steinbruder dienenden Fachblatt den Obermaschinenmeister M. in Oera und in einem späteren Artikel desselben den Oberlithographen N. beleidigt hat. In seiner Revision rügte der Angeklagte insbesondere unrichtige Anwendung des § 193. — Der Reichsanwalt betonte in der gestrigen Verhandlung vor dem Reichsgerichte, das Urtheil sei infolge einer rechtsirrhümlichen Auffassung des Landgerichts verhältnismäßig günstig für den Angeklagten ausgefallen, insofern nämlich angenommen worden sei, daß der Angeklagte als Redakteur eines Fachblattes sittlich berechnigte Interessen wahrgenommen habe. Da der Angeklagte sich hierüber nicht beschweren könne, erscheine die Revision unbegründet. Das Reichsgericht war aber doch anderer Ansicht. Es hob das Urtheil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück, weil das Urtheil einen Widerspruch enthalte. Es sei dem Angeklagten im allgemeinen zwar der

Schutz des § 193 zugebilligt, aber sodann nicht untersucht worden, ob sich das Vorhandensein der Beleidigungsabsicht aus Form oder Umständen ergebe.

Die gefährliche Kravattennadel. Eine polnische Regierungs-Vollzugsverordnung vom 14. April 1891 verbietet das Ausstellen von Feiden, die geeignet sind, die öffentliche Ruhe und Sicherheit zu gefährden. Wegen Vergehens gegen diese Bestimmung war der Kaufmann Stanowski aus Ostrowo angeklagt worden. Er hatte eine Kravattennadel ausgestellt, deren Fierde ein polnischer Adler mit der polnischen Umschrift: „Gott erlöse Polen“ bildete. Das Schöffengericht sprach indessen St. frei; es vermochte nicht einzusehen, daß die Nadel so fürchtbare Kräfte in sich bergen sollte. Die Strafkammer verurtheilte jedoch den Angeklagten auf die Berufung der Staatsanwaltschaft zu einer Geldstrafe und führte aus: Die Umschrift an dem polnischen Adler drücke den Wunsch aus, die polnischen Theile des Königreichs Preußen vom preussischen Staate loszureißen, und habe den Zweck, diesen Wunsch in anderen zu erwecken. Sie sei deshalb thatsächlich geeignet, die öffentliche Ruhe und Sicherheit zu gefährden. Stanowski legte Revision ein und machte geltend, daß die fragliche Bestimmung der Regierungsverordnung vom 17. April 1891 überhaupt ungiltig sei. Ferner sei sie falsch angewendet worden. Der An-

geklagte habe ebensowenig wie der Hersteller der Nadel beabsichtigt, den Wunsch auszudrücken und zu erregen, es möge das polnische Preußen vom Staate losgerissen werden. Das Kammergericht verwarf die Revision mit der Begründung, daß die betreffende Bestimmung der angezogenen Vollzugsverordnung rechtsgiltig sei und daß das Landgericht sie auch richtig angewendet habe, als es annahm, die Anstellung jener Kravattennadel lasse eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung befürchten.

Sittenverbrechen. Der Schullehrer August Friedrich Wilhelm Eiling, der mehrere Jahre an der Volksschule zu Ohfenwälder (Hamburger Landgebiet) thätig war und sich stets als Patriot, Bismarckswärmer und Sozialistenvernichter aufspielte, wurde vom Hamburger Landgericht wegen wiederholter, in den Jahren 1896 bis 1898 an ihm anvertrauten Schulmädchen begangenen Sittenverbrechen zu vier Jahren Zuchthaus und acht Jahren Ehrverlust verurtheilt. Die Thaten des Angeklagten, der stets brav für „Ordnung, Religion und Sitte“ tritt, charakterisirten sich deshalb als ganz besonders schamlos, als er seine lüsterne Handlungen zum großen Theile in raffinirter Weise in der Schulstube und während der Unterrichtsstunden vorgenommen hat. Der Angeklagte ist verheirathet und Vater mehrerer Kinder.

Hamburger
Engros-Lager

A. Jandorf & Co.

C. Spittelmarkt 16-17.
SW. Belle-Alliancestr.
1-2.

*Damen-Confection
jetzt
bedeutend
billiger.*

Ausnahme-Preise nur für Sonnabend, den 19. November.

Knaben-Anzüge aus gutem haltbaren Stoff, hochgeschlossenes Schulfacón

| | | | | |
|-------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| für ca. 2-3 Jahre | 3-4 Jahre | 4-5 Jahre | 6-7 Jahre | 7-8 Jahre |
| 2 90 M. | 3 20 M. | 3 60 M. | 4 60 M. | 5 10 M. |

Knaben-Mäntel mit Pelerine, blau und farbig

| | | | | | |
|-------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| für ca. 2-3 Jahre | 3-4 Jahre | 4-5 Jahre | 5-6 Jahre | 6-7 Jahre | 7-8 Jahre |
| 3 15 M. | 3 45 M. | 3 90 M. | 4 40 M. | 4 90 M. | 5 40 M. |

Knabenhosen in verschiedenen Farben für ca. 2-8 Jahre durchschnittlich 78 Pf.

Winter-Lodenjoppen für Herren, gefüttert grün, braun und melirt 6 90 M. und 8 50 M.

Damen-Jackets

| | | | |
|--------|---------|----------|----------|
| früher | 16 M. | 19 50 M. | 23 M. |
| jetzt | 9 75 M. | 11 75 M. | 14 75 M. |

Farbige Damen-Gläse-Handschuhe m. 4 Knöpfen | 38 M.

Wir garantiren für Haltbarkeit und guten Sitz dieser Qualitäten.

Farbige Damen-Gläse-Handschuhe m. Ausstattung u. 80 2 Druckknöpfen | 80 M.

Herren- u. Konfirmandenhüte, alle Farben, nur neue moderne Sachen, 1 Mark, Prima Qualität 1,50 und 2. Die beliebtesten **Arbeitshüte** immer noch **65 Pf.**
Hutfabrik-Komptoir Barnimstr. 4 u. 5.

Pelz-Waaren
nur eigenes Fabrikat,
Hüte, Schirme
Otto Gerholdt, Dresdenstr. 9, Ecke Salzgitterstr.

Jede Uhr repariren und reinigen kostet bei mir unter Garantie h. Gutgehend nur 1 Mark 50 Pf. außer Bruch, keine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gedrehter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen u. Pinzetten. **Carl Lux, Uhrmacher, 35 Chaussee-Strasse 35.**

Dr. med. Schaper, prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut-, Gyn., Geschlechtsleiden. Frauenkrankheiten. Spr. 9-1, 4-8. **Schöneberger Ufer 25.**
Homöopath. Poliklinik: Montag, Mittwoch, Sonnab. Ab. 7-8. **Friedrichstraße 114. 1.**

Kein Laden! Empfehlung mein reichhaltiges Lager in **Filz- und Seidenhüten, Schirmen** in den neuesten Facóns und Farben, außerst billige Preise.
Richard Klose, Anflamerstr. 41, zweites Haus von der Brunnenstraße. Eingang vom Hausflur. Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.

Photographie 12 Bist. 3,80 M. 1892. 2 Kabinete gratis. Kinder und Gruppen gleiche Preise. 12 Kabinete 6,80 M.
E. Hering, Schönhauser-Allee 110. Aufgang Ecke Kastanien-Allee.

Hausfrauen! Kauft Euer Brot, das größte, Gr. Frankfurterstr. 87. II. Hof 7, Straßbergerstr. 5, Grüner Weg Nr. 20, Prinsenzstr. 61. 2004b **Berl. Dampfbrot-Fabrik Paul Neubauer jr.**

Deutscher Vortier Dehert- u. Walfischbier 1. Rang. Brauerei Burgallee, gegr. 1796, besond. für Blute-arme, Brustfranke, Nerven-, Magen-, Melon- u. d. leicht bekömmel. nachträglich Bier. — Preis 1/2 Pf. u. 1/3 Pf. u. 1/4 Pf. u. 1/5 Pf. u. 1/6 Pf. u. 1/8 Pf. u. 1/10 Pf. u. 1/12 Pf. u. 1/15 Pf. u. 1/20 Pf. u. 1/25 Pf. u. 1/30 Pf. u. 1/40 Pf. u. 1/50 Pf. u. 1/60 Pf. u. 1/75 Pf. u. 1/100 Pf. u. 1/125 Pf. u. 1/150 Pf. u. 1/200 Pf. u. 1/250 Pf. u. 1/300 Pf. u. 1/400 Pf. u. 1/500 Pf. u. 1/600 Pf. u. 1/750 Pf. u. 1/1000 Pf. u. 1/1250 Pf. u. 1/1500 Pf. u. 1/2000 Pf. u. 1/2500 Pf. u. 1/3000 Pf. u. 1/4000 Pf. u. 1/5000 Pf. u. 1/6000 Pf. u. 1/7500 Pf. u. 1/10000 Pf. u. 1/12500 Pf. u. 1/15000 Pf. u. 1/20000 Pf. u. 1/25000 Pf. u. 1/30000 Pf. u. 1/40000 Pf. u. 1/50000 Pf. u. 1/60000 Pf. u. 1/75000 Pf. u. 1/100000 Pf. u. 1/125000 Pf. u. 1/150000 Pf. u. 1/200000 Pf. u. 1/250000 Pf. u. 1/300000 Pf. u. 1/400000 Pf. u. 1/500000 Pf. u. 1/600000 Pf. u. 1/750000 Pf. u. 1/1000000 Pf. u. 1/1250000 Pf. u. 1/1500000 Pf. u. 1/2000000 Pf. u. 1/2500000 Pf. u. 1/3000000 Pf. u. 1/4000000 Pf. u. 1/5000000 Pf. u. 1/6000000 Pf. u. 1/7500000 Pf. u. 1/10000000 Pf. u. 1/12500000 Pf. u. 1/15000000 Pf. u. 1/20000000 Pf. u. 1/25000000 Pf. u. 1/30000000 Pf. u. 1/40000000 Pf. u. 1/50000000 Pf. u. 1/60000000 Pf. u. 1/75000000 Pf. u. 1/100000000 Pf. u. 1/125000000 Pf. u. 1/150000000 Pf. u. 1/200000000 Pf. u. 1/250000000 Pf. u. 1/300000000 Pf. u. 1/400000000 Pf. u. 1/500000000 Pf. u. 1/600000000 Pf. u. 1/750000000 Pf. u. 1/1000000000 Pf. u. 1/1250000000 Pf. u. 1/1500000000 Pf. u. 1/2000000000 Pf. u. 1/2500000000 Pf. u. 1/3000000000 Pf. u. 1/4000000000 Pf. u. 1/5000000000 Pf. u. 1/6000000000 Pf. u. 1/7500000000 Pf. u. 1/10000000000 Pf. u. 1/12500000000 Pf. u. 1/15000000000 Pf. u. 1/20000000000 Pf. u. 1/25000000000 Pf. u. 1/30000000000 Pf. u. 1/40000000000 Pf. u. 1/50000000000 Pf. u. 1/60000000000 Pf. u. 1/75000000000 Pf. u. 1/100000000000 Pf. u. 1/125000000000 Pf. u. 1/150000000000 Pf. u. 1/200000000000 Pf. u. 1/250000000000 Pf. u. 1/300000000000 Pf. u. 1/400000000000 Pf. u. 1/500000000000 Pf. u. 1/600000000000 Pf. u. 1/750000000000 Pf. u. 1/1000000000000 Pf. u. 1/1250000000000 Pf. u. 1/1500000000000 Pf. u. 1/2000000000000 Pf. u. 1/2500000000000 Pf. u. 1/3000000000000 Pf. u. 1/4000000000000 Pf. u. 1/5000000000000 Pf. u. 1/6000000000000 Pf. u. 1/7500000000000 Pf. u. 1/10000000000000 Pf. u. 1/12500000000000 Pf. u. 1/15000000000000 Pf. u. 1/20000000000000 Pf. u. 1/25000000000000 Pf. u. 1/30000000000000 Pf. u. 1/40000000000000 Pf. u. 1/50000000000000 Pf. u. 1/60000000000000 Pf. u. 1/75000000000000 Pf. u. 1/100000000000000 Pf. u. 1/125000000000000 Pf. u. 1/150000000000000 Pf. u. 1/200000000000000 Pf. u. 1/250000000000000 Pf. u. 1/300000000000000 Pf. u. 1/400000000000000 Pf. u. 1/500000000000000 Pf. u. 1/600000000000000 Pf. u. 1/750000000000000 Pf. u. 1/1000000000000000 Pf. u. 1/1250000000000000 Pf. u. 1/1500000000000000 Pf. u. 1/2000000000000000 Pf. u. 1/2500000000000000 Pf. u. 1/3000000000000000 Pf. u. 1/4000000000000000 Pf. u. 1/5000000000000000 Pf. u. 1/6000000000000000 Pf. u. 1/7500000000000000 Pf. u. 1/10000000000000000 Pf. u. 1/12500000000000000 Pf. u. 1/15000000000000000 Pf. u. 1/20000000000000000 Pf. u. 1/25000000000000000 Pf. u. 1/30000000000000000 Pf. u. 1/40000000000000000 Pf. u. 1/50000000000000000 Pf. u. 1/60000000000000000 Pf. u. 1/75000000000000000 Pf. u. 1/100000000000000000 Pf. u. 1/125000000000000000 Pf. u. 1/150000000000000000 Pf. u. 1/200000000000000000 Pf. u. 1/250000000000000000 Pf. u. 1/300000000000000000 Pf. u. 1/400000000000000000 Pf. u. 1/500000000000000000 Pf. u. 1/600000000000000000 Pf. u. 1/750000000000000000 Pf. u. 1/1000000000000000000 Pf. u. 1/1250000000000000000 Pf. u. 1/1500000000000000000 Pf. u. 1/2000000000000000000 Pf. u. 1/2500000000000000000 Pf. u. 1/3000000000000000000 Pf. u. 1/4000000000000000000 Pf. u. 1/5000000000000000000 Pf. u. 1/6000000000000000000 Pf. u. 1/7500000000000000000 Pf. u. 1/10000000000000000000 Pf. u. 1/12500000000000000000 Pf. u. 1/15000000000000000000 Pf. u. 1/20000000000000000000 Pf. u. 1/25000000000000000000 Pf. u. 1/30000000000000000000 Pf. u. 1/40000000000000000000 Pf. u. 1/50000000000000000000 Pf. u. 1/60000000000000000000 Pf. u. 1/75000000000000000000 Pf. u. 1/100000000000000000000 Pf. u. 1/125000000000000000000 Pf. u. 1/150000000000000000000 Pf. u. 1/200000000000000000000 Pf. u. 1/250000000000000000000 Pf. u. 1/300000000000000000000 Pf. u. 1/400000000000000000000 Pf. u. 1/500000000000000000000 Pf. u. 1/600000000000000000000 Pf. u. 1/750000000000000000000 Pf. u. 1/1000000000000000000000 Pf. u. 1/1250000000000000000000 Pf. u. 1/1500000000000000000000 Pf. u. 1/2000000000000000000000 Pf. u. 1/2500000000000000000000 Pf. u. 1/3000000000000000000000 Pf. u. 1/4000000000000000000000 Pf. u. 1/5000000000000000000000 Pf. u. 1/6000000000000000000000 Pf. u. 1/7500000000000000000000 Pf. u. 1/10000000000000000000000 Pf. u. 1/12500000000000000000000 Pf. u. 1/15000000000000000000000 Pf. u. 1/20000000000000000000000 Pf. u. 1/25000000000000000000000 Pf. u. 1/30000000000000000000000 Pf. u. 1/40000000000000000000000 Pf. u. 1/50000000000000000000000 Pf. u. 1/60000000000000000000000 Pf. u. 1/75000000000000000000000 Pf. u. 1/100000000000000000000000 Pf. u. 1/125000000000000000000000 Pf. u. 1/150000000000000000000000 Pf. u. 1/200000000000000000000000 Pf. u. 1/250000000000000000000000 Pf. u. 1/300000000000000000000000 Pf. u. 1/400000000000000000000000 Pf. u. 1/500000000000000000000000 Pf. u. 1/600000000000000000000000 Pf. u. 1/750000000000000000000000 Pf. u. 1/1000000000000000000000000 Pf. u. 1/1250000000000000000000000 Pf. u. 1/1500000000000000000000000 Pf. u. 1/2000000000000000000000000 Pf. u. 1/2500000000000000000000000 Pf. u. 1/3000000000000000000000000 Pf. u. 1/4000000000000000000000000 Pf. u. 1/5000000000000000000000000 Pf. u. 1/6000000000000000000000000 Pf. u. 1/7500000000000000000000000 Pf. u. 1/10000000000000000000000000 Pf. u. 1/12500000000000000000000000 Pf. u. 1/15000000000000000000000000 Pf. u. 1/20000000000000000000000000 Pf. u. 1/25000000000000000000000000 Pf. u. 1/30000000000000000000000000 Pf. u. 1/40000000000000000000000000 Pf. u. 1/50000000000000000000000000 Pf. u. 1/60000000000000000000000000 Pf. u. 1/75000000000000000000000000 Pf. u. 1/100000000000000000000000000 Pf. u. 1/125000000000000000000000000 Pf. u. 1/150000000000000000000000000 Pf. u. 1/200000000000000000000000000 Pf. u. 1/250000000000000000000000000 Pf. u. 1/300000000000000000000000000 Pf. u. 1/400000000000000000000000000 Pf. u. 1/500000000000000000000000000 Pf. u. 1/600000000000000000000000000 Pf. u. 1/750000000000000000000000000 Pf. u. 1/1000000000000000000000000000 Pf. u. 1/1250000000000000000000000000 Pf. u. 1/1500000000000000000000000000 Pf. u. 1/2000000000000000000000000000 Pf. u. 1/2500000000000000000000000000 Pf. u. 1/3000000000000000000000000000 Pf. u. 1/4000000000000000000000000000 Pf. u. 1/5000000000000000000000000000 Pf. u. 1/6000000000000000000000000000 Pf. u. 1/7500000000000000000000000000 Pf. u. 1/10000000000000000000000000000 Pf. u. 1/12500000000000000000000000000 Pf. u. 1/15000000000000000000000000000 Pf. u. 1/20000000000000000000000000000 Pf. u. 1/25000000000000000000000000000 Pf. u. 1/30000000000000000000000000000 Pf. u. 1/40000000000000000000000000000 Pf. u. 1/50000000000000000000000000000 Pf. u. 1/60000000000000000000000000000 Pf. u. 1/75000000000000000000000000000 Pf. u. 1/100000000000000000000000000000 Pf. u. 1/125000000000000000000000000000 Pf. u. 1/150000000000000000000000000000 Pf. u. 1/200000000000000000000000000000 Pf. u. 1/250000000000000000000000000000 Pf. u. 1/300000000000000000000000000000 Pf. u. 1/400000000000000000000000000000 Pf. u. 1/500000000000000000000000000000 Pf. u. 1/600000000000000000000000000000 Pf. u. 1/750000000000000000000000000000 Pf. u. 1/1000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/1250000000000000000000000000000 Pf. u. 1/1500000000000000000000000000000 Pf. u. 1/2000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/2500000000000000000000000000000 Pf. u. 1/3000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/4000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/5000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/6000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/7500000000000000000000000000000 Pf. u. 1/10000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/12500000000000000000000000000000 Pf. u. 1/15000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/20000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/25000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/30000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/40000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/50000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/60000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/75000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/100000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/125000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/150000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/200000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/250000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/300000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/400000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/500000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/600000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/750000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/1000000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/1250000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/1500000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/2000000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/2500000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/3000000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/4000000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/5000000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/6000000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/7500000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/10000000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/12500000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/15000000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/20000000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/25000000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/30000000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/40000000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/50000000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/60000000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/75000000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/100000000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/125000000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/150000000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/200000000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/250000000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/300000000000000000000000000000000000 Pf. u. 1/400000000000000000000000000000000000 Pf. u. 1

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Sonnabend, 19. November.
Opernhaus. Tannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Auf der Sonnenseite. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Fuhrmann Henschel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Raja. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kessing. Der Star. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westend. Romfelle Tourbillon. Vorher: Der Küchenjunge. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Die Augenotten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Hofgunk. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Hajemann's Töchter. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Die Blumen-Mary. Hierauf: Die Sünden der Frauen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Hypothekensucher. Anfang 7 1/2 Uhr.
Süssen. Berliner Kaketten. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Schüler-Vorstellung: Wilhelm Tell.
Abend. Gewonnene Herzen. Anfang 8 Uhr.
Welle-Alliance. Napoleon. Anfang 8 Uhr.
Nachmittags: Die Jungfrau von Orléans.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Fregoli-Gaspiel. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Auch ein Fall Gräntenthal. Anfang 8 Uhr.
Parodie. Jugend. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48-49. Kammermusikalische Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Abwechslungsreihe "Die Urzeit des Menschen" und "Quer durch Oesterreich". Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte, Operntheater.
Nyoko. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Neu-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Wahngasse-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater
 (Wallner-Theater).
 Sonnabend 8 Uhr:
Hajemann's Töchter.
 Sonntag 8 Uhr:
Romeo und Julia.
 Montag 8 Uhr:
Mauerblümchen.

Thalia-Theater.
 Dresdenerstr. 72/73.
Gastspiel Helmerding.
Der Hypothekensucher
 Pöffe mit Gesang in drei Akten von Leopold Ely.
 Musik von Corneliuß Schüler.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.
 Sonntag, 20. Novbr.: Einmaliges Gastspiel des Deutschen Theaters unter Leitung des Herrn Direktor Dr. Brahm. **Nora.** Schauspiel in drei Akten von J. Ibsen. Deutsch von Wilhelm Lange.

Central-Theater
 Direktion: José Foronczy.
Die Geisha
 oder: Eine japanische Theater-Geschichte.
 Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: **Die Geisha.**
 Sonntag (Toten-Sonntag) 1/8 Uhr:
Die Glocken von Corneville.
 Romantische Oper in 3 Akten von R. Planquette.

Abend-Carl Weiß-Theater.
 Gr. Frankfurterstr. 132.
 Extra-Vorstellung der Vereine des Arbeiterbundes Berlin.
 Nur einmalige Aufführung:
Gewonnene Herzen.
 Volkstümlich mit Gesang von Dr. F. Müller. Musik von Bial. Anfang 8 Uhr.
 Sonntagsbilletts haben Gültigkeit. Im Tunnel von 7 Uhr an Preis-Konzert. — Sonntag: **Boberbaum und Bettelstab.** — Montag und folgende Tage: **Antel Jonas.**

Alcazar-Theater
 Dresdenstr. 52/53. City-Passage.
 Direktion: Richard Winkler.
 Täglich:
Bummelfreie
 Volkstümlich mit Gesang in 3 Aufzügen von Jacobson und Witten. Musik von Michaelis.
 In Szene gesetzt von Otto Wendt.
 Dazu das ausgezeichnete **Spezialitäten-Programm.**
 Neu! Neu! Neu!
Le cardo and Trepp,
 Musik-Comedien.
 Anfang: Wochent. 7 1/2 Uhr.
 Sonntag: Sonntags 8 1/2 Uhr.
 Entree: Wochentags 30 Pf. Sonntags 40 Pf.
 Sonntagsbilletts haben Gültigkeit.

Urania
 Taubenstrasse 48/49.
 Abwechslungsweise
Die Urzeit des Menschen
 und
Quer durch Oesterreich.
 Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
 Taubenstrasse im Hörsaal.
Experim. u. Projekt.-Vorträge

Kunst-Schaubühne
 i. d. Urania, Invalidenstr. 57
Im Wunderlande der Pyramiden.
 Ermässigte Preise. Park. 50 Pf.

Passage-Panopticum.
 Geöffnet von
 9 Uhr früh
 bis
 10 Uhr abends
500
 Schenswertig-
 kollen.
 Heute 25 Pf. Entree.
 Geöffnet v. vorm. 9 bis abds. 10 Uhr.

Castan's Panopticum.
 Neu!! Neu!!
Lebendig begraben!!

Luisen-Theater
 34. Weichenbergstraße 34.
 Nachmittags 3 Uhr:
Schüler-Vorstellung
 zu besonders ermäßigten Preisen:
Wilhelm Tell.
 Abends 8 Uhr:
Berliner Raketen.
 Schwan in 3 Akten von B. Jacobson.
 (in theilweiser Benutzung eines Stückes von R. Dornowenau)
 Sonntag (Toten-Sonntag),
 abends 8 Uhr:
Die Räuber.
 Trauerspiel in 5 Akten von Schiller.

Metropol-Theater.
 Schrenker 55/57. Dir. Rich. Schultz.
 Sonnabend: Zum 3. Male:
Die Blumen-Mary
 Operette von Karl Weinberger.
 Hierauf:
Die Sünden der Frauen.
 Großes Ballet-Divertissement.
 Sonntag v. 3-6 Uhr: 2. Promenaden-Konzert. Abends 8 1/2 Uhr: **Obette.**
 Schauspiel von Sardou. — Montag:
Die Blumen-Mary.

Olympia-Theater.
 (Circus Renz) Karlsruherstr.
 Heute zum 50. Male:
 Anfang 8 Uhr
Berliner
 Musikantengestäd
 mit
Complet,
MENE TEKEL
 Aufzügen
 und
Kolossal-Ballets
 in 3 Akten (10 Bildern).
 Morgen des Toten-Sonntags
 wegen nur eine Vorstellung.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.
 Direktion: J. M. HALL.
 Täglich: **Grosses Konzert**
 der Hauskapelle unter Leitung des
 Musikdirektors Herrn Otto Gdmor und
Extra
Spezialitäten-Vorstellung
 unter Regie des beliebtesten Humoristen
 Gustav Kluck.
**Das neue großartige November-
 Programm.**
 Anf. Wochent. 6 1/2 Uhr. Sonnt. 5 Uhr.
 Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 30 Pf.

Volks-Theater
 im Welt-Restaurant
 Dresdenstr. Strahe 97.
 Dir.: A. Kollig. Art. Leiter: A. Bango.
 Novität! Sensationell! Novität!
 Sensationeller Erfolg!
Die Circussee.
 Operette von Felch. Musik von Balleit.
 In Szene gesetzt von August Kunge.
 Neu! Neu!
 Charles Wolff, Eugen Rosée,
 der berühmte der beste
 Tanzhumorist. aller Mimiker.

AUER-GLÜHKÖRPER
 kosten jetzt
50 Pf.
 Juwel-Glühkörper 40 Pf.
 Zu beziehen durch:
Deutsche Gasglühlicht Aktiengesellschaft.
 und alle besseren Installationsgeschäfte.

Grosse Weihnachts-Ausstellung
 Alexandrinenhof Alexandrinenstr. 93,
 an der Oranienstrasse.
 Grossartige Weihnachts-Ausstellungen, Schau-
 stellungen, Volks- u. Kinderbelustigungen aller Art.
 Täglich: **Grosses Konzert.** 133L*

Reichshallen.
Stettiner Sänger
 (Meyel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader.)
 Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
 Entree 50 Pf. Num. Balkon 75 Pf.
 Balkon-Loge 1 M. Orchester-Loge 2 M.
 Tageskasse von 11-1 Uhr.
 Die Billets zu den nun. Sigen
 sind stets 8 Tage vorher zu haben.
Neues Programm.

Concerthaus.
 Leipzigstr. No. 45.
 Täglich:
Hoffmann's Quartett
 und **Humoristen**
 Zum Schluss
 Jacques Offenbach's Operette
Zufel Tulipatan.

CIRCUS BUSCH
 Sonnabend, den 19. November,
 abends 7 1/2 Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung.
PERSIEN.
 Gr. Manege-Schauspiel in 5 Akten,
 inszeniert von Dir. Paul Busch.
 Tänze arrangiert vom ital. italienischen
 Hof-Balletmeister Ottavi.
 Musik vom Kapellmeister Taubert.
 Dargestellt von 500 Personen.
 Sämtl. Einrichtungen gleich geschätzt.
 Ausstattung, Kostüme, Requisiten in nie
 gesehener Pracht aus den Kellern von
 Hugo Barnh u. Co.
 Besonders hervorzuheben: Sklavens-
 markt in Schiras — Der Raub der
 schönen Circassierin — Der Sprung
 des Prinzen Mirza Schahy and
 der Höhe der Circusklappe ins
 Wasser — Großer Karawanenzug
 durch die Wüste mit Kameelen, Maul-
 thieren, Eseln, Feln, Pferden etc. —
 Im Harem des Schah — Der Ritt
 über die Burgmauer — Der Sturz
 des verhassten Prinzen mit dem
 Pferde von hoher Felsenklippe
 ins Wasser. — Außerdem: Auftreten
 des Herrn Franz Oedhardt, Ritter etc.,
 bisheriger Chef der f. f. spanischen Hof-
 Reitschule in Wien. Die neuen Frei-
 heitadressuren des Direktors Busch.
 Auftreten des Hl. Martha Mohrns auf
 dem Holblut-Wallach "Gips" a. d.
 Sunshine.
 Morgen Sonntag: 1 gr. brillante
 Vorstellung, abends 7 1/2 Uhr.

Apollo-Theater.
 Freitag, den 18. November:
Armand'Ary.
 Dagmar Hansen.
 Mr. Judge's dress. Seelöwen.
Robert Steidl.
Familie Agoust.
 Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Mähr's Theater
 Cranienstr. 21.
 Täglich
**Spezialitäten- und Theater-
 Vorstellung.**
Amor!
 Burleske mit Gesang und Tanz.
Brothers Alexander. Gulda
 Lucas. Grete Gakani etc.
 Anfang an den Wochentagen 8 Uhr.
 Sonntag 6 Uhr.
 Bonds haben Wochentags Gültigkeit.

**Feen-Palast-
 Theater**
 Burgstr. 22. Burgstr. 22.
 Neu! Circus Püschel Neu!
 sensationell dress. Siegenbüsche.
 Neu! Professor Tripp. Neu!
Paty Frank-Truppe.
 Toska's lebend. Bilder-Galerie.
 Margueritta, dreifache Taubst.
 Carl Jürgensen, Mimiker.
 Gebr. Franconi, Ernst Sprecher.
 Die allbeliebte Soubrette
 Helene Voss.
 Um 8 1/2 Uhr: **Richard
 Winkler** in d. erfolgreichen
 Gesangsposse
Rosen vom Norden.
 Anfang 7 1/2, Sonntag 6 Uhr.
 Vorverkauf! Vorm. v. 11-1 Uhr.

W. Noack's Theater
 Brunnenstr. 10.
 Heute Sonnabend, den 19. November:
 Neu! Neu!
Ginen Jux will er sich machen
 Pöffe m. Gesang in 4 Akten v. Restroy.
 Morgen Sonntag:
Deborah.
 Schauspiel in 4 Akten von Wolcott.
 Empfehlung meine drei Restaurants:
Rübezahl, am Rüggecker,
Teufelssee, Müggelsee,
Marientast, a. d. Dohme,
 zwischen Grünau und Friedrichshagen,
 bei Hauptpartien über die Müggel-
 see. 618*

Speisehaus
 Rungestraße 19. portiere.
 Kräftiger Mittagstisch m. Bier 0,50.
 Reichs-Abendkarte zu kleinen Preisen!

M. Schulmeister
 Schneidermeister
 Berlin **Dresdenerstr. 4,** Am
 S.O. Kottbusser
 Thor.
 empfiehlt zu außerordentlich billigen Preisen nachstehende
 Spezialartikel:
Hohenzollern-Mäntel mit einer 5 Weir. weiten Velleringe
 in schwarz, grau, blau u. modischen, von
 aus Edimo, Ficoconné- und Krimmer-Stoffen, 25 an.
Winter-Paletots in schwarz, blau, braun und modisch, 1- u. 2-reih, mit Lama gefüttert, 16-40
Winter-Joppen wasserdichte Stoffe in allen modernen Farben, 5-15
Jaquet-Anzüge in gebiegten woll. Zwirn-
 Stoffen, Covercoats etc., 16-34
Rock-Anzüge in guten, wollenen, schwarzen
 Raummarn- u. Satinstoffen,
 moderne Façons, 25-38
Gehrod-Anzüge von feinen Satins, Tuch- u.
 Raummarn-Stoffen, 30-45
Sport- u. Radfahrer-Anzüge, Mäntel v. 9 M. an.
Beinkleider in dauerhaften, wöll. Stoffen,
 verschleissenen Farben, Raummarn und Chenet v. 5-10
Anaben-Paletots u. Anzüge, Keldf. Façons in gr. Ausm.
Schul-Anzüge in Cheviot, Belour- u. dauer-
 haften Zwirn-Stoffen, 1- u. 2-reihig, von 5 Weir. an.
 Arbeiter-sachen für sämtl. Gewerke zu den billigsten Preisen.
 Bestellungen nach Maß von englischen, französischen
 u. deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter
 meiner persönlichen Leitung gut u. billig ausgeführt.
 Bitte genau auf Hausnummer 4 zu achten.

Möbel und **Polsterwaaren.** Reelle Arbeit.
 Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. 1832
Franz Tatzauer, Brunnenstraße 152.

J. Brünn,
 (Bahnhof Börje) Hackescher Markt 4.
 Wegen **Umbau** meiner Geschäftsräume gelangen
 große Lagerbestände meiner 6128L*
Teppiche!
Gardinen!
Portièren!
Steppdecken!
Lischdecken!
 zu sehr billigen Preisen zum
Ansverkauf!